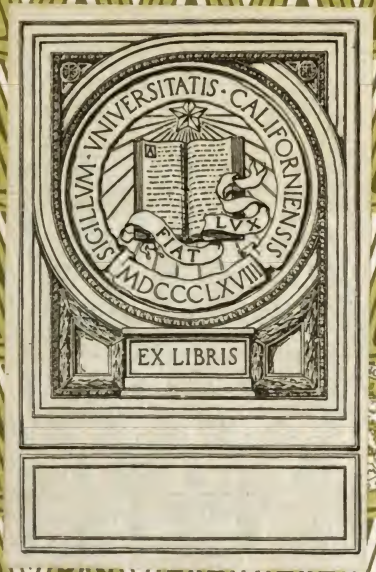
Die kämpfe um reichsverfass... und kaisertum, 1870-1871

Wilhelm Busch


SIGILLVM · VNIVERSITATIS · CALIFORNIENSIS
LVX
FIAT
MDCCCLXVIII
EX LIBRIS

ARTIBUS INGENUIS

Die

Kämpfe um Reichsverfassung und Kaisertum

1870—1871.

Von

Dr. Wilhelm Busch

o. Professor der Geschichte an der Universität Tübingen.

UNIV. OF CALIFORNIA

Tübingen.
Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).
1906.

Digitized by Google

JN 3381
B8

Alle Rechte vorbehalten.

UNIV. OF
CALIFORNIA

Druck der Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart.

Digitized by Google

Inhaltsübersicht.

Seite

I. Die nationale Bewegung in Süddeutschland 1
II. Die süddeutschen Regierungen bis zum Abschluß der Münchener Verhandlungen (Ende September) 15
III. Bismarck und die Verhandlungen in Versailles bis Anfang November 41
IV. Das Stuttgarter Telegramm vom 11. November mit seinen Folgen und der Sonderabschluß mit Baden und Hessen am 15. November 60
V. Die Abschlußverhandlungen mit Bayern 71
VI. Die Verträge mit Bayern und Württemberg vom 23. und 25. November 87
VII. Die Verfassungsverträge vor den deutschen Volksvertretungen 99
VIII. Die Kaiserfrage bis zum Abschluß der Verträge in Versailles 115
IX. Die Errichtung des Kaisertums 128

Anhang.

1. Die bayrische Initiative in der Einheitsfrage 146
2. Das Ergebnis der Konferenz am 6. November 148
3. Der Ursprung des Stuttgarter Telegramms vom 11. November 148
4. Die bayrische Territorialforderung 149
5. Bismarck und der Kronprinz in der Kaiserfrage bis zum September 1870 152
6. Der Kaiserbrief 155
7. Der 18. Januar 157

255711

Digitized by Google

UNIV. OF CALIFORNIA

I.

Die nationale Bewegung in Süddeutschland.

In dem Augenblick, als in den stürmischen Julitagen des Jahres 1870 sich Deutschland und Frankreich zu ihrem gewaltigen nationalen Zweikampf erhoben, in demselben Augenblick fast trat vor viele in unserem Vaterlande die Frage hin, was bei einem deutschen Siege des Krieges erster Preis sein sollte. Und noch ehe das vom Gegner zu Fordernde feststand, war ihnen die Forderung klar, die für Deutschlands innere Gestaltung zu stellen war. In Süddeutschland schrieb schon am 21. Juli 1870 der Schwäbische Merkur, daß es der erste Krieg sei, den Deutschland ohne Bruderzwist beginne, und Schwaben tue mit seinem Eintritt „den letzten Federzug zu dem Pakt aller Deutschen. Möge er, geschlossen in den Tagen der Bedrängnis, ein unauflöslicher Bund für alle Zeiten sein". Und gleichzeitig, am 20. Juli, zielte in Bayern die Augsburger Allgemeine Zeitung auf denselben Gedanken hin: „Das auf dem Schlachtfeld gegen den gemeinsamen Feind vergossene Blut wird der festeste Kitt sein für Deutschlands Einigkeit."

Diese Forderung in Württemberg und Bayern klang zusammen mit dem Wort des Norddeutschen Reichstages.

Hier faßte man den Gedanken der Zukunft am entschlossensten ins Auge, denn im Norden war man ja zur vollen Einheit bereit, seit man die begrenzte Einheit im Nordbund besaß. Als der preußische Nationalliberale Lasker in Meran die Nachricht

Digitized by Google

vom bevorstehenden Ausbruch erhielt, da eilte er heim, nur von dem einen Gedanken erfüllt, daß in der Adresse des Norddeutschen Reichstages verkündet werde, der Krieg mit Frankreich sei die Einheit des Reiches[1]). In den Schlußsätzen der von Miquel beantragten Adresse, die am 20. Juli vom gesamten Reichstage stehend angehört und einmütig gutgeheißen wurde, standen die Worte: „Das deutsche Volk aber wird endlich auf der behaupteten Walstatt den von allen Völkern geachteten Boden friedlicher und freier Einigung finden."

Daß an der Bereitschaft des Nordens kein Zweifel war, zeigten die Äußerungen aus verschiedenen Parteilagern. Den stärksten Ausdruck fand diese Stimmung nach den Siegen des August auf einer großen Versammlung in Berlin am 30. August in einem Aufruf und in einer gleichzeitig beschlossenen Adresse an König Wilhelm mit der Abweisung fremder Einmischung in die Friedensverhandlungen und mit der Forderung eines einigen Reiches im Innern und geschützter Grenzen nach außen. Überall fand diese Kundgebung Zustimmung und Unterschriften[2]).

Nun galt es auch im deutschen Süden das Eisen zu schmieden, so lange es warm war. In den führenden Zeitungen war es nach jenen ersten Äußerungen stiller geworden, der eherne Schritt des Krieges mit seinen erschütternden Erfolgen und Opfern schien keinen Gedanken, als nur an ihn aufkommen zu lassen. Aber mit den Siegen kam, und nun immer stärker werdend, die Frage nach des Sieges Preis.

Das führende Blatt der Württemberger, der Schwäbische Merkur, der in diesen Zeiten manches mutige und kluge Wort sprechen sollte, fand sich über Elsaß-Lothringen zur deutschen Frage zurück. Im August hatte er nur gelegentlich einige norddeutsche Äußerungen für ein einiges Vaterland abgedruckt, erst

[1]) Aus Laskers Nachlaß, Deutsche Revue, Jahrg. 17 (1892), II, S. 47 bis 49.

[2]) Hahn, „Fürst Bismarck" II, 60 f., 112 f.

Digitized by Google

am 6. und 7. September wurde der Einheitsgedanke von ihm mit der Forderung nach den Grenzlanden verknüpft, deren Festhaltung schon die nationale Ehre „des zu einem mächtigen Reiche endlich erstarkenden Deutschlands" verlange; scharf wurde der Gedanke dabei abgewiesen, Elsaß-Lothringen etwa mit einem süddeutschen Staat zu verbinden, nur die Zugehörigkeit zu Preußen könne seinen Bewohnern „den bisherigen Zusammenhang mit einem großen Staatsleben" ersetzen. „Was uns Württemberger betrifft, so verwahren wir uns gegen alle Belohnung mit Land und Leuten. Heutzutage treiben wir keinen Seelenschacher mehr, um so und so viel tausend Menschen weiter im Ländchen zu haben. Diese häßlichen Vorgänge wollen wir einer vergangenen Zeit überlassen." „Sollten wir in Süddeutschland etwa noch eine Extrabelohnung für unsere gute Haltung verdient haben, so lassen wir uns dieselbe gern gefallen, aber sie soll in nichts anderem bestehen, als in der Aufnahme in den von Preußen wohlbehüteten deutschen Bundesstaat."

Und wenn nun weiterhin nachdrücklicher auf das hingedrängt wurde, was die Einigung unbedingt bringen sollte, auf einen deutschen Reichstag, gemeinsames Bürgerrecht, wirtschaftliche Gemeinsamkeit, vor allem auf die Einheit im Heerwesen und in der Vertretung nach außen, so fand sich das alles gegeben im Nordbund: tritt man ohne Vorurteil an ihn heran, „so zeigt sich sicher, daß er auch für Süddeutschland kein zu enges Kleid ist, und daß es höchstens einiger weniger Stiche bedarf, um es vollkommen passend zu machen". Die Übereinstimmung des Volkes, so heißt es dann Ende September, sei da, auch im Süden sei es unzweifelhaft bewiesen worden, „daß die große Mehrheit den deutschen Bundesstaat will"; im Norddeutschen Bund, der sich nicht wieder auflösen könne, sei der geschlossene Bundesstaat gegeben. „Eintreten wollen wir aber in den Bund ohne Rückhalt, weil wir keine besondere Stellung der Südstaaten, keinen Südbund im deutschen Bunde wollen." Preußen übe keinen Druck, „nicht das leiseste Drängen

Digitized by Google

wird fühlbar," es halte den Bundesgenossen nur den Eintritt in den Bund offen[1]).

So wurden im Merkur durch den September hindurch die Hauptgesichtspunkte energisch hervorgehoben, ein starkes patriotisches Empfinden trug die ganze Erörterung. Wir dürfen darin im wesentlichen auch den Ausdruck der immer stärker nach Gravelotte und nach Sedan das Württemberger Land ergreifenden Bewegung sehen.

Denn gleich nach Sedan, am 3. September, war dem Berliner Beispiel folgend eine große Versammlung in der Stuttgarter Liederhalle veranstaltet worden, auf welcher mit dem Protest gegen fremde Einmischung und mit dem Verlangen nach Elsaß-Lothringen der dritte der einmütig angenommenen Beschlüsse lautete: „Wie wir einig in den Krieg gingen, so soll der Friede uns einig finden. Durch den Beitritt der süddeutschen Staaten und die Erwerbung der lange verlorenen deutschen Länder muß der Norddeutsche Bund zu dem die ganze Volkskraft in sich schließenden Bundesstaat werden. Ein einiges Volk, Ein Heer, Ein Reichstag, Ein deutsches Staatswesen ist für Deutschland und Europa die Gewähr des dauernden sicheren Friedens"[2]).

Von den Führern wurden die Beschlüsse, die zugleich mit einer Adresse dem König Karl übergeben wurden, bei ihren Freunden im Lande verbreitet, und durch den September hindurch fanden in fast allen Teilen Württembergs Versammlungen statt, die ihnen beitraten. Gegenbewegungen wurden versucht im Sinne einer auf der Tübinger Versammlung von 45 Unterzeichnern eingebrachten Gegenresolution, die wohl dem Erwerb Elsaß-Lothringens zustimmte, aber die Diskussion über die deutsche Frage vor dem Frieden für verfrüht erklärte[3]). Der Gegenzug

[1]) Schwäb. Merkur vom 22. Juli, 24. Aug., 3., 6., 7., 14., 18., 23., 28., 29. Sept.

[2]) Staatsanzeiger für Württemberg vom 6. Sept.

[3]) Schwäb. Kronik vom 8. Sept.

Digitized by Google

war nicht ungeschickt: mit dem Schmieden des Eisens zu warten, bis es kalt war, weil dann die Männer der Einheit ein spröderes Material finden würden. Der Versuch hatte aber im allgemeinen so wenig Glück, wie in Tübingen, wo er nach einer wuchtigen Rede des Theologen Weizsäcker zu Boden fiel.

Gewiß schwiegen die gegnerischen Stimmen auch sonst nicht. Es war nicht jedem gegeben und nicht von jedem zu verlangen, sich binnen wenigen Wochen von einem Standpunkt zu lösen, den die meisten gegen Preußen und den Norddund bisher unbedingt vertreten hatten. Wie scharf hatte sich noch der Beobachter, das führende Blatt der Volkspartei, am Tage der Kriegserklärung gegen die „Hetzer" zum Kriege gewandt, deren Partei „mit der Phrase des nationalen Krieges uns und unseres Landes ganze Kraft blindlings nicht dem deutschen Vaterland, sondern der Dynastie Hohenzollern zur Verfügung stellt". Es solle das württembergische Kontingent bataillonsweise in preußische Regimenter verteilt werden, „als Geiseln für schwäbisches Land und Volk". Auch nach dem Kriegsausbruch war ihnen der Eintritt in den Norddund nichts als Mediatisierung, Unterwerfung unter Preußen.

Das erste Anklingen des nationalen Verlangens ließ hier besorgte Fragen über „die Absichten des siegreichen Bundesgenossen" laut werden, und zugleich die Forderung nach sichernden Versprechungen: „ein kurzes, klares Wort, das uns die von den Vätern ererbte Freiheit verbürgt". Man wehrte sich gegen die „Logik", daß man sich für seine Teilnahme am Krieg mediatisieren lassen solle, in dem Erfolge der deutschen Waffen liege „gar kein Grund vor, von der bisherigen Unabhängigkeit der süddeutschen Staaten etwas aufzugeben"[1]).

Der alte Kämpe des schwäbischen Partikularismus, Moritz Mohl, den nie beirren konnte, daß stets alles anders gegangen war, als er es prophezeit hatte, gab dieser ganzen Auffassung wieder

[1]) Beobachter vom 19., 20. Juli, 2. Aug.; Augsb. Allg. Zeitung vom 21. Sept.: „Aus Württemberg, 19. Sept."

Digitized by Google

den bezeichnenden Ausdruck in der Schrift „Für die Erhaltung der süddeutschen Staaten". Die „ersten Güter des Volkes" seien in Gefahr mit dem Anschluß an den Norddeutschen Bund, mit dieser „capitis diminutio zu Hintersassen eines herrschenden Volkes"; in diesem Bund beschränke sich die Teilnahme der Bundesgenossen „im wesentlichen auf den Dienst, die Lasten und den Gehorsam gegen Preußen", sie ständen in den wesentlichsten Fragen in „willenloser vasallitischer Untertanenschaft". Für den Süden bedeute der Anschluß nur Verlust, schon bei Post und Telegraphie, worin „die beweglichere süddeutsche Verwaltung mit ihren wärmeren Impulsen" der norddeutschen immer voranbleiben werde; der wohlhabende Süden werde zum Vorteil Preußens besteuert, was Moritz Mohl ausschließlich zu erweisen suchte durch die Gegenüberstellung der süddeutschen Biersteuer gegen die norddeutsche Brennereisteuer; es drohte also die Gefahr, daß das hungernde Preußen die überlegene süddeutsche Trinkfähigkeit zu seinem Vorteil ausbeuten würde; und der Schluß war wieder die Warnung vor Vasallität und Mediatisierung: „die Geschichte von Bayern und Schwaben seit tausend Jahren und bis auf den heutigen Tag ist ehrenvoll genug, daß sie, mit ihrem Willen wenigstens, nicht auf solche Weise enden sollte." Es war das eine Stimme aus denselben Kreisen heraus, die auch nach außen den Krieg lieber nur mit einer tüchtigen Geldzahlung Frankreichs, nicht mit dem Erwerb der alten Grenzlande abschließen wollten.

Aber als Mohl am 30. September das Vorwort zu seinem dürren und dürftigen Warnruf unterzeichnete, da fühlte er es wohl, „wie wenig die Worte und Gründe eines einzelnen im Strome der Ereignisse und mächtigen Einflüssen gegenüber wägen". Schon das eigene Blatt, der Beobachter, hielt sich gegenüber der mit der Stuttgarter Versammlung vom 3. September begonnenen Bewegung ziemlich zurück, während für die nationale Kundgebung die Zustimmungen von den besonders einberufenen Versammlungen oder von den Gemeindevertretungen selbst in wachsender Zahl

Digitized by Google

erfolgten[1]). Daß sie wirklich die vorherrschende Stimmung im Lande wiedergaben und nicht nur einen vorüberrauschenden Jubel nach dem überwältigenden Eindruck von Sedan, das sollte im Dezember der Ausfall der Wahlen zum Landtage klar beweisen.

Der Zeitpunkt für die Liederhallenversammlung, welche die Bahn eröffnet hatte, war allerdings vortrefflich von den Führern gewählt worden. Seit dem August standen die Häupter der württembergischen „Deutschen Partei" mit ihren Gesinnungsgenossen in Baden und Bayern und mit den norddeutschen Nationalliberalen in regem Gedankenaustausch. Der Stuttgarter Beschluß entsprach ihrem Programm, wie es Hölder schon mit dem Worte „unbedingter Eintritt in den Nordbund" aufgestellt hatte. Von Lasker war dann die Anregung ausgegangen, daß sich nationalliberale Vertrauensmänner mit den süddeutschen Freunden persönlich beraten sollten, um die öffentliche Meinung zu bearbeiten[2]).

In Baden lagen die Dinge am einfachsten, da hier die Stimmung im Volk mit der damaligen Volksvertretung und der Regierung zusammenging und die nationalen Führer mit dem Ministerium in Verbindung standen. Hier erhielt denn auch die wie in Württemberg für die Volksversammlungen ausgegebene Erklärung in der Einheitsfrage die schärfste Fassung: „Aus diesem von der deutschen Nation geführten Kriege muß als höchster Siegespreis die Einigung Nord- und Süddeutschlands in einem bundesstaatlichen, mit gemeinsamer Volksvertretung ausgestatteten Reiche, dessen oberstes Haupt der König von Preußen ist, hervorgehen." Das Wort „oberstes" hatte niemand anders als der

[1]) Ich habe keine Angabe der endgültigen Zahl gefunden; Verzeichnisse der einlaufenden Erklärungen gibt die Schwäb. Kronik vom 8., 11., 16., 17., 20., 21., 22., 23., 24., 25., 29. Sept., 1. u. 3. Okt.

[2]) Hölder an Lasker, 12. u. 20. Aug., Deutsche Revue 17, II, S. 49 bis 51, 53 f.; Lasker an Hölder, 18. Aug., ebend. S. 53.

Digitized by Google

Minister Jolly eingefügt, um damit schon auf die Kaiserwürde hinzudeuten [1]).

Der größte der süddeutschen Staaten aber, der damit auch für jede gemeinsame Entschließung das größte Gewicht in die Wagschale warf, blieb Bayern. Bayern hatte naturgemäß das meiste staatliche Selbstbewußtsein, und es wäre nicht zu verwundern gewesen, wenn es in der nationalen Frage etwas schwerer in Bewegung zu setzen war, als seine kleineren süddeutschen Nachbarn. Dafür mußten zusammenwirken die Gewohnheit des Eigenlebens, das Gefühl größerer Bedeutung und eine starke geschichtliche Überlieferung mit mancher stolzen Erinnerung seit den Tagen Maximilians I.

Als Lasker auf der Heimreise am 19. Juli seinen bayrischen Freund Marquard Barth in München sprach, da meinte dieser besorgt, der Norddeutsche Reichstag möge sich lieber nicht über die Einheit äußern, damit der Süden nicht mißtrauisch werde. Die innere Meinung der nationalen Führer in Bayern war allerdings eine andere. Noch ehe die Siege bei Metz gewirkt haben konnten, erklärte Barth nach einer Besprechung mit Völk und anderen politischen Persönlichkeiten in München, daß sie nicht dafür wären, die Frage der fremden Einmischung und die Erwerbung Elsaß-Lothringens in ihre Agitation aufzunehmen, dagegen galt ihnen die Vollendung des deutschen Verfassungswerkes „als das eigentliche Resultat, welches dieser Krieg haben soll". Aber sie waren sich der Schwierigkeiten wohl bewußt: „zur Zeit ist die Furcht vor dem Preußisch- und Lutherischwerden, welche unsere Pfaffen den Bauern einzuflößen wußten, bei der Mehrzahl noch nicht beseitigt, und die nationale Partei, einschließlich der Mittelpartei, befindet sich in Bayern noch immer in der Minorität. Wir können daher auch eine Agitation wegen der zu erzielenden

[1]) Kiefer an Hölder, 19. Aug., ebend. S. 56 f., an Lasker, 2. Sept., ebend. S. 171 f., Baumgarten-Jolly „Staatsminister Jolly" S. 175.

Digitized by Google

Einheit Deutschlands noch nicht beginnen, ohne eine Reaktion hervorzurufen, die unsere Schwäche offen legt“ [1]).

So finden wir denn auch das Ziel in einem Blatte wie der Augsburger Allgemeinen Zeitung nach ihrer ersten Äußerung beim Kriegsausbruch nur einmal am 16. August mehr angedeutet als ausgesprochen, aber dann erfolgte in München noch vor Stuttgart und Karlsruhe, unmittelbar der Berliner Adreßversammlung vom 30. August sich anschließend, am 1. September die erste öffentliche Kundgebung in einer Adresse an König Ludwig, unterzeichnet von den beiden Bürgermeistern und einer Reihe führender Männer. Sie nahm den Inhalt der Berliner Adresse an mit der Forderung der Grenzlande, der Abweisung fremder Einmischung und einer „ihrer Stellung würdigen Gesamtvertretung“ der deutschen Nation; zwei Tage darauf trat der Münchener Magistrat durch feierlichen Beschluß dieser Kundgebung bei. Gewiß hörte man frühzeitig die feindlichen Stimmen genau wie in Württemberg: daß es doch ganz unerfindlich sei, wie die vorher beanstandeten Bestimmungen der Verfassung des Norddeutschen Bundes nach dem gemeinsamen siegreichen Kriege plötzlich annehmbar geworden sein sollten. Dem trat wieder der Hinweis entgegen, daß die Südstaaten unmöglich im bisherigen lockeren Verhältnis zum Norden stehen bleiben könnten, daß allerdings der Norddeutsche Bund mit seinem Namen zum Teil auch seine Verfassung ändern werde [2]).

Es war die nationale Agitation in Württemberg und Baden im vollen und auch schon siegessicheren Zuge, in Bayern mehr noch in den ersten aber doch schon entscheidenden Anfängen, als die norddeutschen Nationalliberalen ihre Reise antraten; nach München

---

[1]) Laskers Aufzeichnung, Deutsche Revue S. 49; Barth an Hölder, 18. Aug., an Miquel 22. Aug., ebend. S. 55 f., 62.

[2]) Hirth und Gosen, „Tagebuch des deutsch-französischen Krieges“ II, 1792 f., 1850; Augsb. Allg. Zeitung, Nummern vom 5., 12., 13. u. 14. Sept.

Digitized by Google

gingen zunächst Bennigsen und Lasker, während in Stuttgart am 16. September noch Forckenbeck zu ihnen stieß; dort hatte Lasker eine Besprechung mit dem Minister Mittnacht, in Karlsruhe mit Jolly [1]).

Von München aus kam nun eine stärkere Bewegung auch in die bayrische nationale Agitation. Vielleicht ist durch jene gemeinsame Beratung ein Leitartikel der Augsburger Allgemeinen Zeitung aus München vom 15. September beeinflußt, daß die Frage der Einigung Deutschlands auf der Tagesordnung aller politischen Vereine stehe und sich auch die deutschen Regierungen angelegentlich mit ihr beschäftigten. Der Gedanke eines weiteren Bundes zwischen dem Nordbund und den einzelnen Südstaaten wurde zurückgewiesen. Preußen werde schon einen so ungeheuren konstitutionellen Apparat ablehnen und überhaupt an der Verfassung des Norddeutschen Bundes nicht rütteln lassen; es sei auch nicht abzusehen, warum Baden und Württemberg eine andere Stellung und mehr Rechte erhalten sollten als Sachsen. So kam der Artikel zu der Schlußfolgerung, daß „im allgemeinen und großen ganzen" die norddeutsche Verfassung auch die Grundlage der Bayern einschließenden Einigung bilden könne. Allerdings müsse Bayern eine bevorzugte Stellung erhalten, weil es bei seiner Größe manches selbst besorgen könne, wie z. B. die Verwaltung von Post und Telegraphie, die ein kleinerer Staat zum eigenen Vorteil Preußen überließe. Es gelte, und in diesem Satz können wir das mit den norddeutschen Sendboten vereinbarte Programm der bayrischen Nationalen erblicken, „in der norddeutschen Bundesverfassung, ohne sie prinzipiell abzuändern, Bayern eine Stellung anzuweisen, daß einerseits seine berechtigte Selbständigkeit nicht beeinträchtigt, anderseits die Lebenskraft und der gesunde Organismus des Norddeutschen Bundes nicht geschädigt werde".

Es folgte dem ein Entwurf für die Abänderung der Verfassung

[1]) Deutsche Revue a. a. O. S. 178 f., Schwäb. Kronik vom 17. Sept.

Digitized by Google

im allgemeinen und für die besonderen Reservate Bayerns, wonach Teilnahme und Kontrolle in der auswärtigen Politik ermöglicht werden sollten, Bayern z. B. für die wichtigsten Bundesgesandtschaften einen Legationsrat zu ernennen hätte, daß ferner Bayern Post und Telegraphie selbständig verwalte, von der norddeutschen Bier- und Branntweinbesteuerung auszuschließen sei, militärisch selbständiger stehe und bei Verfassungsänderungen für sich allein das Recht des Veto erhalte [1]).

So wurde denn auch im Hinweis auf die damals im Ministerium geschehenden Beratungen tröstend darauf hingewiesen, daß unter dem künftigen Deutschen Bund etwas vom Norddund wesentlich Verschiedenes zu verstehen sei. Es wurde auch die geschichtlich und durch die vorhandenen Interessen begründete, bisher ablehnende Haltung von Bayern und Württemberg betont: wie sollten Millionen auf die Ereignisse von 1866 hin ihr ganzes Denken und Empfinden, die Politik der Staaten alles bisher maßgebend Gewesene plötzlich vergessen können. Jetzt aber, so wurde dem gegenüber scharf hervorgehoben, liege das zur Vereinigung treibende Interesse auf bayrischer Seite, der Norden könne sich mit dem bisherigen Allianzverhältnis begnügen und abwarten, bis Bayern seine Isolierung zum Beitritt ohne Sonderrechte treiben werde, während inzwischen das übrige Deutschland um so fester zusammenwachse. Es ließen sich nicht alle Garantien schwarz auf weiß verschreiben, da müsse man der Macht der zusammenhaltenden Interessen und des verbindenden Nationalgefühles vertrauen [2]).

Nun gingen auch die Münchener Gemeindekollegien energischer auf dem schon am 1. und 3. September beschrittenen Wege vor in einer neuen Adresse an König Ludwig vom 19. September:

---

[1]) Augsb. Allg. Zeitung vom 17. Sept. Die hier aufgestellten Artikel sind allerdings von denen, die Lasker mit seinen Freunden vereinbarte, erheblich verschieden; s. diese in der Deutschen Revue 17, III, 289 f.

[2]) Siehe die Leitartikel und Mitteilungen der Augsb. Allg. Zeitung vom 17., 19., 21., 25. Sept.

Digitized by Google

die Nation erwarte als Erfolg der ruhmvollen Waffengemeinschaft mit der äußeren Sicherheit die „endlich verfassungsmäßige Einheit Süd- und Norddeutschlands“; da Bayern als mächtigster Staat im Süden vorangehen müsse und man vertrauen könne, daß „die durch die Bedeutung Bayerns und seine volkswirtschaftlichen Verhältnisse gebotenen Modifikationen der Verfassung des Norddeutschen Bundes allseitig Anerkennung finden würden“, so wurde der König gebeten, „durch Vereinbarung mit den verbündeten Staaten die Vollendung des deutschen Bundesstaates auf Grundlage der Verfassung des derzeitigen Norddeutschen Bundes als Abschluß des opferreichen nationalen Kampfes herbeizuführen“ [1]).

Die Adresse entsprach ganz dem Programm der nationalen Führer mit seinen Forderungen für die Einheit wie für die Sonderstellung Bayerns, und so wurde gegen diesen Standpunkt angekämpft einerseits von einem schärfer nationalen aus, mit der Verwerfung der Sonderbestimmungen für Post und Telegraphie und besonders für ein absolutes bayrisches Veto bei Verfassungsänderungen, anderseits natürlich von dem Standpunkt der herrschenden ultramontanen, der damals sogenannten Patriotenpartei. Aber die große, alles bewegende Frage bewirkte sofort einen Riß in ihr bisher so festes Gefüge. Eine gemäßigte Gruppe, zuerst 31, schließlich 46 ihrer Abgeordneten umfassend, war zwar durchaus gegen den Eintritt in den Nordbund, stimmte aber einer Einigung auf lockerer föderativer Grundlage zu, etwa in einer Sonderverbindung des Nordens mit den Südstaaten. Die Gruppe der Unversöhnlichen dagegen wollte von einem Bund nur etwas wissen bei der Gleichberechtigung aller Mitglieder und der Hereinziehung Österreichs, also einfach in der Wiederherstellung des alten Deutschen Bundes mit dem Dualismus der beiden Großmächte [2]).

Diese Gegenkundgebungen waren mannigfaltiger, aber auch

[1]) Ebend. Nummer vom 21. Sept.

[2]) Ebend. Nummer vom 29., 30. Sept., 8., 12. u. 26. Okt., vgl. 12. Nov.

Digitized by Google

stärker und deutlicher als in Württemberg oder gar in Baden, die Sprecher hatten einen breiteren Boden unter den Füßen als dort. Als die Münchener Adresse durch das Land ging und nun eine Stadt und Gemeinde nach der anderen ihr beitrat, stellten sich die beiden Gemeindekollegien Bambergs einstimmig auf die gegnerische Seite: während des Krieges wollten sie solche Bitten „zur Vermeidung innerer Zerwürfnisse" überhaupt unterlassen sehen, und so sehr sie eine verfassungsmäßige Vereinigung von Nord- und Süddeutschland wünschten, so könnten sie diese in der Verfassung des Norddeutschen Bundes nicht erblicken [1]). Sonst aber mehrten sich die Zustimmungen aus allen Landesteilen; nach einem Monat war die Zahl von 800 Adressen erheblich überschritten, Ende Oktober war man nicht mehr weit von 1000 entfernt; die meisten kamen aus Oberbayern, dann aus Schwaben und der Pfalz, die wenigsten aus Niederbayern. Das Wesentliche aber war, daß die meisten den Eintritt in den Nordbund, natürlich mit der Münchener Einschränkung, forderten [2]).

So kam man voran, und wenn auch für die Stimmung im Lande nicht die entscheidende Probe von Neuwahlen zum Landtag wie in Württemberg abgelegt werden sollte, so war die Richtung dieser Stimmung nach den geschehenen Kundgebungen unverkennbar. Man wird der Ansicht Laskers beipflichten können, der schon am 24. September nach seiner Heimkehr dem Minister Delbrück aus Berlin einen orientierenden Bericht über ihr Reiseergebnis sandte, daß auch in Bayern das Volk für den Beitritt reif sei und eine Neuwahl in der Kammer das gewünschte Ergebnis herbeiführen würde. In Württemberg erwartete er, wie es sich hernach auch glänzend bewähren sollte, das gleiche Resultat, wenn die gegenwärtige Kammer versagen sollte; von Baden hieß es einfach: „In Baden verlangen Volk und Re-

[1]) Ebend. 27. Sept.

[2]) Siehe die Mitteilungen über die einlaufenden Zustimmungen ebend. Nummer vom 23., 27. Sept., 7., 22. u. 30. Okt.

Digitized by Google

gierung den Eintritt in den Bund als eine Wohltat, zu welcher das Land berechtigt sei; hier gibt es keine Modifikation“ [1]). Für Hessen-Darmstadt, das zur Hälfte dem Norddeutschen Bunde angehörte, war die Lage von vorneherein gegeben, und hier hatte sich die Bevölkerung schon zur Zeit des Zollparlaments deutlich ausgesprochen, als sie ausnahmslos nationale Abgeordnete gewählt hatte.

So war die Lage die, daß in Baden und Hessen ohne jeden Zweifel, ähnlich auch in Württemberg die Bevölkerung überwiegend dem nationalen Gedanken gewonnen war, und zwar seiner Verwirklichung durch den Anschluß an den Norddund, und daß man auch der Bayern in der Hauptsache, wenn auch nicht ohne Zugeständnisse, sicher sein konnte. Von den unter ganz anderen Verhältnissen gewählten Volksvertretungen in Bayern und Württemberg ließ sich das Gleiche nicht sagen, aber die Appellation an das Volk in seiner damaligen Stimmung stand den Regierungen nicht nur frei, sie war bei dem stärker werdenden Gegensatz von Kammermeinung und Volksmeinung einfach geboten.

Damit lag die Entscheidung über die nationale Frage nach jeder Seite hin in der Hand der süddeutschen Regierungen.

---

[1]) Lasker an Delbrück, 24. Sept., Deutsche Revue a. a. O. S. 180 f. — Ich habe mich begnügt, die Entwicklung der öffentlichen Meinung in jener Zeit in beschränktem Rahmen darzulegen, nur so weit es nötig war, um sie in ihren Hauptzügen zu erkennen und damit den Boden für den eigentlichen Gegenstand dieser Abhandlung, die entscheidende Arbeit in den Regierungen, zu gewinnen. Es lohnte sich vielleicht, auf umfassenderen Vorstudien der Entwicklung der öffentlichen Meinung in jenen entscheidenden Monaten gründlicher nachzugehen.

Digitized by Google

II.

Die süddeutschen Regierungen bis zum Abschluss der Münchener Verhandlungen (Ende September).

Es war klar, daß bei den Regierungen andere Erwägungen im Vordergrunde standen, als bei den Bevölkerungen. Es kamen nicht nur alter Gegensatz und alte Abneigung, der Wunsch, im liebgewordenen Sonderleben zu beharren, in Frage, sondern für die Dynastien handelte es sich um das Opfer des höchsten Gutes, das man bisher gekannt und das der alte Deutsche Bund so sorglich gepflegt hatte: um das Opfer der möglichst unbeschränkten eigenen Souveränität. Alle damals regierenden Häupter und ihre Minister waren aufgewachsen in dieser Überlieferung und in der aus ihr hervorgegangenen Politik in Deutschland und in Europa; an niemanden trat daher die Forderung einer Änderung so hart heran wie an sie, von niemandem wurde ein gleiches Maß tiefer politischer Einsicht gefordert, in dieser Änderung auch anderes zu sehen, als nur den Verlust.

Eng an den Norddeutschen Bund gefesselt war Hessen-Darmstadt. Trotzdem hatten Großherzog Ludwig III. und sein Minister, Freiherr von Dalwigk, dieser Typus des reaktionären Partikularisten, kurz vor dem Kriege starke rheinbündlerische Anwandlungen gehabt, welche die veröffentlichten Briefe des französischen Generals Ducrot recht schonungslos enthüllten, aber bei der Zugehörigkeit Oberhessens zum Nordbund und der ganzen hessischen Division zu dem dem König von Preußen unterstehenden Bundesheer waren ihnen die Hände gebunden; dies und die Haltung des eigenen Volkes ließen keine Wahl.

Ebenso zweifellos, wenn auch aus ganz anderen Beweggründen, war die Haltung des Großherzogs Friedrich von Baden, des hingebenden nationalen Vorkämpfers im deutschen Süden.

Digitized by Google

Noch im Juli 1866 hatte er Karl Mathy wieder an die Spitze der Regierung gestellt, in welcher Freydorf das Auswärtige, Julius Jolly das Innere leiteten. Mathys letzte politische Schrift war die Bismarck zugestellte Denkschrift vom 18. November 1867, die auf Badens Eintritt in den Norddeutschen Bund drängte [1]); Bismarck ließ nur durch seinen Gesandten antworten, daß er die von Mathy gewünschte Erklärung nicht geben könne; wie er später sagte, weil Mathy eine Antwort zur Mitteilung an die Abgeordneten verlangt habe, und das sei unmöglich gewesen; er habe nicht mit Nein antworten wollen und nicht mit Ja antworten können. Für Baden bedeutete das Verhalten Bismarcks, daß sein erster nationaler Vorstoß vom Staatsmann des Nordbundes selbst zurückgewiesen war. An der eigenen Haltung änderte das nichts, auch als Mathy am 4. Februar 1868 starb und Jolly sein Nachfolger an der Spitze eines zum Teil neugebildeten Ministeriums wurde; Jolly wagte es sogar, den preußischen General von Beyer zum badischen Kriegsminister zu berufen.

Als dann Bismarck im Februar 1870 den übereilten Antrag Laskers auf Badens Aufnahme in den Bund im Reichstag abwies mit dem Wort, es sei nicht gut, das der nationalen Entwicklung im Süden günstigste Element auszuscheiden, „gewissermaßen den Milchtopf abzusahnen und das übrige sauer werden zu lassen" [2]), da kam es sogar zu einer zuerst gereizten, dann aber höflich endenden Auseinandersetzung der Regierungen. Jolly mißbilligte die ablehnende Haltung Bismarcks, die nach seiner Meinung hauptsächlich durch die Rücksicht auf Bayern geleitet war; man solle das in absehbarer Zeit für Deutschland doch nicht zu gewinnende Bayern sich selbst überlassen.

Und nun kam der Krieg. Daß die badische Regierung trotz aller bisherigen Enttäuschung und schmerzlichen Abweisung die

---

[1]) Abgedruckt bei Freytag „Karl Mathy", Leipzig 1870, S. 411—415.
[2]) 24. Febr. 1870, Polit. Reden, herausgeg. von Kohl, IV, 310.

Digitized by Google

Politik nationaler Propaganda sofort wieder aufnehmen würde, war ihr selbstverständlich, denn damals galt ihr wie früher Mathys hochherziges Wort, als er mit tiefem Schmerze Bismarcks Absage erhalten hatte: „Und wir tun doch unsere Pflicht." Entgegen der Ansicht des Bundeskanzlers teilte Jolly wie Mathy den frohen Glauben des Großherzogs Friedrich, daß Baden durch das Beispiel der Tat die süddeutschen Genossen, jedenfalls Württemberg in die eigene Bahn hereinziehen würde. In den anderen Südstaaten wurde im August und September die Bevölkerung in Bewegung gesetzt, um durch sie auf die Regierungen einen Druck zu üben, in Baden aber arbeitete die Regierung mit an dem für die Bevölkerung bestimmten Agitationsprogramm, und noch ehe sonst etwas geschehen war, hatte sie ihren nationalen Feldzugsplan fertig.

Der Großherzog erklärte sich mit Jollys ihm vorgelegten Gedanken einverstanden und wollte nur einzelne Punkte, wie die Abweisung einer Entschädigung der süddeutschen Staaten, womöglich dabei eines Ländertausches, schärfer herausgehoben haben; er dachte durch einen Vertrag über Badens Eintritt in den Norddbund „vielleicht einen wichtigen Vorgang für gleiche Verträge Preußens mit Bayern und Württemberg" zu schaffen. Am 31. August war die Denkschrift Jollys fertig, die seine und seines fürstlichen Herrn Anschauungen vereinigte.

Sie ging aus von der Zukunft des zu erobernden Gebietes, das in Preußen oder in den Norddeutschen Bund einverleibt werden sollte; so löse man zugleich die deutsche Frage, denn wenn Preußen dadurch ein süddeutscher Staat werde, so sei die Teilnahme des Südens an dem zu gründenden Reiche selbstverständlich. Durch den Beitritt der Südstaaten zum Norddeutschen Bunde sei dieser zu einem Deutschen Bunde zu erweitern, wobei die Herstellung der Kaiserwürde, für die dann Jolly auch in der Karlsruher Kundgebung einige vorbereitende Arbeit tat, das Einigungswerk erleichtern würde; daß Bayern

Digitized by Google

eine gewisse Sonderstellung erhalten müsse, erkannte Jolly durchaus an.

Am 2. September wurde diese Denkschrift dem badischen Gesandten in Berlin und dem preußischen in Karlsruhe, dem Grafen Flemming, zur Mitteilung an Bismarck übergeben. Ein Rundschreiben ähnlichen Inhaltes war am 31. August an alle badischen Gesandtschaften ergangen.

Eine Antwort Bismarcks erfolgte zunächst nicht. Der Großherzog und Jolly meinten schon stärker drängen zu müssen mit der unmittelbaren Forderung, Baden in den Nordbund aufzunehmen, als am 18. September Graf Flemming eine Note Bismarcks aus Rheims vom 12. mitteilte; im wesentlichen verhielt der Kanzler sich zustimmend, wies aber den Anschluß Elsaß-Lothringens an Preußen ebenso ab, wie Baden den an einen Südstaat; die endgültige Bestimmung sei der Zukunft vorzubehalten, „einstweilen wird dasselbe als gemeinsames unmittelbares Reichsland im Namen und zum Vorteil der Gesamtheit der deutschen Verbündeten zu verwalten sein." Über den nationalen Plan machte er nur einige allgemein zustimmende Bemerkungen, auch hierfür werde „die gemeinsame und persönliche Verständigung der deutschen Fürsten nicht ohne Frucht bleiben"; die Initiative stehe den süddeutschen Regierungen zu, wofür Baden bei Württemberg und Bayern anregen könne, die Frage des Verhältnisses von Süddeutschland zum Norden in Erwägung zu ziehen.

Diese halbe Antwort auf den Kernpunkt der ganzen eigenen Erörterung befriedigte Jolly wenig, er besorgte sogar, daß Bismarck den Anschluß aller Südstaaten gar nicht wünschte, eine Sorge, der allerdings Lasker, als er davon erfuhr, nachdrücklich widersprach[1]). Der Großherzog sah womöglich noch dunkler, er nannte Bismarcks Äußerungen in Betreff der deutschen Frage „heute wie im Jahre 1866 konsequent negativ, wenn es sich

[1]) An Jolly, Deutsche Revue 19, II, S. 296.

Digitized by Google

darum handelt, positive Fragen über eine künftige Gestaltung Deutschlands so zu beantworten, daß man die eigene Handlungsweise danach richten könnte." Nachlassen aber wollte er in seiner Arbeit jetzt so wenig wie früher, und die von Bismarck dem Süden zugeschobene Initiative dachte er so zu ergreifen, daß er in Stuttgart und München bestimmt seinen Entschluß zum Eintritt in den Nordbund erklärte; zugleich meinte er vielleicht „persönlich und mündlich" auf Ludwig von Bayern einwirken zu können [1]).

Der Eindruck, den die Besprechungen mit den nationalen Abgeordneten im September hinterließen, bestärkte ihn in seiner Ansicht, er wollte auf jeden Fall handeln und war sogar bereit, seine Forderung auf Aufnahme in den Nordbund vor der Öffentlichkeit zu stellen: „Wir müssen uns auch jetzt wieder den Nebennamen der enfants terribles gefallen lassen, mit dem man uns seit 1866 beehrte." Immer wieder kam er auf seinen Gedanken zurück, den Eintritt Badens allein zu fordern und damit „eine Tatsache zu schaffen, welche eine zwingende Wirkung auf die übrigen Südstaaten üben muß" [2]). Es war sein ceterum censeo, in dessen Behauptung er trotz aller erfahrenen Ungunst nur fester wurde, bis er endlich die Bahn freigegeben sah von dem bis dahin nur abwehrenden Bismarck; denn nur so lange hatte dieser gewartet, bis er hoffen konnte, daß es nicht bei Badens alleinigem Eintritt sein Bewenden haben würde.

Wir sind leider über die württembergische und bayerische

[1]) Die Äußerungen des Großherzogs bei Lorenz „Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reichs", Jena 1902, S. 296—298, 328—330, 334—336. (Nach Lorenz' Darstellung S. 328 müßte es scheinen, als ob die Augustkorrespondenz erst nach dem Abgeordnetenbesuch im September erfolgt sei.) Den Inhalt der Denkschrift Jollys vom 31. August und der Antwort Bismarcks vom 12./18. September habe ich nach den einander ergänzenden Mitteilungen und Zitaten bei Lorenz S. 330—332, 334, und Baumgarten-Jolly a. a. O. S. 175—177 wiedergegeben.

[2]) Lorenz S. 338—341.

Digitized by Google

Regierung, über die bei ihnen wirkenden Einflüsse, die Schwankungen, überhaupt über die ganze Entwicklung ihrer Stellungnahme zur nationalen Frage nicht annähernd so gut unterrichtet wie bei dem Großherzog von Baden und seinem leitenden Staatsmann.

In Württemberg stand noch der Mann des vae victis von 1866, Freiherr von Varnbüler, an der Spitze der Regierung und zugleich der auswärtigen Angelegenheiten, die er seit 1864 leitete; unter ihm waren im April 1867 Mittnacht als Justizminister und im März 1870 von Suckow als Kriegsminister eingetreten. Suckow, zugleich das treibende nationale Element, leitete die im Gegensatz zu 1866 ausgezeichnet verlaufende Mobilmachung des württembergischen Kontingentes.

König Karl war am 17. Juli aus dem Engadin zurückgekehrt und hatte sofort die Mobilmachung verfügt, nach schneller Überwindung entgegenstehender Einflüsse, die sich am Hofe geltend gemacht haben sollen. Immerhin scheint man sich nicht ganz frei gefühlt zu haben; der preußische Kronprinz vermerkte über seinen Besuch in Stuttgart in seinem Tagebuch, daß die Begeisterung der Bevölkerung bei der Abreise ihn „fast verlegen" mache: „welche Verpflichtung legt uns diese Haltung des deutschen Volkes auf!"; über den Empfang bei Hofe sagte er: „Der König nimmt meine Meldung in steifer dienstlicher Stellung an, die Königin blaß, freundlich, angegriffen" [1]); jedoch ist dabei zu erinnern, daß König Karl bei allen repräsentativen Handlungen von einer zurückhaltenden Scheu war, die sich bis zur Unbeholfenheit steigern konnte. Der Beobachter begrüßte den preußischen Prinzen mit dem Satz: „Wir sehen den Hohenzoller lieber im

[1]) „Kaiser Friedrichs Tagebücher", herausgeg. von Margarete von Poschinger, Berlin und Jena 1903, S. 105, mit einer Textungenauigkeit („steifer" fehlt; übrigens schon in dem Abdruck bei Marg. Poschinger „Kaiser Friedrich", II, 398), verbessert nach der ersten Veröffentlichung in der Deutschen Rundschau Bd. 57, 1888, S. 7.

Digitized by Google

Stuttgarter Schloß, als die Stuttgarter im Schloß zu Hohenzollern."

Der Monat August tat augenscheinlich auch hier seine Wirkung. Am 31. August schied Varnbüler aus, wie es allerdings hieß, nur aus ganz persönlichem Anlaß, und Mittnacht wurde am 2. September Vorsitzender des Ministerrates. Als nach Sedan am 3. September die Stuttgarter Liederhallenversammlung ihren Aufruf und ihre Adresse an den König beschlossen hatte, ließ dieser in seiner Antwort die Hoffnung aussprechen, daß der Friede außer den dauernden Garantien nach außen im Innern eine Gestaltung bringen werde, „welche die nationale Zusammengehörigkeit aller, wie die berechtigte Selbständigkeit der Einzelstaaten in richtigem Verhältnis zur Geltung bringt;" hierzu werde der König als deutscher Fürst das Seinige beitragen[1]). Als er am 12. September Suckow verabschiedete, der dem preußischen Könige das Großkreuz des Militärverdienstordens überbringen sollte, da trug er ihm auf, aus dem Herzen zu sprechen, König Wilhelm solle nicht an seiner Gesinnung zweifeln, er sei zu jedem Opfer bereit[2]).

---

[1]) Staatsanzeiger vom 9. Sept.

[2]) Nach Suckows Aufzeichnungen von Heinr. v. Poschinger mitgeteilt, Deutsche Revue 22 (1897) I, 304, wieder abgedruckt in „Fürst Bismarck u. der Bundesrat" II, 336. Soviel mir bekannt, sind Suckows Denkwürdigkeiten in einer beschränkten Anzahl von Exemplaren vervielfältigt, leider aber bisher nur einzelne Bruchstücke bekannt gegeben worden. — Moritz Busch, „Tagebuchblätter" II, 182 erzählt unter dem 10. September: „Abends gab uns Delbrück eine Probe der Gesinnung, die die Stuttgarter Majestät beseelen soll. Als württembergische Jäger in diesen Tagen eine von ihnen eroberte Mitrailleuse nach Stuttgart gebracht, sie vor das Schloß geschafft und dies dem Könige gemeldet hatten, da hat er ihnen sagen lassen, man sollte ihn damit nicht behelligen, sondern sie nach der Kommandantur fahren." Es bezieht sich dies auf den Vorgang, den die Schwäbische Kronik vom 19. August so schildert: „Die Jäger fuhren, in Stuttgart angelangt, unter Begleitung einer großen Menschenmenge vor das Schloß. Se. Majestät sah und begrüßte die Jäger mit ihrer Beute vom Balkon des Schlosses aus. Die Mitrailleuse

Digitized by Google

Lasker schilderte kurz darauf seine in Stuttgart erhaltenen Eindrücke in einem Orientierungsberichte für den preußischen Minister Delbrück, daß die württembergische Regierung die Ansicht teile, daß ein schneller Abschluß der Verhandlungen ratsam sei; er wies auf den im Volk und am Hof herbeigeführten Wandel hin: die Regierung sei sogar bereit, unabhängig von Bayern vorzugehen, wünsche aber doch lieber durch Entschiedenheit einen Druck auf Bayern auszuüben[1]). Lasker hatte in einer Unterredung mit Mittnacht ein volles Vertrauen zu der „klaren und unbedingten Stellung Württembergs" erhalten, es sei nur dringend geboten, die „auf dem richtigen Weg befindliche Regierung mit allen Kräften zu unterstützen"[2]).

So war man auch hier bis Mitte September und darüber hinaus in guten Zug gekommen, nach solchen Äußerungen mußte es scheinen, als ob der Wunsch Friedrichs von Baden, in München voranzudrängen, von Stuttgart aus Unterstützung finden würde. Das klang jedenfalls heraus, daß man sich nicht gerne von Bayern lösen würde, wie auch Marquard Barth das Zutrauen Laskers etwas zu dämpfen suchte; er dürfe von Württemberg nicht zu viel erwarten: „ich bin noch immer der Meinung, daß sich die Herren in Stuttgart schließlich nach uns richten"[3]).

---

wurde nach der Infanteriekaserne gebracht, wo sie heute (18. August) von Sr. Majestät des näheren besichtigt wurde. Der König hat bei dieser Gelegenheit die Bedeckungsmannschaft reichlich beschenkt." Der ganze hier gegebene Verlauf ist mir in mündlicher Erzählung von dem damaligen Führer des Geschützes, Kupferschmied Bossert in Tübingen, bestätigt worden.

[1]) Deutsche Revue 19, II, S. 180. Diese Ausführung entspricht im Sinn dem, was Mittnacht in den „Erinnerungen an Bismarck", Stuttgart und Berlin 1904, S. 24, aus diesem Vorstadium der Verhandlungen heraus bemerkt: „Blieb Bayern draußen, so war die Arbeit nur halb getan, der Norddeutsche Bund war durch Baden und Südhessen, vielleicht auch Württemberg vergrößert, Gesamtdeutschland war er nicht.... Alles drängte zum baldigen Abschluß."

[2]) Lasker an Hölder, 26. Sept., Deutsche Revue 19, II, 296 f.

[3]) Barth an Lasker, München, 27. Sept., ebend. S. 185.

Digitized by Google

Aber wie auch sonst in Deutschland die Parteien oder die führenden Persönlichkeiten ihre Anschauungen unter dem Eindruck der großen Ereignisse des August und September festigten oder wandelten, so lag doch auch nach ihrer Meinung die Entscheidung in Bayern, und dort bei dem jungen König Ludwig II. und seinen Ministern.

König Ludwig war ohne Zaudern in den Krieg eingetreten. In der Nacht nach dem 15. Juli hatte er eine längere Unterredung mit seinem Kabinetschef Eisenhart. Am anderen Morgen erhielt er von dem Ministerpräsidenten Grafen Bray nur ein allgemein gehaltenes Schreiben und die Bitte um persönliche Unterredung; es war, als ob dieser den in der Minute drängenden Entschluß noch hinausschieben wollte. Der Kernpunkt der auswärtigen Politik des Grafen Bray war immer die Anlehnung an Österreich gewesen, und so hatte er auch in der jetzigen Lage nichts Besseres zu tun gewußt, als mit der damals freilich ungeeignetsten Persönlichkeit, dem österreichischen Reichskanzler Grafen Beust, am 10. Juli in Briefwechsel zu treten. So konnte er dessen Antwort stündlich erwarten; sie war vom 14. Juli und schlug natürlich eine neutrale Vermittlerrolle vor. Daß sie zu spät in München ankam, war das Verdienst des Königs Ludwig, der trotz der Haltung seines Ministerpräsidenten, aber von der nachdrücklichen Mobilmachungsforderung des Kriegsministers von Pranckh unterrichtet, aus eigenem schnell, fast feurig gefaßtem Entschluß den Befehl zur Mobilmachung gab. Er war in einer damals bei ihm schon nicht mehr häufigen freien, fast heiteren Erhebung. „Ja, ich habe das Gefühl, eine gute Tat getan zu haben", sagte er zu seinem glückwünschenden Adjutanten[1]). In München zeigte er

[1]) Siehe die Mitteilungen der Frau von Kobell, der Gemahlin Eisenharts, nach ihren Tagebüchern in „König Ludwig II. und Fürst Bismarck im Jahre 1870", Leipzig 1899, S. 3—5. — Im September 1888 sprach Bismarck (Moritz Busch III, 246) über Bray; dieser habe, österreichisch gesinnt, 1870 die bayrische Mobilmachung aufgehalten, während

Digitized by Google

sich am 17. Juli der Bevölkerung, er nahm gerne ihre brausenden Huldigungen entgegen, am Abend erschien er, von der gleichen Begeisterung begrüßt, im Theater.

So fand ihn auch der preußische Kronprinz, als er sich noch vor seinem Besuch in Stuttgart in München vorstellte: „König Ludwig scheint aus vollem Herzen bei der nationalen Sache zu sein". Dem Grafen Bray sagte der Kronprinz damals: „Da wir nun beisammen sind, müssen wir auch beisammen bleiben"; immerhin ließ König Ludwig ihm bei seiner Abreise einen Brief zustellen mit der darin ausgesprochenen Erwartung, daß die Selbständigkeit Bayerns beim Frieden gewahrt werden möge. Diese Sorge schien ihn stark zu bewegen, denn auch an König Wilhelm schrieb er einen Brief mit der Andeutung der Hoffnung, nicht mediatisiert zu werden[1]).

Präsident des Staatsministeriums und Minister des Auswärtigen war nach dem Rücktritt des Fürsten Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst im März 1870 Graf Otto von Bray-Steinburg geworden, was einen erheblichen Rückschritt für die bayerische Staatsleitung in nationaler wie auch allgemein staats-

---

Ludwig „damals unser einziger einflußreicher Freund in Bayern gewesen sei." Über Bray und Beust s. Beust, „Aus dreiviertel Jahrhunderten", II, 436 f. — Döberl, „Bayern und die Gründung des Deutschen Reiches" (Beil. zur Allg. Zeitung 1903, Nr. 144, 148, 149) wendet sich in zusammenhängender Darstellung gegen die Übertreibungen Lorenz' in seiner Verdammung Bayerns; wird man in den meisten Punkten Döberl zustimmen, so erscheinen bei ihm doch auch wieder manche der vorhandenen Schatten etwas verblaßt, besonders in Brays Politik. Er erwähnt hier richtig „Brays Neigung zum Temporisieren", und sehr glücklich ist Döberls Wendung über Ludwig (S. 575): „Die Freude an der deutschnationalen Haltung des Königs dürfen wir uns nicht durch spätere Depressionen seines krankhaften Gemütes verkümmern lassen."

[1]) Tagebuch des Kronprinzen zum 27. Juli, S. 104 f., „Graf Otto Bray-Steinburg, Denkwürdigkeiten aus seinem Leben", Leipzig 1901, S. 136, vorher Deutsche Revue 25 (1900), III, 243. — Den Brief an König Wilhelm, den dieser in Mainz erhielt, erwähnte später Bismarck, s. Moritz Busch, Tagebuchblätter II, 115.

Digitized by Google

männischer Beziehung bedeutete. Graf Bray, der im 63. Lebensjahre stand, hatte sehr gegen seine Neigung, nur dem Drängen des Königs folgend, den ihm liebgewordenen Wiener Gesandtenposten aufgegeben, auf den er denn auch schon im September 1871 zurückkehrte. Trat er somit schon in sein Amt mit wenig Lust ein, so noch weniger an die große Aufgabe, die gerade ihm als Minister zufallen sollte; wie schon der König den Mobilmachungsentschluß dem noch zögernden Minister über den Kopf wegnehmen mußte, so sehen wir diesen auch weiterhin immer mehr gedrängt als je selbst drängend in die Ereignisse eingreifen.

Zunächst erfahren wir gar nichts weiter über Stimmungen und Ansichten in den leitenden Kreisen. Bei einem Manne von der Gemütsverfassung des jungen Königs wäre es nur natürlich gewesen, wenn auf die starke seelische Erhebung und Erregung im Juli eine Zeit der Depression gefolgt wäre. Das einzige, was darauf gedeutet werden kann, war sein auffallender Befehl nach Sedan, als der Jubel in Deutschland zur höchsten Höhe gestiegen war, „daß nur bayrische, oder, wenn es besser ist, gar keine Fahnen auf den Regierungsgebäuden ausgesteckt werden". Dem Minister von Pfeufer kam in seiner Verlegenheit ein tüchtiges Regenwetter zu Hilfe, so daß das Unterbleiben der Beflaggung aus natürlichen Gründen erklärt werden konnte [1]).

Ein gutes Zeichen war ein solcher Befehl zu solcher Stunde gewiß nicht. Aber es war unmöglich, daß die Regierung bei der anwachsenden nationalen Bewegung im bayrischen Volk schweigen konnte. Auch ihr mußte sich, gleichgültig, welches die eigene Stimmung war, die Erwägung aufdrängen, welcher dann die Münchener Adresse vom 19. September Ausdruck gab, daß Bayern bei diesem nationalen Verlangen als mächtigster süddeutscher Staat vorangehen müsse; wie es auch Lasker zu Delbrück äußerte, daß die bedeutendsten Mitglieder der Münchener

[1]) Kobell a. a. O. S. 24.

Digitized by Google

Regierung überzeugt seien, daß der jetzige Augenblick dem Interesse Bayerns sehr diene, wenn es den Bund abschließe, und daß keine spätere Zeit in gleicher Weise den föderativen Charakter des Bundes zu wahren vermöge; der Einheitsstaat werde dann unabwendbar; auch eine jetzige Isolierung Bayerns werde als äußerste Gefahr gefürchtet [1]).

Als die Münchener Adresse überreicht wurde, war die bayrische Regierung längst am Werk, über die beste Form des nötig gewordenen Vorgehens schlüssig zu werden, aber wir dürfen zweifeln, ob sie sich so schnell entschlossen hätte, daß der erste Plan schon am 12. September fertig gestellt war, wenn nicht ein äußerer Anstoß entscheidend gewesen wäre.

Wir haben bisher nur vom Süden und seinen Regierungen, von dem dort herrschenden Für und Wider in der großen Angelegenheit berichtet, zugleich von der Einwirkung der nationalliberalen Führer des Norddeutschen Bundes; in völliger Zurückhaltung, nicht nur jedes Drängen meidend, sondern selbst vor dem drängenden Baden sich kühl bis ans Herz hinan gebend, stand durch diese Wochen hindurch der Bundeskanzler Graf Bismarck der ganzen zur deutschen Einheit hindrängenden Bewegung äußerlich gegenüber; kaum hie und da konnte sein Name in Verbindung mit ihr genannt werden.

Niemals aber ist der Norddeutsche Bund für Bismarck etwas anderes gewesen, „als die Etappe zur großen Einheit," wie er es am Tage nach Königgrätz aussprach. Von Anfang an schnitt er dessen Verfassung auf diese spätere Erweiterung hin zu, die ersten ihm vorgelegten Verfassungsentwürfe waren ihm „zu zentralistisch bundesstaatlich für den dereinstigen Beitritt der Süddeutschen". So sprach auch die den verfassunggebenden Norddeutschen Reichstag schließende Thronrede vor aller Öffentlichkeit „von der Bürgschaft für die weitere fruchtbringende Entwicklung des Bundes,

[1]) Lasker, 24. Sept., Deutsche Revue 19, II, 181.

Digitized by Google

mit dessen Abschluß auch die Hoffnungen, welche uns mit unseren Brüdern in Süddeutschland gemeinsam sind, ihrer Erfüllung näher gerückt werden". Für die Art, wie der Norden sich dabei zu verhalten habe, führte Bismarck etwas später aus, daß man jeden Druck, jedes Drängen vermeiden werde, daß aber, wenn die Nation in ihrer Gesamtheit, der Süden und der Norden, die Einheit wollten, niemand stark genug sei, um dies hindern zu können.

An diesem Grundsatz, den Süden in keiner Weise zu drängen, dessen eigenes Kommen abzuwarten, hat Bismarck unbedingt festgehalten. Dem württembergischen Partikularisten Probst erwiderte er auf dessen Befürchtungen vor einer Erweiterung der Zuständigkeit des Zollparlamentes: „Sie halten uns für empressierter, als wir es sind"[1]). Von diesem Standpunkt aus nahm auch Bismarck seine geradezu abweisende Stellung gegen das zum Bunde drängende Baden. Eigentlich freundlich war das Verhalten gegen den treusten Genossen im Süden nicht, aber Bismarck war Badens sicher, gleichgültig, ob er seinem Patriotismus mit Lächeln oder Stirnrunzeln entgegentrat. Als Lasker sich im August an Bismarck wandte, um vor seinem eigenen Vorgehen in der nationalen Frage möglichst der Übereinstimmung mit dem Kanzler sicher zu sein, da wurde ihm keine Antwort zu teil[2]).

Die bis zur Abweisung gehende Zurückhaltung hatte nun auch

[1]) Siehe die verschiedenen Zitate in Stosch's Denkwürdigkeiten, Deutsche Revue 27 (1902), II, 135; Keudell, „Fürst und Fürstin Bismarck" S. 326, Thronrede vom 17. April und Bismarcks Rede vom 24. Sept. 1867 und 18. Mai 1868 in „Politische Reden Bismarcks", III, 292, 314, IV, 55.

[2]) Lasker an Bismarck, 15. Aug., Deutsche Revue 17, II, 51 f. In den Hamburger Nachrichten erschien 24. März 1892 ein inspirierter Artikel, daß Bismarck sich eines solchen Briefes nicht erinnern könne; er würde schon aus Höflichkeit Lasker irgendwie geantwortet haben (Penzler, „Bismarck nach seiner Entlassung" III, 134).

Digitized by Google

die Folge, daß man in Baden und in den mit dem Großherzog in Beziehung stehenden Kreisen, zu denen vor allem der preußische Kronprinz gehörte, schließlich glaubte, Bismarck wolle von der Vollendung der Einheit gar nichts wissen, daß die Nationalen ihm geradezu zu mißtrauen anfingen. Auch der im Hauptquartier weilende Nationalliberale Bamberger schrieb im August besorgt, daß vielleicht eine Enttäuschung drohe wie nach 1815[1]).

Was Bismarck dafür erlangte, war das volle Vertrauen gerade in den Südstaaten, die noch gewonnen werden mußten und die sich durch ihn gegen jede sonst gefürchtete Vergewaltigung geschützt fühlten. Von Gewalt war natürlich bei ihm niemals die Rede. Aber für ihn, dessen Ziel doch nun einmal die volle Einheit war und blieb, war mit der Ablehnung eines unmittelbaren Drängens sehr wohl vereinbar, die Lage für die Zögernden so zu gestalten, daß sich ein natürlicher Zwang für sie aus dieser Lage heraus ergab; und wenn er auch keine eigene Einwirkung übte, so konnte er diese Einwirkung doch durch andere geschehen lassen. Wenn er ferner ebenso an der Forderung der Freiwilligkeit des Südens festhielt, so ließ er dieser Freiwilligkeit doch, wo es gerade anging, einige pädagogische Nachhilfe zu teil werden. Allerdings durfte der Geleitete nie diese Leitung merken; und das ist ja nach der anderen Seite Bismarck geglückt bis zur bittersten Enttäuschung derer, die auch im Süden diese Leitung von ihm erwarteten und wünschten.

Bei seinem festgehaltenen Standpunkte war es erklärlich, wenn er einige knurrige Bemerkungen machte, sobald im Norden zu sehr gedrängt oder gar die heikle Frage des Kaisertitels zu früh angeschnitten wurde. Der Staatssekretär im auswärtigen Amt, von Thile berichtete davon, vielleicht schon mit etwas starker Betonung, dem bayrischen Gesandten in Berlin, Baron von Perglas, der seinerseits nach Hause schrieb, Bismarck habe „mit

[1]) Deutsche Revue 19, II, 59.

Digitized by Google

Entrüstung" gehört, daß die preußische Presse vom Kaisertitel für König Wilhelm spreche, und habe die Unterdrückung solcher Äußerungen verlangt. Perglas sprach von Thiles „feierlicher und heiliger Versicherung," daß Preußen jede Absicht fern liege, die Selbständigkeit Bayerns und Süddeutschlands zu schwächen. Bayerns Selbständigkeit habe durch die Vertragstreue seines Königs ihre Weihe erhalten, „man brauche die Einheit Deutschlands nicht zu suchen und zu machen, sie sei schon da." Man sei überzeugt, „daß Süddeutschland, Bayern voran und hauptsächlich, frei und energisch, mit nicht zu unterschätzenden eigenen Kräften und Mitteln Deutschland und Preußen gerettet, jedenfalls verhindert habe, daß der Feind sich deutschen Bodens bemächtigen konnte".

Zur vollen Beruhigung in München betonte nicht lange nachher der im Hauptquartier weilende Ministerialsekretär Graf Berchem die aus Bismarcks eigenen Worten geschöpfte Zuversicht, daß Preußen und der Norddeutsche Bund keinerlei Pression auf Bayern üben würden, „indem ein für Norddeutschland günstig gestimmtes Bayern der nationalen Sache mehr nütze, als ein widerwillig in nähere Beziehung gebrachtes Land". Von den militärischen Kreisen meldete er sogar, daß sie eine größere militärische Einigung wohl wünschten, auf die politische Annäherung aber weniger Wert legten. Freilich hatte Bismarck ihm auch einen recht deutlichen Wink gegeben: der Nordbund und Preußen „würden bereitwilligst diejenigen Vorschläge akzeptieren", die König Ludwig „im Interesse einer engeren nationalen Einigung" etwa machen würde[1]).

Als Bismarck hier freundlich auf das anspielte, was man von Bayern erwartete, war er schon hinter den Kulissen an der eigenen Arbeit. Am 21. August erschien der Sieger von St. Privat,

[1]) Perglas' Berichte vom 6., 7., 8., Berchems vom 24. August in Brays Denkwürdigkeiten S. 147—150, 152, Deutsche Revue 25, III, S. 252—254, 255.

Digitized by Google

der seitdem mit einem eigenen Armeekommando betraute Kronprinz Albert von Sachsen im Großen Hauptquartier und hatte mit Bismarck eine lange vertrauliche Unterredung, über welche er gleich am folgenden Tage seinem Vater berichtete. Bismarck brachte hier den Gedanken auf, für die Friedensverhandlungen alle nord- und süddeutschen Fürsten zu einem Fürstenkongreß in Frankreich zu versammeln. Die Friedensbedingung müsse die Abtretung von Elsaß und Deutsch-Lothringen sein, die aber im Besitz von Gesamtdeutschland zu verbleiben hätten, wodurch sich am natürlichsten ein näheres Verhältnis zwischen Nord- und Süddeutschland würde herstellen lassen. Damit kam Bismarck zu dem Hauptpunkt, daß er hoffe, bei jener Fürstenzusammenkunft die deutsche Frage regeln zu können. Zur freiwilligen Einigung hoffe er wesentlich auf König Johanns Hilfe, welcher der rechte Mittelsmann sei, da gegen Preußen immer noch das Mißtrauen bestehe, es hege dynastische Gelüste [1]).

So war die große Frage meisterhaft in die Wege geleitet, der sofort bereite Helfer gewonnen, der Bismarck im Hintergrund zu bleiben erlaubte, und es war die deutsche Frage — wir dürfen wohl auf die ähnliche Argumentation in der badischen Denkschrift und im Schwäbischen Merkur hinweisen — verknüpft mit der Zukunft Elsaß-Lothringens. Der selbstlose Vorschlag des preußischen Staatsmannes, es an Gesamtdeutschland zu bringen, war der Zustimmung fast aller gewiß; die stillschweigende Voraussetzung war nur dabei, daß Gesamtdeutschland eine staatliche Form erhielt, die ihm die Aufnahme der neuen Provinzen ermöglichte.

Vielleicht wartete Bismarck eine zustimmende Erklärung des Königs Johann ab, bis er Ende August den Minister Rudolf Delbrück telegraphisch beauftragte, in Dresden diese Verhandlungen fortzusetzen [2]). Am 3. September fuhr Delbrück mitten

[1]) Albert an König Johann, Jeandelize, 22. Aug., Hassel, „Aus dem Leben des Königs Albert von Sachsen" II, 392 f.

[2]) Rud. Delbrück, „Lebenserinnerungen" II, 407: Delbrück erhielt das

Digitized by Google

im Sedanjubel nach Dresden; dort waren König Johann und der Minister von Friesen ganz mit Bismarcks Plan für Elsaß-Lothringen einverstanden, und ebenso ergab sich daraus sofort „die Ausdehnung des Norddeutschen Bundes auf die süddeutschen Staaten als die notwendige Voraussetzung für die Regelung des Verhältnisses der eroberten Gebiete". Bei der Beratung darüber erklärte Delbrück die Anregung hierzu für Sachsens besonderes Interesse, das bei dem stärker föderativen Charakter, den der Bund nach dem Beitritt der Süddeutschen erhalten mußte, seine isolierte Stellung im Norddeutschen Bund als einziger Mittelstaat zwischen Preußen und den Kleinstaaten los würde. „Es schien mir", schreibt Delbrück in seinen Erinnerungen, „daß diese Auffassung geteilt werde, und ich kehrte am 5. September nach Berlin zurück mit der Überzeugung, daß bei der bayrischen Regierung die nötigen Schritte getan seien und weiter getan werden würden".

Sofort am 5. September wurde er durch ein neues Telegramm Bismarcks in das Hauptquartier beschieden, das er am 10. September in Rheims antraf. Hier beriet Bismarck mit ihm die Umwandlung des Norddeutschen in einen Deutschen Bund und die Art, „weiter das Kaisertum in die Wege zu leiten". Dem von Bismarck vorübergehend gehegten Gedanken, das Zollparlament zu berufen und durch dieses einen Druck auf die Regierungen üben zu lassen, widerriet Delbrück, weil bei dieser Berufung die Absicht nicht verborgen bleiben könnte und schon die Ahnung einer solchen Absicht verstimmen würde; ohnedies sei man bei der Zusammensetzung der Parteien der nötigen überwältigenden Mehrheit durchaus nicht sicher. Delbrück vertraute nach seinen Dresdener Erfahrungen auf eine Initiative aus dem Kreise der Fürsten.

Telegramm in Berlin am 1. Sept. durch Thile; es war „wenn ich nicht irre" aus Busancy; dort weilte Bismarck kurz am Mittag des 30. und dann die Nacht auf den 31. August, zwischen 9 und 10 Uhr früh verließ er den Ort; s. Moritz Busch, Tagebuchblätter I, 131 u. 135.

Digitized by Google

Seine Mitteilungen aus Dresden waren es denn auch, die Bismarck zuerst die Zunge Baden gegenüber lösten, wenn auch seine Antwort vom 12. September auf Jollys Denkschrift noch äußerst zurückhaltend klang. Wichtiger erscheint uns jetzt nur die Ermunterung Badens, in Württemberg und Bayern zu einer Aussprache über die deutsche Frage aufzufordern: als Bismarck versichert war, daß von Sachsen der Angriff auf das noch zögernde Bayern in der Front schon erfolgt war, suchte er diesem jetzt noch Baden in die Flanke zu schicken, um es von zwei Seiten her zum eigenen Vorgehen zu drängen.

Kurz nachdem diese Aufforderung ergangen war, längst ehe ein badischer Vorstoß hätte wirksam werden können, kam die Nachricht, daß das sächsische Vorgehen über das eigene Erwarten schnell in München gewirkt hatte, zugleich unterstützt von der kräftig begonnenen nationalen Bewegung im Lande: es war der Antrag der bayrischen Regierung, über ein Verfassungsbündnis zwischen den Südstaaten und dem Nordbund in Verhandlung zu treten [1]).

Nach vorangegangener Beratung im Ministerium entwarf Graf Bray am 12. September einen Antrag an den König Ludwig und damit das Programm der bayrischen Regierung zur Lösung der nationalen Frage. Wer allerdings in dieser Arbeit Brays auch nur den leisesten Hauch von dem suchen will, was damals alle Gemüter in ganz Deutschland durchzitterte, der sucht vergebens. Von nationaler Sehnsucht, von dem Gedanken an Gesamtdeutschland konnte kaum jemand weiter entfernt sein als der Verfasser dieser Staatsschrift. Nur die ganz nüchterne Nützlichkeitsrechnung vom ausschließlich bayrischen Standpunkt tritt uns entgegen. Lediglich das bayrische Interesse, die Sorge, bei

[1]) Rud. Delbrück, a. a. O. S. 409—413, vorher in der Deutschen Rundschau 116 (1903, III), S. 37—39. Über die ganze Frage der bayrischen Initiative hierbei s. Anhang Nr. 1.

Digitized by Google

weiterem Zögern isoliert und zum Eintritt in das nationale Bündnis gezwungen zu werden, läßt es empfehlenswert sein, jetzt, „wo das Gefühl der großen, von Bayern, von seinem König und seinem Heer der nationalen Sache geleisteten Dienste das öffentliche Bewußtsein beherrscht, die Bedingungen zu präzisieren, unter welchen Bayern geneigt wäre, der nationalen Einigung beizutreten!"

Das war die Form, mit welcher Graf Bray den äußeren Anstoß zu den Verhandlungen gab, aus denen das höchste nationale Gut den Deutschen in Kaiser und Reich erwachsen sollte! Welch andere Worte wußten die Münchener in ihrer Adresse wenige Tage später zu finden, die doch dieselbe Aufgabe bezeichnete und durchaus auch die Wahrung der bayrischen Sonderwünsche im nationalen Werke forderte. Es konnte wohl kein leitender Staatsmann mit kleinlicherer Auffassung ein großes Werk in Angriff nehmen, als es hier Graf Bray tat.

Für die Ausführung blieb ihm die Grundforderung die Ablehnung des Eintrittes in den Nordbund, statt dessen sollten die alten Schutz- und Trutzbündnisse von 1866 durch „eine staatsrechtliche und organische Verbindung Süddeutschlands mit dem Norddeutschen Bunde" ersetzt werden. Anders sei es, wenn Preußen den Nordbund fallen lassen und durch einen neuen, anders gearteten Bund zu ersetzen bereit sei, aber auch dann müßten die Bedingungen, zumal wegen Bayerns Sonderstellung, reiflich erwogen werden, „unter welchen der Beitritt zuzugestehen wäre". Als notwendig einheitlich stellte er nur hin ein deutsches Parlament „mit genauer Kompetenzbegrenzung" und eine gleichmäßig organisierte, im Kriege einheitlich wirkende Heeresmacht; dagegen sollten selbständig bleiben die eigene Vertretung nach außen mit dem Recht, Verträge zu schließen, militärische Oberherrlichkeit im Frieden, eigene Gesetzgebung, Verwaltung und Finanzen, soweit sie nicht durch spezielle Bestimmungen des Bundesvertrages der Bundeskompe-

Digitized by Google

tenz unterstellt würden, eigene Leitung von Post, Eisenbahn und Telegraphie [1]).

Von den beiden vorgeschlagenen Formen der Verhandlung, entweder durch Delbrück in München oder durch bayrische Bevollmächtigte im Hauptquartier, wählte man die erste, den preußischen Minister nach München kommen zu lassen, und in diesem Sinn erging die Aufforderung zur Verhandlung nach Reims.

Sofort mußte sich Delbrück wieder auf den Weg machen. Vorher aber hatte er eine Denkschrift über die künftige Gestalt Deutschlands auszuarbeiten, damit er in die Verhandlungen ebenso gerüstet eintrat, wie die bayrische Regierung auf Grund des Brayschen Programms vom 12. September. Wenn auch seine Aufgabe, entsprechend Bismarcks ganzem bisherigem Verhalten, nicht war, eigene Anträge zu stellen, sondern nur „die in München vorbereiteten Vorschläge anzuhören und aus seiner Kenntnis der Verhältnisse heraus zu besprechen", so mußten auch dafür natürlich die einzuhaltenden Gesichtspunkte festgestellt werden. Wir kennen den Inhalt der Denkschrift nicht, Delbrück selbst sagt, daß sie im ganzen ein Bild dessen enthalten habe, was durch die Versailler Verträge dann geworden sei; sie gipfelte in der Forderung, daß König Wilhelm die Kaiserwürde annehmen müsse. Bismarck erklärte sich einverstanden und am 15. September auch der König in Chateau-Thierry, so daß Delbrück von dort zunächst nach Berlin abreisen konnte; am 21. September traf er in München ein [2]).

In eigentümlicher Weise ließ Bismarck neben den Verhandlungen über die Form der Verfassung die Frage des Fürstenkongresses auch in München zur Sprache bringen. Als Delbrück

---

[1]) Die Denkschrift bei Bray S. 136—139, Deutsche Revue 25, III, S. 243—246.

[2]) Delbrücks Aufzeichnungen S. 413—415, Rundschau 116, S. 43 f.; vgl. Delbrücks Rede vom 5. Dez. 1870, Hahn II, 257, und Augsb. Allg. Zeitung vom 22. Sept. das Telegramm S. 4208.

Digitized by Google

zu König Ludwig befohlen wurde und dieser den eigentlichen Zweck der Sendung mit keinem Worte berührte, da sprach Delbrück von dem Wunsche König Wilhelms, ihn im Hauptquartier zu begrüßen, aber Ludwig ließ den Gegenstand mit einer ausweichenden Redewendung fallen. Denselben Wunsch meldete dann ein Schreiben des Grafen Taufkirchen aus dem Hauptquartier vom 24. September, daß die beiden mächtigsten deutschen Fürsten sich über das Ob und Wie eines Deutschen Reiches beraten und ihre Beschlüsse dem allgemeinen Fürstenkongreß vorlegen sollten. Die Minister machten später König Ludwig nachdrücklich darauf aufmerksam, daß sich hier eine nicht wiederkehrende Gelegenheit biete, für Bayern besondere Vorzugsrechte zu beanspruchen, deren Geltendmachung auf einer allgemeinen Fürstenversammlung Schwierigkeiten haben würde [1]).

Es bestand also der Plan, diese preußisch-bayrische Fürstenbegegnung vielleicht unmittelbar an die Verhandlungen Delbrücks anzuschließen; die Zusage König Johanns zum allgemeinen Kongreß war schon erfolgt, der meisten anderen war man sicher. Gerade jener drängende Hinweis der bayrischen Minister läßt das Gefährliche einer preußisch-bayrischen Vorberatung hervortreten, die nur dadurch hinfiel, daß es Ludwig unmöglich war, seine Menschenscheu zu überwinden und die Reise zu unternehmen.

Am Tage nach Delbrücks Ankunft, am 22. September, begannen die bis zum 26. dauernden wichtigen Münchener Verhandlungen [2]). An den Besprechungen nahmen außer Graf Bray teil der Handelsminister v. Schlör, der Finanzminister v. Pfretzschner, der Justiz- und Kultusminister v. Lutz, der Minister des Innern v. Braun und der Kriegsminister v. Pranckh, dieser nur bei den wenigen sein Ressort berührenden Besprechungen. Von

[1]) Delbrück a. a. O. S. 417, Eingabe der bayrischen Minister vom 13. Okt., bei Bray S. 145—147, Deutsche Revue 25, III, S. 250 f.; vgl. die kurze Bemerkung von Frau von Kobell, Deutsche Revue 22, II, S. 2.

[2]) Den ausführlichsten Bericht gibt uns das bayrische Verhandlungs-

Digitized by Google

Stuttgart war auf die aus München am 21. September ergangene Einladung Herr von Mittnacht erschienen, der am meisten den bayrischen Wunsch teilte, die beiden süddeutschen Königreiche bei allen diesen Verhandlungen zusammenzuhalten. Delbrück selbst war Mittnachts Teilnahme an den Besprechungen „höchst erwünscht", sonst war für ihn nicht unwillkommen, daß das bayrische Ministerium sich nicht vorher geeinigt hatte, daß es unter den Ministern sogar zu Diskussionen vor ihm kam; Brays Programm scheint eben doch mehr sein persönliches als das des Gesamtministeriums gewesen zu sein. Launig erzählt Delbrück, daß die Minister unverkennbar einer Meinung über die Notwendigkeit des Anschlusses an den Norden waren, aber ebenso unverkennbar verschiedener Meinung, „ob diese Notwendigkeit eine traurige, eine erträgliche oder eine erfreuliche sei".

Ausdrücklich erklärte Delbrück nochmals, daß er keinerlei Vorschläge zu machen habe, „sondern den Propositionen der süddeutschen Regierungen entgegensehe", nur fügte er deutlich hinzu, daß Preußen „noch keinen Grund gefunden habe", die Frage einer etwa notwendig werdenden Änderung des Bundes zwischen den norddeutschen Staaten „einer näheren Erwägung zu unterwerfen . . . und daß er daher eine solche Änderung nicht vorauszusetzen habe".

Dem stand nun die uns bekannte Grundlage für den bayrischen Standpunkt gegenüber, die Abweisung eines Eintrittes in den

protokoll bei Bray S. 140—145, Deutsche Revue 25, III, S. 246—250, das aber nicht vollständig ist, sehr kurz in den Militärverhandlungen, und die wesentliche Frage des Vetos ganz übergeht. Daneben steht der Bericht Delbrücks, a. a. O. S. 415—418, Deutsche Rundschau 116, S. 42 bis 44; vgl. seine Rede vom 5. Dez., Hahn II, 257, Mittnachts Rede vom 22. Dez., Württ. Kammerverhandl. I, 20, Staatsanz. vom 24. Dez., S. 3769, und seine Rede vom 8. Febr. 1872, erwähnt bei Poschinger, „Bismarck und der Bundestag" II, 182; ganz kurz sind die Bemerkungen in Mittnachts Erinnerungen S. 20 u. 24. — Marquardsen an Lasker 25. Sept., Deutsche Revue 17, II, S. 182; vielleicht war hier wie später Minister Lutz sein Gewährsmann. — Tagebuch des Kronprinzen S. 114.

Digitized by Google

Norddeutschen Bund von vornherein. Als Bayerns Vertreter aber nun vor der heikeln Frage standen, nicht nur das schon Vorhandene zu kritisieren, sondern eigene positive Vorschläge zu machen, da war das einzige, was man tun konnte und sofort tat, daß man den Verhandlungen zu Grunde legte — die Verfassung des verpönten Norddeutschen Bundes! Man beriet sie artikelweise durch, und als Bayern für sich die dann abgewiesene Forderung stellte, acht statt sechs Stimmen im Bundesrate zu erhalten, erkannte es damit den Bundesrat und mit ihm den Kernpunkt gerade der besonderen Organisation des Norddeutschen Bundes an. Damit war die erste und höchste Forderung von Brays Denkschrift vom 12. September klanglos unter den Tisch gefallen, und mochte man die Sache auch nachher wenden, wie man wollte: vom ersten Augenblick an verhandelte man nur über die Bedingungen, unter denen Bayern in die Verfassung des Norddeutschen Bundes einzutreten bereit sei. Ein glänzender Anfangserfolg der scheinbar so passiven Politik Bismarcks, der von Delbrück in allem meisterhaft unterstützt worden war!

Allerdings kam nun ein vollgerütteltes Maß der Sonderwünsche, von denen manche ruhig hingenommen wurden, manche aber gleich den festen Widerspruch Delbrücks fanden: eigene Gesetzgebung über Heimats- und Niederlassungsverhältnisse, über Staatsbürgerrecht und Gewerbebetrieb, eigene Post- und Telegraphenverwaltung, eigene Konsuln, Befreiung Bayerns von Beiträgen für die deutsche Marine; als Bundesfarben schlug man gegenüber dem Schwarzweißrot des Nordbundes das alte Schwarzrotgold vor. Delbrück verlangte dagegen die Gesetzgebung über „Bundes- und Staatsangehörigkeit" für den Bund, er sprach gegen bayrische Konsuln im Ausland, „da gerade darin eine der segensreichsten und imponierendsten Wirkungen" des norddeutschen Verfassungsbündnisses gelegen habe, daß an Stelle des vielköpfigen Konsulatswesens überall ein „deutscher Konsul" getreten sei; man würde Konsuln überall da aufstellen, wo auch

Digitized by Google

nur ein einzelner Bundesstaat interessiert sei; die Beitragspflicht für die Marine könne keinem Mitglied erlassen werden, da die Flotte durch den Schutz des deutschen Gebietes im Kriege und des Handels im Frieden auf allen Meeren „allen deutschen Staaten in gleichem Maße zu gute komme".

Vor allem ging Bray vor für die alten Fetische deutscher Partikularsouveränität, die der alte Bund so treulich geschützt hatte: für die bei dem Konsulatswesen schon berührte eigene Vertretung nach außen, bei der er auch das eigene Vertragsrecht in Anspruch nahm, und dann für die Militärhoheit. Bei der freilich für die höchste staatsmännische Weisheit unlösbaren Aufgabe, das volle Vertretungsrecht jedes Bundesgliedes mit der nun einmal nicht zu umgehenden Vertretung des ganzen Bundes nach außen zu vereinen, geriet Bray auf einen Ausweg, den man bei einem in die diplomatische Praxis eingelebten Manne kaum für möglich halten möchte: es sollte jede Regierung gemäß dem augenblicklichen Zustand für ihre diplomatische Vertretung selbst sorgen, das aber nicht nur in den eigenen, „sondern auch in denjenigen Angelegenheiten, welche den im Bunde begriffenen Staaten gemeinsam seien", während das Bundespräsidium auswärtige Gesandte bei sich empfangen, nach außen aber nur den Nordbund vertreten dürfe. Ein wahrer Rattenkönig in dem Durcheinander von Partikular-, Nordbund- und Gesamtbundvertretung, gegen das die Verhältnisse im alten Deutschen Bund geradezu ein Muster von Einfachheit und Klarheit gewesen wären. Delbrück konnte sich gegen diesen durch seinen Widersinn von vornherein unmöglichen Vorschlag auf wenige erwidernde Worte beschränken, wobei er aber tröstend hervorhob, daß jeder süddeutsche Staat das Recht behalten solle, neben den Bundesgesandten eigene Gesandte für seine besonderen Angelegenheiten zu ernennen und fremde bei sich zu empfangen.

Dieses Zugeständnis, das den Unitariern strikter Observanz wenig lieb war, hatte Bismarck dem Souveränitätsgefühl der

Digitized by Google

Einzelregierungen sofort gemacht. Nach seiner Meinung war es ein Hauptfehler der früheren Radowitzschen Unionspolitik gewesen, daß sie diese „zarte Frage der dynastischen Empfindlichkeit" nicht mit der genügenden Schonung behandelt habe; wenn ein Staat Sonderbeziehungen nach dem Ausland suche, so könne man dagegen „keinen hinreichend wasserdichten Verschluß" finden. Es gebe kein Mittel, „zu verhindern, daß fürstliche Korrespondenzen oder irgendwelche mehr oder weniger distinguierte Privatleute, bis in die Kategorie der internationalen Zahnärzte hinein, die Träger politischer Verhandlungen würden" [1]). Mit seinem Zugeständnis hatte Bismarck von vornherein einen ausgezeichneten Schutz gegen alle in der Richtung der Brayschen Anträge gehenden Forderungen, die denn auch schließlich alle bis auf ähnliche unschädliche, aber der Souveränität schmeichelnde Zugeständnisse beseitigt werden konnten.

Nach der norddeutschen Verfassung hatte das Präsidium das Recht, „im Namen des Bundes Krieg zu erklären und Frieden zu schließen"; Bray schlug vor, das Recht der Kriegserklärung für den Fall, daß deutsches Gebiet angegriffen würde, anzuerkennen; allerdings eine Selbstverständlichkeit, da gewöhnlich dem Angegriffenen der Krieg von dem Angreifer erklärt zu werden pflegt, was aber nicht hinderte, daß man dem Anregenden zuliebe diese ausdrückliche Anerkennung des Selbstverständlichen sogar in Artikel 11 der Reichsverfassung aufgenommen hat. Sonst sollte die Kriegserklärung an die Zustimmung des Bundesrates gebunden sein, den das Präsidium von allen einschlägigen Verhandlungen „stets erschöpfend verständigen" müsse; zu jeder Friedensverhandlung sollte ein bayrischer Vertreter zugezogen werden.

Von den Verhandlungen über das Heerwesen erfahren wir

[1]) Die verschiedenen Äußerungen Bismarcks zu diesem Thema s. in „Gedanken und Erinnerungen" I, 60, Rede im preußischen Landtag 9. Dez. 1867 und im deutschen Reichstag 8. März 1878, Reden III, 369 f., VII, 184 f.

Digitized by Google

nichts Näheres, als daß sie sich nicht wesentlich außerhalb des Kreises der später wirklich getroffenen Vereinbarungen bewegt hätten. Delbrück war hier nicht Fachmann genug, jedenfalls erklärte Prandy, auf eine Konvention gleich der sächsischen, auch mit entsprechenden Änderungen, nicht eingehen zu können. Gegen den unhaltbaren Gedanken eines absoluten Vetos bei allen Verfassungsänderungen für Bayern machte Mittnacht den glücklichen Gegenvorschlag, es an eine begrenzte Zahl von Bundesratsstimmen zu binden, er dachte an ein Viertel an Stelle des Drittels der norddeutschen Verfassung.

Mittnacht hatte sich meist zuhörend verhalten und nur gelegentlich, wie in diesem Falle, eingegriffen. Er war gewiß dem nationalen Gedanken nicht mit dem Enthusiasmus eines Suckow ergeben, er war mittelstaatlich selbstbewußter, aber er vertrat ihn damals mit unbedingter Entschlossenheit und Klugheit, jedenfalls energischer, als dem einen oder anderen seiner bayrischen Kollegen lieb war, mit denen er aber dauernde Fühlung zu wahren sorglich bemüht blieb. Delbrück stellte ihm das Zeugnis aus, er habe „nicht nur den scharfsinnigen Juristen, sondern auch den weitblickenden Staatsmann" erkennen lassen, und Marquardsen schrieb nach dem, was ihm mitgeteilt worden, noch am 25. September an Lasker, daß Mittnacht sich ganz entschieden auf den in Stuttgart kundgegebenen Standpunkt gestellt „und dadurch auch bei unseren Herren großen Eindruck gemacht" habe; nur Schlör, „der natürlich mit Widerwillen bei der ganzen Sache ist", habe „über die Widerstandslosigkeit Württembergs sehr geschimpft".

Recht hatte Mittnacht jedenfalls, wenn er diese Münchener Besprechungen „grundlegend" nannte. Der preußische Kronprinz schrieb am 30. September in sein Tagebuch: „Günstige Nachrichten von Delbrück zu Bismarcks Überraschung". Das Große war erreicht, daß die Regierungen der beiden süddeutschen Königreiche, und zwar die württembergische mit ausgesprochener Ent-

Digitized by Google

schiedenheit, sich nicht nur auf den Boden des Einheitswerkes überhaupt, sondern auch auf den der besonderen Form der Einheit, wie sie im Norddeutschen Bunde vorgezeichnet war, gestellt hatten. Gewiß war noch viel an Einzelarbeit zu tun, das hatten die Verhandlungen auch gezeigt, aber Delbrück konnte der geleisteten Arbeit froh aus München die Überzeugung mitnehmen, „daß der Deutsche Bund gesichert sei".

III.

Bismarck und die Verhandlungen in Versailles bis Anfang November.

Mit diesem Erfolge in München war der geheime Leiter der ganzen Handlung hinter der Szene um ein gutes Stück vorangekommen und hatte nun den Weg zu einem neuen Vorstoß frei, zu dem das getreue Baden seine Dienste leihen mußte. Am 2. Oktober teilte Graf Flemming in Karlsruhe mit, daß jetzt ein Antrag Badens auf seinen Eintritt in den Norddeutschen Bund dessen Präsidium willkommen sein werde; noch an demselben Tag wurde der Antrag abgefaßt und zwar mit der Festhaltung der damaligen Verfassung des Bundes, am 3. Oktober ging er ab. Wieder zögerte Bismarck einige Tage mit der Antwort, denn wieder galt es ein isoliertes Vorgehen Badens zu vermeiden; der Staat aber, den er auf jeden Fall damals an Baden anschließen wollte, war Württemberg.

Delbrücks Bericht über Mittnachts Auftreten in München konnte nur den verläßlichen Eindruck verstärken, den Bismarck aus einer eigenen Unterredung mit Suckow hatte erhalten müssen. Als Suckow am 17. September in Meaux die Ordensgesandtschaft bei König Wilhelm erledigt hatte, legte Bismarck auch ihm

Digitized by Google

seinen Standpunkt dar, daß man keinen Zwang auf die Süddeutschen üben wolle, sondern ihr freiwilliges Anerbieten in der deutschen Sache erwarte. Um eine Anregung zu geben, habe man die Fürstenzusammenkunft vorgeschlagen, die aber jetzt das bayrische Verhandlungsanerbieten gekreuzt habe, woraufhin Delbrück nach München gereist sei. Der Plan der Zusammenkunft bleibe trotzdem bestehen. Ferner bestätigte er Suckow dessen Meinung, daß die Verhandlungen mit Bayern und Württemberg getrennt geführt werden sollten [1]).

Suckow wurde nach seiner Heimkehr am 1. Oktober von König Karl empfangen und erstattete Bericht. In Stuttgart schien es nicht mehr zum besten zu stehen; durch die lange Abwesenheit Suckows und durch Mittnachts Sendung nach München waren die stärksten nationalen Stützen beim König entfernt, und andere Einflüsse konnten sich wieder mehr hervordrängen. Nach den früheren Kundgebungen mußte ein vom 28. September datierter Artikel des württembergischen Staatsanzeigers bedenklich auffallen. Der Schwäbische Merkur hatte durch ein Extrablatt eine Berliner Korrespondenz vom 27. September mitgeteilt, welche die in München geschaffene Situation im ganzen richtig, wenn auch etwas einheitsfreundlich gefärbt, wiedergab: „daß die süddeutschen Staaten in den Bund auf Grund gegenwärtiger Bundesverfassung eintreten werden, mit einigen später festzustellenden Modifikationen, die vielleicht noch Ministerkonferenzen veranlassen werden". Das amtliche Blatt bemerkte hierzu mit auffallender Schärfe: „Wenn hierin die Behauptung liegt, daß seitens der württembergischen Regierung die Absicht bestehe, vorbehaltlich einiger erst später durch Konferenzen zu vereinbarender Modifikationen, auf Grund der gegenwärtigen norddeutschen Bundesverfassung in den Norddeutschen Bund einzutreten, so müssen wir diese Nachricht für durchaus un-

[1]) Nach Suckows Aufzeichnung, Deutsche Revue 22, I, 304, Poschinger, a. a. O. II, 336; Staatsanzeiger vom 2. Okt.

Digitized by Google

begründet erklären“ [1]). Im Tone dieser Erklärung lag ein erhebliches Abflauen gegenüber der Antwort, die König Karl auf die Kundgebung der Liederhallenversammlung hatte erteilen lassen. Es war die Stimmung der höfischen Kreise gegenüber der schon begonnenen nationalen Wirksamkeit der Minister, welche hiermit ihren Ausdruck fand.

Die nationale Agitation ruhte dafür nicht. Durch den September hindurch waren die Zustimmungserklärungen zum Liederhallenbeschluß erfolgt, und nun wurde aus diesen zustimmenden Kreisen heraus eine Versammlung von Vertrauensmännern berufen, die am 2. Oktober wieder in der Liederhalle in Stuttgart tagte. Die hier beschlossene, die sämtlichen Landesadressen gleichsam vereinigende Adresse an den König dankte für seinen Erlaß auf die Kundgebung vom 3. September, erklärte sich gegen den Gedanken eines neuen konstituierenden Reichstages und besonders gegen einen bloß weiteren Bund zwischen dem Süden und dem Norden; das heißt, sie stellte gleich der Münchener Adresse die Forderung auf den Eintritt in den Nordbund, sie bat um Klarheit, die jede antinationale Strömung bannen und Beruhigung schaffen solle.

Man war nicht ohne Sorge, man fürchtete „einen Umschlag in der Windrichtung“ und glaubte diese Sorge bestätigt zu sehen, als der König die Deputation der Versammlung nicht empfing, sondern ihr durch seine Abreise nach Friedrichshafen am 5. Oktober aus dem Wege zu gehen schien. Hölder schrieb an Lasker:

[1]) Staatsanzeiger vom 29. Sept., S. 2757. Da Mittnacht am 27. Sept. zurückgekommen und erst am 28. vom König empfangen worden war (s. ebend. S. 2771), so wird diese Kundgebung noch ohne sein Zutun verfaßt und in das Blatt gebracht worden sein. Obendrein ist die dann folgende ministerielle Kundgebung vom 9. Okt. inhaltlich eine Ableugnung dieses Artikels. Trotzdem war Mittnacht, da er gerade heimgekehrt war, sehr dem Verdacht ausgesetzt, der Veranlasser zu sein; das läßt auch ein aus Württemberg stammender, anonymer, sachlich ganz gut orientierter, aber sehr stark gefärbter Artikel in den Preuß. Jahrbüchern (Bd. 26, 1870, S. 701 f.) hervortreten.

Digitized by Google

„Höchsten Ortes kann die Stimmung jeden Tag wechseln, je nachdem gerade jemand Einfluß gewinnt, und die Minister sind gehorsame Diener“ [1]). Das traf denn doch nicht ganz zu. Ob die Minister die Antwort, die der König aus Friedrichshafen den Kundgebenden am 9. Oktober erteilen ließ, beeinflußt haben, ist wenig wahrscheinlich; es wurde darin auf den früheren Erlaß und auf die Münchener Besprechungen verwiesen, ferner auf die Unmöglichkeit, nach dem Stande der Verhandlungen etwas mitzuteilen. „Von den Ansichten der am 2. Oktober in der Liederhalle Versammelten haben Se. Majestät Kenntnis genommen. Höchstdieselben vertrauen, daß die in Aussicht stehenden Verhandlungen unter den deutschen Regierungen einen günstigen, den nationalen Bedürfnissen entsprechenden Verlauf nehmen.“

Genau an demselben 9. Oktober brachte der Staatsanzeiger an hervorragender Stelle eine Regierungserklärung, die noch vor dem königlichen Bescheid den Beteiligten zu Gesicht kam und wie eine ministerielle Antwort auf den Beschluß vom 2. Oktober angesehen wurde. Suckow erwähnt auch, daß nach seiner Rückkehr viele Ministerbesprechungen stattgefunden hätten. Die Erklärung knüpfte gleichfalls an den königlichen Bescheid von Anfang September an, und lavierte dann um die mit der letzten scharfen Kundgebung gegebene Schwierigkeit vorsichtig herum: die genaue Prüfung der norddeutschen Bundesverfassung habe zu der Überzeugung geführt, daß das Ziel der verfassungsmäßigen Einigung „erreicht werden kann auch ohne unveränderte Annahme aller Bestimmungen jener Verfassungsurkunde, welche neben dem für die Gründung eines festen staatlichen Gebildes Wesentlichen auch manches weniger Wesentliche, Zufällige, durch die besonderen Verhältnisse der norddeutschen Bundesstaaten Veranlaßte ent-

[1]) Schwäb. Kronik vom 4. Okt., S. 2871; Hölder an Lasker 3. Okt. u. ohne Datum, Elben an Lasker 7. Okt. Deutsche Revue 17, II, S. 300 f., 314, III, 59; Staatsanzeiger vom 6. Okt., S. 2842. Der König blieb bis zum 16. Okt. fort; ebend. 18. Okt., S. 2982.

Digitized by Google

hält und da und dort eine freie Bewegung der Einzelstaaten, insbesondere in finanzieller Beziehung und in Absicht auf die Verwaltung, als wünschenswert erscheinen läßt. In diesem Sinne war die württembergische Regierung bisher tätig. Die Münchener Besprechungen sind geeignet, die Hoffnung zu begründen, daß die erstrebte bundesstaatliche Einigung erzielt werden wird. Die Verhandlungen haben aber eben erst begonnen und ihr Stand erlaubt nicht, über das Detail sich öffentlich auszusprechen".

Wenn wir diese Wendungen einer vorsichtigen Negation ins Positive übersetzen, so bleibt als Kern so ziemlich das übrig, was die so grimmig desavouierte Berliner Korrespondenz des Schwäbischen Merkur und ähnlich der Liederhallenbeschluß gesagt hatten: daß das für den Bundesstaat „Wesentliche" in der norddeutschen Verfassung gegeben war, und es sich also nur darum handeln konnte, diese in den weniger wesentlichen Einzelheiten zu modifizieren, und daß darüber verhandelt wurde. Jedenfalls hatte sich die Regierung, wenn auch mit der höchsten Vorsicht im Ausdruck, gegenüber der glücklich vorübergegangenen Schwankung im Sinne der von ihr bisher festgehaltenen Einheitspolitik gebunden. So sagte auch der Merkur von dieser Erklärung: „Es ist diejenige einer verschämten Braut, die ihr Jawort lange versagt hat, und auch jetzt noch dem Bräutigam, dem sie nicht entgehen kann, dasselbe noch nicht unwiderruflich geben will. Trotz aller Zurückhaltung ist aber doch aus der Erklärung zu entnehmen, daß Württemberg tatsächlich in den Nordbund eintreten will." Die drängenden Nationalen auch in Württemberg trugen nicht immer der schwierigen Zwischenstellung Rechnung, in der sich das Ministerium damals befand [1]).

---

[1]) Staatsanzeiger vom 9. Okt., S. 2885, Schwäb. Kronik vom 4. u. 15. Okt., S. 2871 u. 2963; auffallend ist, daß, soviel ich sehe, der Erlaß vom 9., den ich der Schwäb. Kronik entnehme, im Staatsanzeiger nicht abgedruckt worden ist. Ob das Ministerium eine Abschwächung des Eindrucks seiner Erklärung befürchtete?

Digitized by Google

Allerdings war die Gegenarbeit gegen die Nationalen im Lande matt; man begnügte sich im ganzen mit dem Hinweis auf die geringe „Opportunität der Verfassungsmacherei inter arma". Gerade am 9. Oktober hielt das Landeskomitee der Volkspartei eine Sitzung in Stuttgart ab, zu der auch Führer der Großdeutschen wie Probst und Österlen erschienen. Für die Einigkeit trat man auch hier ein, aber eine staatsrechtliche Verbindung auf Grund der bestehenden Nordbundverfassung wurde für unmöglich erklärt, das widerspreche „diesem echten Einheitsstreben"; der neue Bund sollte vielmehr „die Garantien eines wahren Konstitutionalismus" geben. Es war viel hoffnungslose Phrase darin: das Volk müsse die Staaten des Südens, auch ohne Verbindung unter sich, hinüberretten in eine Zukunft, in der auch die Regierenden erkennen, „daß Deutschland nicht bloß kriegerischer Erfolge und einer hervorragenden Weltstellung, sondern auch einer großen inneren Erneuerung im Geiste des Stammeslebens und der Freiheit bedarf, um kommenden Stürmen gewachsen und zu einer seinem edeln Volke gebührenden Stellung erhoben zu sein" [1]).

Das württembergische Ministerium stand nun vor der weiteren Aufgabe, die auch in seinen Beratungen zu Anfang Oktober erwogen wurde, zu den Vorschlägen Stellung zu nehmen, die Suckow in Bismarcks Auftrag übermittelt hatte. Am 7. Oktober antwortete Suckow dem Bundeskanzler, daß König Karl nicht mit Ludwig von Bayern zusammen nach Versailles gehen wolle, überhaupt erst, nachdem die Grundlagen der neuen Bundesverfassung durch die Minister festgelegt seien; dafür könnten nach erfolgter Einladung Suckow und Mittnacht jederzeit ins Hauptquartier entsendet werden. Besonders willkommen mußte für Bismarck hierbei die Mitteilung über die eifersüchtigen Regungen Bayern gegenüber klingen, etwa in der Auffassung, die der preußische

[1]) Bericht über die Sitzung des Komitees im Beobachter vom 16. Oktober.

Digitized by Google

Kronprinz dahin aussprach: „Der König von Württemberg will direkt mit uns verhandeln, um nicht in Bayerns Schlepptau zu erscheinen". Am 12. Oktober telegraphierte Bismarck an Suckow, er erwarte sie mit lebhafter Genugtuung und sei zu Verhandlungen mit ihnen ermächtigt [1]).

Und an demselben Tag erging die Antwort an Baden auf dessen Antrag zum Eintritt in den Bund; diesmal löste das württembergische Anerbieten Bismarck hier die Zunge. Nicht er, sondern die württembergische Regierung hatte ja somit den Antrag auf Verhandlungen gestellt, er brauchte nichts zu tun, als dieser Anregung nachzugeben, und wie erschien er erst als der Gedrängte, der schwerfällig Folgende dem ungeduldigen Baden gegenüber! Er antwortete nach Karlsruhe, daß er den Antrag als neuen Beweis der bewährten nationalen Gesinnung Badens ansehe und das Anerbieten des Eintritts annehme; er lud zur Entsendung von Bevollmächtigten nach Versailles ein und teilte zugleich mit, daß er der bayrischen und württembergischen Regierung den badischen Antrag übermittelt habe unter dem Anheimgeben, auch Vertreter zu den Verhandlungen zu entsenden [2]).

Seine Absicht war aber, wie er schon Suckow in Meaux gesagt hatte, Bayern und Württemberg dabei zu trennen, während er dafür jetzt Württemberg an das nationale Baden und an Hessen anzuschließen suchte. Deshalb ging die ziemlich dringende Einladung nur an Württemberg und Baden, Bayern gegenüber brauchte man die gleiche Form, wie früher, und stellte frei, die Münchener Besprechungen in Versailles fortzusetzen oder sie nachher in München wieder aufzunehmen, indem man rechnete, daß das bayrische Selbstgefühl des Grafen Bray sich wieder für München als Verhandlungsort entscheiden würde. So schrieb auch Delbrück an Lasker, daß es sein Wunsch gewesen wäre, „den Hergang

[1]) Deutsche Revue 22, I, S. 305, Poschinger a. a. O. II, 337. Kronprinz, Tageb. 10. Okt., S. 116.

[2]) Lorenz, S. 342 f., Baumgarten-Jolly S. 177 f.

Digitized by Google

so einzurichten, daß zunächst Württemberg und Baden allein hier wären und Bayern später dazu käme“ [1]).

Da kreuzte Mittnacht diesen Plan vollständig. Wollte Bismarck Württemberg von Bayern abdrängen, so war Mittnacht dauernd bemüht, beide zusammenzuhalten, und er sprach daher in München seinen dringenden Wunsch aus, daß die Bayern mit nach Versailles kämen; vor Suckow motivierte er es damit, daß sie mit Rücksicht auf die früheren Münchener Verhandlungen nicht reisen könnten, ehe sie nicht wüßten, daß die Bayern auch eingeladen seien [2]).

Bray antwortete, König Ludwig käme erst am 17. Oktober von Hohenschwangau nach München, vorher sei nichts zu machen. Nach dem Berichte des badischen Gesandten in München, Robert Mohl, machte Bray auf andere den Eindruck eines an der ganzen Angelegenheit nur sehr mäßig Interessierten, wie er auch uns aus seinen bisherigen Äußerungen entgegentritt. Bei der Parteizusammenstellung des bayrischen Landtages war es eine bedenkliche Nachricht, welche der von dem nationaler fühlenden Minister Lutz unterrichtete Marquardsen meldete, daß es feststehe, das

[1]) Siehe die charakteristische Art, wie Delbrück diese Vorgänge in seinem Bericht vor dem Reichstag erzählte, Hahn II, 257 f., vgl. Mittnachts Rede am 22. Dez., Verhandl. der Abgeordn. 1870—72, I. Prot.-Band S. 20, Staatsanzeiger S. 3769. — Delbrück an Lasker 18. Okt., Deutsche Revue 17, III, S. 64.

[2]) Mittnachts Rede a. a. O., Suckow, Deutsche Revue 22, I, 305, Poschinger II, 337. — Robert Mohl sagt in seinen Lebenserinnerungen (II, 325), die hier übrigens mehrere Unrichtigkeiten enthalten, die Abreise der württembergischen Minister sei „ein Donnerschlag für Graf Bray“ gewesen. Döberl (Beil. zur Allg. Zeitung 1903, Nr. 148, S. 27) schließt sich ihm wenigstens so weit an, daß die bayrische Regierung überrascht gewesen sei, und auch Salchow (Beil. zum Bericht des Stadtgymnasiums in Halle, 1904, S. 36) meint, verführt durch das kronprinzliche Tagebuch (10. Okt., S. 116), Württemberg habe sich hier Baden angeschlossen, um nicht weiter im Schlepptau Bayerns zu erscheinen. Beides sind Irrtümer, Mittnacht machte seine Reise geradezu von Bayern abhängig und Bayern konnte dadurch von dieser Reise schwerlich überrascht sein.

Digitized by Google

Miniſterium werde den Landtag nicht auflöſen. Bismarck machte in dieſer Zeit einmal die Bemerkung, es ſei komiſch, daß man denke, er wünſche die Einheit Deutſchlands nicht; es gehe nur nicht vorwärts „wegen der ſteten Tergiverſationen Bayerns und Württembergs“ und weil man nicht genau wiſſe, wie der König Ludwig denke[1]).

Als die Nachricht nach Stuttgart kam, daß die Bayern am 20. Oktober reiſen würden, ſetzte Mittnacht die eigene Abfahrt auf den 19. feſt, ſo daß er und Suckow am 22. als die erſten in Verſailles eintrafen. Eine Strecke waren ſie mit den badiſchen Bevollmächtigten Jolly und von Freydorf „unter gegenſeitiger Ignorierung“ in einem Bahnzuge gefahren, dieſe langten aber erſt am 25. zuſammen mit den Bayern Graf Bray, Lutz und Prandkh an. Herr von Dalwigk aus Darmſtadt kam mit Geheimrat Hofmann am 26. Oktober nach[2]).

Hatte Mittnacht Bismarcks Plan verhindert, Württemberg von Bayern zu löſen und an Baden und Heſſen anzuſchließen, ſo parierte Bismarck dieſen Gegenzug ſofort durch die neue überraſchende Parole, daß nun jeder Südſtaat für ſich mit den Vertretern des Nordbundes verhandeln ſollte, wobei Delbrück die Verfaſſungsfragen, Roon die militäriſchen Dinge zufielen; außerdem wurde noch der Sachſe von Frieſen hinzugezogen. Jetzt trennte Bismarck die möglichen Gegner, um jeden allein ſtärker in der Gewalt zu haben, vor allem, um Württemberg die bayriſche Rückendeckung zu entziehen[3]).

---

[1]) Lorenz, S. 343, vgl. die Mitteilung bei Moritz Buſch, Tagebuchblätter I, 251. — Marquardſen an Lasker 15. Okt., Deutſche Revue 17, III, S. 65, Moritz Buſch zum 16. Okt. I, 300.

[2]) Brief Jollys vom 23. Okt. bei Baumgarten-Jolly S. 179, 184; Brief Brays, 23. u. 28. Okt., S. 174 u. 193, Deutſche Revue 25, IV, S. 1 u. 133; Suckow, Deutſche Revue 22, I, S. 305, Poſchinger S. 337; Württ. Staatsanz. 20. Okt., S. 3009.

[3]) Über die neue Form der Verhandlung ſ. Freydorfs Bericht vom 26. Okt., Lorenz S. 349; Lutz, Landtagsrede vom 14. Dez.: die Trennung

Digitized by Google

Mit Baden gab es kaum Schwierigkeiten. Bismarck dankte nun Freydorf offen, daß sie in ihrer Politik „trotz der abwehrenden Haltung, die er zu beobachten genötigt gewesen wäre, nicht gewankt, sondern festgehalten hätten"; den Eintritt in den Bund regelte Jolly mit Delbrück in einer einzigen Konferenz, während er in der Militärfrage für seinen Antrag der vollen Verschmelzung mit dem preußischen Heere zuerst Widerstand auf preußischer Seite bei Roon fand; ihm erschien Roon überhaupt als „der spezielle Protektor des spröden Kastengeistes in der preußischen Armee". Vielleicht half das besondere Drängen des Großherzogs, daß die Militärkonvention bald im Grundsatz nach badischem Wunsch zugestanden wurde, so daß im November nur die Besprechung der technischen Einzelheiten übrig blieb, für die vorläufig noch ein badischer militärischer Fachmann fehlte. Sonst war man im reinen [1]).

Fast ebenso glatt schienen die Verhandlungen mit den Württembergern zum Ziele zu kommen. In der Heimat bekräftigte die Regierung gerade in diesen Tagen ihren festen Entschluß durch eine neue Kundgebung, durch die Auflösung der Ständeversammlung. Am 21. Oktober trat der Landtag zusammen und beriet nach beschleunigter Erledigung in der Kommission schon

---

der Verhandlungen sei gegen ihre Erwartung erfolgt; Verhandl. der Kammer der Abgeordn. des bayr. Landtags 1870 71, Bd. IV, S. 23; Mittnacht S. 24. Ob Mittnachts Erklärung für diese Anordnung Bismarcks richtig ist, dürfte fraglich sein; er sieht in den Sonderverhandlungen den Beweis, daß Bismarck für den Gedanken einer bevorrechteten Stellung Bayerns nicht unzugänglich gewesen sei. Weniger Bray als Mittnacht selbst erscheint uns als der mittelbare Veranlasser der gewandelten Taktik des Kanzlers. Die besondere Stellung Bayerns war in dem Anerbieten der weiteren Verhandlungen in München weit besser anerkannt, und wenn Bayern Bismarcks Wunsch entsprechend darauf eingegangen wäre, hätten sich die Versailler Verhandlungen auch äußerlich wohl anders gestaltet.

[1]) Freydorfs Tageb. zum 29. Okt., Lorenz S. 351, Jollys Briefe vom 28., 31. Okt. u. 5. Nov., Baumgarten-Jolly S. 186, 187, 189, 190, 193 f.

Digitized by Google

am 22. über die weiteren Kriegsforderungen der Regierung. Die Bewilligung erfolgte zwar fast einstimmig, nur zwei Genossen schlossen sich dem alten Verweigerer der Mobilmachung, dem Pfarrer Hopf, an, aber die Bedeutung lag in den motivierten Abstimmungen der zwanzig Großdeutschen und der fünfzehn Volksparteiler, in denen beide sich in verschiedener Fassung gegen den Eintritt in den Norddeutschen Bund erklärten. Gewiß war ihre Zahl schon gegen früher gemindert, aber achtunddreißig waren immer noch mehr als ein Drittel der Gesamtzahl, so daß die geplanten Verträge, die sich gerade auf der norddeutschen Bundesverfassung aufbauen sollten, die nötige Zweidrittelmehrheit in dieser Kammer nicht hätten finden können.

Sofort nach der Abstimmung wurde daher die Kammer zu einer Sitzung am Nachmittag berufen, in welcher der Minister des Innern von Scheurlen kurz den Entschluß der Regierung motivierte, für das Werk, das aus den augenblicklichen Versailler Verhandlungen hervorgehen werde, sich an eine neu zu wählende Ständeversammlung zu wenden, worauf er die königliche Verordnung zur Auflösung verkündete [1]).

Es war dies die deutlichste Form, in der die Regierung ihren Willen kundgeben konnte, es war, wie der Schwäbische Merkur es nannte, ihr Bruch mit den alten Parteien. Und von derselben Auffassung zeigten sich die beiden Bevollmächtigten in Versailles geleitet. Gleich in der ersten Besprechung am 25. Oktober war Suckow mit Roon einig, daß Württemberg eine Militärkonvention nach dem sächsischen Vorbild mit Preußen schließen sollte, wonach die Württemberger als Bestandteil des unter dem König von Preußen stehenden Bundesheeres ein Armeekorps nach preußischem Muster mit eigener Verwaltung zu

[1]) Über den Verlauf der Sitzungen s. Verhandlungsbericht S. 455 bis 460, Staatsanzeiger vom 23. u. 25. Okt., S. 3054 f., 3061, 3067, Schwäb. Merkur vom 25. Okt., S. 1317, vgl. Augsb. Allg. Zeitung vom 24. Okt., S. 4705.

Digitized by Google

bilden hätten; Roon übernahm es, einen Stärke- und Kostenetat dafür aufzustellen. Ein besonderer Vorbehalt für Württemberg war, daß Ersparnisse am Militäretat zu seiner Verfügung bleiben sollten. Am 28. Oktober schrieb Jolly über den Stand der Verhandlungen mit den Württembergern, daß auch von ihrer Seite „keinerlei ernste Schwierigkeiten" beständen; „sie scheinen für Post- und Telegraphenwesen einiges retten zu wollen, vielleicht auch sonst ein paar irrelevante Änderungen anzustreben, im ganzen aber akzeptieren sie die bestehende Verfassung" [1]).

So schien alles im besten Zuge zu sein, als die Schwierigkeiten in den Verhandlungen mit den Bayern sich bis zur vollen Unüberwindbarkeit anzuhäufen drohten. Man war nach dem Ergebnis der Münchener Besprechungen, das die ersten Befürchtungen erfreulich enttäuscht hatte, wohl etwas zu hoffnungsfreudig geworden. Schon am 26. Oktober meldete Freydorf von „erheblichen Hindernissen" bei den Verhandlungen mit Bayern, und eingehender Jolly, Bayern fordere „außer allerhand gleichgültigen Torheiten" einen, soweit er sehe „noch nicht näher definierten und wohl schwer definierbaren Anteil an der diplomatischen Vertretung und Selbständigkeit des Heeres im Frieden"; Bismarck habe das eine und Roon das andere für unmöglich erklärt [2]). Die Privatbriefe des Grafen Bray selbst aus diesen Tagen sind sehr unergiebig; er erzählte von dem liebenswürdigen Empfange beim Grafen Bismarck, knüpfte aber daran das zweifelnde Wort, daß es abzuwarten bleibe, „wie es mit den Geschäften gehen wird".

In den ersten Besprechungen mit den Bayern wurde die

---

[1]) Suckow, Deutsche Revue 22, I, S. 305, Poschinger II, 337; Brief Jollys vom 28. Okt., Baumgarten-Jolly S. 187, vgl. Freydorf, 26. Okt., Lorenz S. 348.

[2]) Freydorf, 26. Okt., Lorenz S. 348, Jolly 28. Okt., Baumgarten-Jolly S. 187.

Digitized by Google

Frage des Kaisertitels für das Haupt des Bundes aufgeworfen, die sonst in ihrer ganzen Entwicklung eine Art Sonderleben neben den Verhandlungen über die Reichsverfassung führen und erst nach deren Abschluß für sich allein in den Vordergrund des Interesses treten sollte. Soviel wir sehen, war sie in diesen Verhandlungen zuerst von bayrischer Seite, und zwar vom Grafen Berchem, vorgebracht worden, wenn auch gewiß nicht ohne Einvernehmen mit den maßgebenden Kreisen der Heimat. In diesen muß gerade damals ein Umschwung erfolgt sein, denn der badische Gesandte Robert von Mohl fand, als er in der Zeit vor Brays Abreise den Boden für den Kaisergedanken prüfen wollte, den Grafen Bray ablehnend, wenigstens glaubte dieser nicht den König zu einem Antrage bewegen zu können; nun aber frug Graf Berchem am 13. Oktober Bismarcks Gehilfen Keudell, ob er es nicht für opportun halte, wenn die Anregung zum Kaisertitel gegeben würde. Keudell konnte nur antworten, daß der Kanzler sich darüber nicht geäußert habe, daß er selbst aber überzeugt sei, die Anregung werde willkommen sein; eine Antwort, die Bismarck nachher billigte. Unzweifelhaft im Zusammenhang mit diesem Fühler Berchems brachte Graf Bray gleich am ersten Verhandlungstag, am 24. Oktober, die Kaiserwürde vor Bismarck zur Sprache. Dieser ging sofort darauf ein, er redete davon, daß er 1866 solchen Titeln keinen Wert beigelegt habe, nun aber überzeugt sei, mit ihnen könne man der öffentlichen Meinung und dem Reichstag vieles annehmbar machen; er betonte auch, daß die Anregung von den Fürsten, nicht vom Reichstag wünschenswert sei.

Auf diese Andeutungen faßte Bray den Gedanken fester ins Auge, der wohl schon bei der ganzen Anbahnung der Sache für ihn maßgebend gewesen war, daß für Preußen darin „der Schwerpunkt der Situation" liege, und daß damit „der Preis bezeichnet sei, um welchen Konzessionen reeller Art erlangt werden können". Vorläufig hatten diese Hoffnungen allerdings kein

Digitized by Google

langes Leben, denn Jolly berichtete am 31. Oktober, daß Bismarck dieses Bestreben „sehr geschickt" zurückgewiesen habe [1]).

Bray hatte die grundsätzliche Wendung, welche die Münchener Verhandlungen im September für ihn genommen hatten, wohl selbst nicht in diesem Sinne aufgefaßt, denn er hielt immer noch an dem alten Gedanken seines weiteren Bundes fest. So berichtete er dem König, daß die den Abmachungen zu gebende Form nach den preußischen Anträgen von den Münchener Vorschlägen sehr verschieden sein sollte, indem „von der Kreierung eines weiteren Bundes Abstand genommen und für alle Staaten die norddeutsche Bundesverfassung mit Einschaltung der für die neu hinzutretenden vereinbarten Ausnahmen und Änderungen" maßgebend sein sollte. Besonders machte ihm Sorge, wie in der geplanten einheitlichen Bundesakte eine Bevorzugung Bayerns in der Vertretung nach außen würde Platz finden können.

Alles mögliche versuchte er dafür. Da ihm der Anschluß der übrigen Staaten an den Nordbund immer gewisser zu sein schien, entwarf er einen Plan zu einem Bündnis dieses Gesamtdeutschlands mit Bayern, und wenn man den Titel „Kaiser und Reich"

---

[1]) Daß die erste Anregung von Berchem am 13. Okt. ausging, ist nach Keudell (S. 463) außer Zweifel. Ebenso notiert der Kronprinz im Tagebuch am 25. Okt. (S. 117): „Bray hat Bismarck gestern auf die Kaiserwürde angeredet." Bray erwähnt in seinem Brief an Daxenberger, 24. Okt. (Bray S. 172, Deutsche Revue 25, IV, 131 f.) nicht, wer die Unterhandlung begonnen hat, er könnte eher irre führen, da er mit dem Satz beginnt, aus Bismarcks Äußerungen gehe hervor, daß in Versailles die Namen Kaiser und Reich mit Vorliebe behandelt würden, und dann seinerseits nur seine Schlußfolgerungen aus diesen Äußerungen für Bayerns Forderungen zieht; aber einen Widerspruch zu der ganz präzisen Bemerkung des Kronprinzen enthält der Brief nicht. — Jollys Brief vom 31. Okt., Baumgarten-Jolly S. 189. — Lorenz S. 412 f. gibt Mitteilungen aus dem Berichte Robert Mohls aus München; die Erzählung ist bei Lorenz zeitlich unklar, weil er hieran die Entsendung Gelzers im November anschließt. Da aber Mohl mit Bray sprach, so muß das Gespräch vor dessen Abreise nach Versailles, also spätestens um Mitte Oktober erfolgt sein.

Digitized by Google

zugestand, so meinte er für Bayern einen „alternierenden Kaiser", wie Bismarck das später nannte, herauszuschlagen, d. h. wie er selbst dem König schrieb, „neben dem deutschen Kaiser den König von Bayern als Repräsentanten des Deutschen Reiches erscheinen zu lassen, nach dem jeder dieser Souveräne einen Teil Deutschlands selbständig, beide gemeinsam dagegen das Ganze repräsentieren würden". Mit dieser staatlichen Mißgeburt hoffte Bray die Möglichkeit für Bayern zu schaffen, an der Vertretung des Reiches nach außen teilzunehmen „nebst Beibehaltung der eigenen Repräsentanz", also für Bayern allein doch durchzusetzen, was in München sein diplomatischer Rattenkönig für alle Südstaaten hatte erlangen sollen. Dazu gehörte ihm weiterhin eine gemeinsame Instruktionserteilung durch die alternierenden Kaiser; wie Bismarck es dem Großherzog von Baden erklärte, daß der Bundeskanzler alle auswärtigen Fragen mit Bayern vereinbaren und ihm sämtliche Verhandlungen mit fremden Mächten mitteilen müßte, was natürlich eine höchst eigenartige Führung der auswärtigen Geschäfte im neuen Bunde zur Folge gehabt hätte. Gegenüber diesen Wunderlichkeiten kam Bismarck damals schon auf den glücklichen Gedanken, Bray davon abzulenken, indem er ihm den nachher verwirklichten diplomatischen Ausschuß des Bundesrates unter bayrischem Vorsitz vorschlug, als „eine weitere Handhabe für die Beteiligung Bayerns an der politischen Leitung Gesamtdeutschlands".

Bray scheint in seiner Versailler Politik etwas eigenbrödlerisch verfahren zu sein, denn als Mittnacht später den Minister Lutz, „mit welchem er sich besser verstand als mit dem Grafen Bray", wegen der Fülle bayrischer Sonderforderungen erstaunt interpellierte, erklärte dieser, „von den Propositionen Brays selbst nicht genau unterrichtet zu sein"; dabei war Lutz durchaus nicht etwa gewillt, auf eine Sonderstellung Bayerns zu verzichten, Ende Oktober sagte er Jolly „ziemlich unumwunden, sie könnten, wie die Dinge lägen, nicht beitreten".

Digitized by Google

Brays Berichte tragen einen griesgrämigen Zug; wie an einem erfrischenden Quell erquickt man sich nach ihrer geistigen und gemütlichen Öde an den gleichzeitigen prächtigen Briefen des Badeners Jolly. Brays Berichte konnten auch nur dazu angetan sein, in König Ludwig das ablehnende Bayerntum und Souveränitätsbewußtsein zu stärken, wir sehen nicht den leisesten Versuch, im König für diese größte Aufgabe einer großen Zeit eine jener Saiten anzuschlagen, die bei seinem Entschluß zur Mobilmachung so volltönig erklungen waren. Von einer irgendwie düsteren Auffassung der Gesamtlage wegen der so bedenklich stockenden Einheitsverhandlungen zeigte sich Bray, für den es eben nur einen Punkt in der Welt gab, recht weit entfernt, er meinte vielmehr in behaglicher Selbstzufriedenheit, daß es den Anschein habe, als wolle man die Verhandlungen mit den übrigen Staaten zum Abschluß bringen, Bayern aber „als besten Brocken bis zuletzt aufheben".

In anderem Lichte erscheint die Lage, ganz abgesehen von der Unmöglichkeit der Brayschen Staatsprojekte an sich, wenn wir andere Stimmen in Versailles hören. Delbrück nannte Lasker gegenüber schon nach den ersten Unterredungen am 26. Oktober die Aussichten auf Bayern „ungemein zweifelhaft", und zu Jolly sagte er am 30. Oktober, er sei in den Verhandlungen „über den zivilen Teil der Verfassung mit ihnen noch um Hemisphären auseinander", Roon aber riet gegenüber den aufgestellten Forderungen lieber zur Fortsetzung des bloßen Allianzverhältnisses, was auch Bismarck dem badischen Großherzog gegenüber erklärte; schließlich meinte Delbrück, auf Bayern für jetzt verzichten zu müssen[1]).

[1]) Siehe Brays Briefe und Berichte vom 23., 24., 28. Okt. u. 3. Nov., S. 154, 158 f., 172—74, 177—79, Deutsche Revue 25, IV, S. 2, 5, 131 bis 133, 135—137; Jolly 31. Okt. u. 5. Nov., a. a. O. S. 188 f., 192; Bismarcks Eröffnung an Friedrich von Baden bei Lorenz S. 354; Delbrück an Lasker 26. Okt., Deutsche Revue 17, II, S. 70. Über Lutz s. Mittnacht S. 25, Jolly a. a. O. S. 192.

Digitized by Google

— So war die Lage äußerst schwierig geworden und es war der Fall eingetreten, den Bismarck schon Jolly angedeutet hatte: er ziehe es wohl vor, Bayern durch alle zulässigen Konzessionen zu gewinnen, als es durch Isolierung oder anderes zu zwingen, eventuell aber schließe er mit Baden und Württemberg allein ab. Jetzt schien kein anderer Ausweg möglich, wenn man nicht das ganze Werk der Einigung in eine ungewisse Zukunft verschieben wollte. Nur war die große Frage, ob es gelingen würde, diese doch nur gegen die bayrischen Bevollmächtigten gerichtete Maßregel ohne einen Bruch mit ihnen durchzuführen, und ferner die Württemberger trotz der von Mittnacht bisher festgehaltenen Verbindung mit Bayern von diesem zu lösen und zum Abschluß ohne Bayern zu bewegen.

Da erledigte sich die erste Schwierigkeit in unerwartet glatter Weise. Bray hatte sich schon in den Gedanken eingewöhnt, allein zu stehen, da die anderen sich mit dem Abschluß in der ihm unannehmbaren Form einverstanden zeigten, und da kam er selbst Bismarcks Wunsch entgegen, indem er die äußere Anregung zur vorläufigen Weiterverhandlung des Norddeutschen Bundes mit Württemberg, Baden und Hessen allein gab. Er schrieb darüber an den Kabinettschef Eisenhart, daß sich Württemberg ganz von ihnen getrennt habe und sie allein ihren Standpunkt behaupteten, worauf Eisenhart gereizt meinte, daß die Württemberger sie „more solito im Stich ließen". Am 2. November machte dann Bray dem Bundeskanzler den Vorschlag, seine dem Abschluß nahen Verhandlungen mit den anderen zu beenden, während sie sich in München erweiterte Vollmacht holen wollten für die Alternative zwischen dem Eintritt in den bestehenden Bund und einem „nur internationalen, wenn auch enger als früher geschlossenen Bündnis" [1]).

[1]) Bray an Eisenhart 31. Okt., Eisenhart an Bray 1. Nov., Bray an Bismarck 2. Nov., dessen Antwort 4. Nov. bei Bray S. 175, 177, 180—182, Deutsche Revue 25, IV, S. 134, 135, 137—39. — Delbrück an

Digitized by Google

Dies von Bray selbst gemachte Anerbieten wirkte natürlich als vollständigste Überraschung. Bismarck erzählte von diesem Vorschlag humorvoll: „Das paßte mir ganz gut. Wie ich's aber Delbrück sagte, wollte der vom Stuhle fallen. Ich sagte ihm aber: Mein Gott, so lassen Sie es doch gut sein, das ist's ja gerade, was wir brauchen." Der sächsische Minister von Friesen konnte eine Erklärung nur in der Annahme finden, daß die bayrischen Bevollmächtigten die Verantwortlichkeit vor König und Kammer fürchteten, obgleich sie selbst die Notwendigkeit des Beitrittes einsähen; sie wünschten die in der äußerlich sichtbaren Isolierung liegende Nötigung [1]).

Damit wird freilich Friesen das Selbstgefühl Brays erheblich unterschätzt haben, der an eine in der Isolierung liegende Gefahr für Bayern gar nicht denken konnte, denn sonst würde er schwerlich so leichthin Bayern in diese mögliche Zwangslage gebracht haben, zumal ihm gar nicht einfiel, seine Bedingungen zu mildern, sich etwa den Abmachungen mit den anderen Staaten anzunähern. Er kann nur geglaubt haben, daß nach dem vorherigen Zusammenschluß der anderen eher die Möglichkeit zum weiteren Bunde mit Bayern, der nach wie vor sein eigentlichstes Ziel blieb, vorhanden sein werde, da man doch Bayern nicht draußen lassen konnte, das nach seiner Ansicht der bis zuletzt aufgesparte beste Brocken war.

Nicht jeder Bayer sah einer solchen Lage mit demselben ruhigen Gleichmut völligster Unbesorgtheit entgegen, wie der leitende Minister. Schon Eisenhart schrieb am 1. November, daß es ihren Standpunkt „etwas erschwere", daß die bayrischen Verhandlungen die letzten seien, eine Anschauung, die der doch wenig

---

Lasker 6. Nov., Deutsche Revue 17, III, S. 165. Den „eigenen Wunsch" der bayrischen Bevollmächtigten betont auch Delbrück in seinem Bericht vor dem Reichstag, Hahn II, 258; vgl. Mittnachts Kammerbericht, Württ. Kammerverhandl. a. a. O. S. 20 f., Staatsanz. S. 3769.

[1]) Moritz Busch II, 115; Jolly, 5. Nov., S. 192.

Digitized by Google

national angekränkelte Minister Schlör im späteren Stadium der Verhandlung mit dem Wunsche nach baldigem Abschluß noch schärfer ausdrückte: „Eine Isolierung Bayerns würde ich als das Ende selbst, nicht nur den Anfang vom Ende betrachten." Auch die Münchener Neuesten Nachrichten warnten vor der verderblichen Isolierung, wie sie auch ausgesprochen hatten, daß sie nicht glaubten, daß ein bayrischer Minister den Mut hätte, mit der Feder zu verderben, was das Schwert ihrer braven Soldaten geschaffen habe. Hernach wies ein Leitartikel der Augsburger Allgemeinen Zeitung die zögernde Kammer sehr glücklich darauf hin, daß Bayern später den Eintritt in das Reich werde nachsuchen müssen und ihn dann nur unter ungünstigeren Bedingungen erreichen könne. Gewiß schrieb auch Bray dem König, daß Bayern mit „dem übrigen Deutschland verbunden zu bleiben unter allen Umständen bemüht sein müsse", aber eine Sorge wie die übrigen scheint ihn bei seinem Spiel mit der freiwilligen Isolierung gar nicht angewandelt zu haben [1]).

Wir sahen Bray schon früher in merkwürdigen Anschauungen über die realen staatlichen Verhältnisse befangen, er besaß durchaus das Augenmaß des ganz in die Politik des alten Deutschen Bundes eingesponnenen Politikers, dem der Sinn für das, was wirklich Macht in der Welt war, vollkommen fehlte. So lebte er in der Annahme, daß das übrige Deutschland, das Bayerns doch nicht entraten könnte, in einer Art Isolierung gefügiger für die bayrischen Sonderforderungen werden würde, was allerdings Bismarck für seine Forderungen wieder von einem isolierten Bayern erhoffte. Die stärkeren Machtmittel hätte wohl Bismarck

[1]) Eisenhart 1. Nov., Bray 3. Nov., Schlör 19. Nov., bei Bray S. 177 u. 193, Deutsche Revue 25, IV, S. 135, 136, 276. — Augsb. Allg. Zeitung vom 31. Dez. S. 5818. — Döberl (Beil. zur Allg. Zeitung 1903, Nr. 148, S. 28) weist wohl auf die vor der Isolierung warnenden Stimmen hin, aber nicht auf die davon wesentlich abweichende Anschauung und Haltung des Grafen Bray.

Digitized by Google

in der Hand gehabt, aber nur wenn die eine Bedingung erfüllt wurde, daß sich ihm für den gleichzeitigen engen Zusammenschluß der übrigen deutschen Staaten auch Württemberg nicht versagte.

Damit war der Augenblick gekommen, in welchem die Entscheidung bei Württemberg lag.

IV.

Das Stuttgarter Telegramm vom 11. November mit seinen Folgen und der Sonderabschluss mit Baden und Hessen am 15. November.

Wie Bismarck zunächst bei den Verhandlungen die Württemberger von den Bayern hatte trennen wollen, so war die Möglichkeit eines Abschlusses mit ihnen ohne Bayern beständig im Auge behalten worden. Suckows war man dafür sicher; er hatte gleich bei der ersten Unterredung mit Delbrück offen Farbe bekannt, sie hätten Vollmacht zum Abschluß mit oder ohne süddeutsche Genossen, und würden davon Gebrauch machen, so sehr sie auch wünschten, daß Bayern mitgehe. Schwieriger war die Frage, ob der bisher stets an Bayern festhaltende Mittnacht zu gewinnen war. Bismarck benutzte mit großem Geschick, daß alle neueren Forderungen Brays nur bayrische Privilegien betrafen, sich aber um die partikularen Interessen der übrigen Staaten genau so wenig kümmerten, wie um die nationalen Interessen Gesamtdeutschlands.

Am 30. Oktober erschien Bismarck zu einer seiner üblichen Besuchsstunden, um 10 Uhr Abends, bei Mittnacht und legte ihm den bayrischen Wunschzettel vor, darunter natürlich auch den „alternierenden Kaiser" als Gegengabe für den Kaisertitel des preußischen Königs. Mittnacht war mit Bismarck einmütig in

der Ablehnung, und als nun sofort die Frage kam, ob Württemberg auch ohne Bayern abschließen würde, da war er in die richtige Stimmung gebracht und bejahte sie; allerdings die weitere, ob sein König vielleicht wegen des Kaisertums die Initiative ergreifen würde, konnte er auf Grund seiner Instruktionen nicht beantworten [1]).

So waren die Württemberger gewonnen und man drängte voran. Von dem Fortgang der Verhandlungen erfahren wir nur durch die an Jolly gelangten Mitteilungen. Die selbständige Verwaltung von Post und Telegraphie war Mittnacht schon bei den Münchener Verhandlungen von Delbrück zugesagt worden [2]); dieser Wunsch blieb bestehen, wenn auch Delbrück die Württemberger davon abzudrängen suchte. Am 5. November schrieb Jolly, daß sie bereit wären, dem Bunde die Post abzutreten, vorausgesetzt, daß sie auch Bayern nicht gelassen würde; er meinte etwas später einmal, sie hätten Angst, „es könnte, wenn sie erst beigetreten wären, Bayern nachträglich noch irgend ein Extrabene bewilligt werden" [3]).

Da allerdings undenkbar war, später den Bayern die eigene Postverwaltung abhandeln zu können, so blieb sie auch das Reservat für Württemberg. Dies aber bildete neben einer Militärkonvention gleich der sächsischen die einzige Ausnahme von den mit Baden und Hessen getroffenen Vereinbarungen. Am 6. November war die erste gemeinsame Konferenz der zum Abschluß bereiten Staaten; sie waren über die Verfassung völlig einig, nur in den militärischen Abmachungen standen noch außer

[1]) Über Suckow s. Delbrück an Lasker, 26. Okt., Deutsche Revue 17, III, S. 70, über Mittnacht dessen eigenen Bericht in „Erinnerungen an Bismarck", S. 24 f. Vgl. die drastische Erzählung Bismarcks am 30. Jan. 1871 vom „alternierenden Kaiser", Suckow und Mittnacht wären „außer sich vor Wut gewesen", Moritz Busch II, 116.

[2]) So berichtet wenigstens Lasker am 6. Okt. an Bennigsen und Forckenbeck, Deutsche Revue 17, II, S. 311.

[3]) Baumgarten-Jolly S. 189, 192, 195.

Digitized by Google

der formellen Abfassung der württembergischen Konvention unwesentliche Einzelheiten aus [1]).

Sonst bezeichnet dieser Beschluß ein bedeutungsvolles Ereignis: die Südstaaten außer Bayern waren bereit, in den Hauptpunkten auf die gleichen Bedingungen hin, vor allem aber einheitlich und gleichzeitig dem Norddbund beizutreten. Damit wäre die bis auf die eine Lücke geschlossene nationale Phalanx nicht nur vor Europa mit einem Male in die Erscheinung getreten, sondern auch vor dem zögernden Bayern. Der einheitlichen Masse des übrigen Deutschlands hätte es isoliert gegenüber gestanden, und die Wirkung dieser Isolierung wäre sicherlich bald mehr im Sinne der besorgten Stimmen fühlbar geworden, als in dem des unbesorgten Grafen Bray. Ob wohl Bayern die Fülle der Reservate hätte erlangen können, die es erlangt hat? Ob Bismarck ihm dieses gewaltige „Extrabene" hätte gewähren dürfen, schon mit Rücksicht auf Württemberg? Hätte er es bei dem Zwang der Lage für Bayern, über den es dann keine Täuschung geben konnte, gewähren müssen? Wer war nötiger für den anderen: das Ganze für den Teil oder der Teil für das Ganze? Gewiß wäre der Reichsbau durchaus auf den gleichen Grundlagen errichtet worden, auf denen er heute steht, aber doch vielleicht in mancher Hinsicht von abweichender Struktur im architektonischen Aufbau, von größerer Gleichmäßigkeit im äußeren Bilde dieses Baues.

Wir wissen alle, daß es so nicht gekommen ist, daß das, was am 6. November ganz unbedingt festzustehen schien, nicht zur Ausführung gelangte, daß ferner die von Bayern für sich durchgesetzten Änderungen in der Bundesverfassung ganz erhebliche geworden sind. Wie das aber geschehen ist und geschehen konnte, erinnert in seinem Verlauf an die künstlich auf Überraschungseffekte zugeschnittene Entwicklung in einem fröhlichen Lustspiel.

---

[1]) Über die Konferenz am 6. Nov. s. Anhang Nr. 2.

Digitized by Google

— Alles war am 6. November fertig zum Abschluß auch mit den Württembergern bis auf die Militärkonvention. Roon konnte wegen der mit der Kapitulation von Metz verbundenen Geschäfte und durch eigene Krankheit gehindert die Nachweise, welche für die Aufstellung eines Armeekorps nach preußischem Muster nötig waren, und die er am 25. Oktober übernommen hatte, erst zum 8. November fertig stellen. Sofort arbeitete Suckow daraufhin den Entwurf zur Konvention noch in der Nacht aus, am 9. November sandte er ihn an Bismarck und Roon zur Prüfung, am 10. November meldete ihm Delbrück deren Einverständnis, und nun übergab Suckow ihn Mittnacht. Somit war alles fertig, und am 11. November Mittags um 1 Uhr sollte die gemeinschaftliche Sitzung zur Unterzeichnung der Verträge stattfinden, da bat Mittnacht um einen Tag Aufschub, damit er die Konvention in Ruhe prüfen könne. Die Sitzung wurde um vierundzwanzig Stunden, auf den 12. November verschoben.

Dieser Aufschub war entscheidend. Am Spätnachmittage des 11. November kam an Mittnacht und Suckow ein Telegramm aus Stuttgart, daß der König vor einem Abschluß ohne Bayern besonderen Bericht und die Einholung ausdrücklicher Erlaubnis dazu befehle! Der Schlag war niederschmetternd. Suckow, mit dem sich Mittnacht einverstanden erklärte, wollte sofort nach Hause reisen, „um die Sache persönlich zum Austrag zu bringen, Stirn an Stirne"; nur sollte die morgige Sitzung abgewartet werden, „um mit den fertigen Verträgen vor den König zu treten: Entweder — oder".

Am 12. November um 1 Uhr war die Sitzung in Bismarcks Wohnung. Mittnacht und Suckow teilten statt abzuschließen „in größter Verlegenheit" das Verbot mit, das sie erhalten hatten, zugleich aber ihre Absicht, selbst nach Hause zu reisen. „Der Kanzler," so erzählt Suckow, „war einen Augenblick betroffen und sagte dann ruhig: Der Weg für Sie ist, etwas Bestimmtes zu wollen. Ich sagte ihm, daß ich mit der Unterschrift zurück-

Digitized by Google

komme oder nicht mehr." Am Tage darauf, am 13. November, verließen die beiden Württemberger Versailles[1]).

Bismarck hatte ruhig geschienen, aber er war es nicht. Dieser ganz unvermutet gegen ihn geführte Schlag, als er sein Werk mit diesem Abschluß gesichert glauben mußte, zertrümmerte zu viel für ihn; bei der offen scheinenden Einfahrt in den Hafen lief dem Steuermann das Schiff auf einer verborgenen Klippe auf. Bismarck war während der nächsten Tage in einem Zustand geradezu krankhaft gesteigerter Gereiztheit, die bei den kleinsten Gelegenheiten hervorbrach, die sich sogar gegen seinen besten Helfer unter den Fürsten, den badischen Großherzog wandte, dann aber wurde er infolge der Erregung sogar körperlich krank; am 14. November mußte er das Bett hüten, und wenn er auch am 15. November den badisch-hessischen Vertrag vollzog, so hielt sein Leiden noch am 16. November an. Seine Umgebung sah seinen Zustand, ohne den Anlaß zu kennen, erst allmählich sickerte bei ihr etwas durch von „Verdruß über die Verhandlungen mit mehreren süddeutschen Staaten", man sprach von Magenkatarrh, Gallenerregung. Bei der Vertragsunterzeichnung am 15. November sagte Bismarck zu Jolly, „seine Galle sei ruiniert und so schlage ihm jeder Ärger auf den Magen", und ebenso schrieb er an Roon, ihm gehe es „nicht nach Wunsch,

[1]) Siehe besonders den Bericht Suckows (Revue 306 f., Poschinger 339 f.), ganz kurz Mittnacht S. 26 (er nennt das Telegramm nur ein „unerwartetes Hindernis"); nach Suckow kam das Telegramm „Nachmittags", nach Mittnacht „in der vergangenen Nacht". Vgl. die Mitteilung über eine Unterredung Bismarcks mit dem König am 12., bei Lorenz S. 358 f.; Bismarcks Äußerung am 30. Jan. bei Moritz Busch II, 116; Jolly 14. Nov., S. 196. Nur mit leiser Andeutung gehen Delbrück im Reichstagsbericht (Hahn II, 258) und Mittnacht im Landtagsbericht (Kammerverhandl. S. 21, Staatsanz. S. 3769) über diesen heikeln Punkt hinweg. — Der schon früher zitierte Artikel in den Preuß. Jahrbüchern (s. S. 43, Note), der kurz danach erschien (Heft 6 des 26. Bandes 1870, S. 707), zeigt sich im ganzen über diesen Vorgang auffallend gut unterrichtet, wenn auch Irrtümer unterlaufen.

Digitized by Google

gallige Magenleiden". Seiner Gattin ließ er gerade an dem verhängnisvollen 12. November nur die Klage zukommen: „Meine Tintenkleckser manövrieren Tag und Nacht und intrigieren nach Frankfurter Art. Wenn nicht ein deutsches Unwetter dazwischen fährt, so wird mit diesen Diplomaten und Bureaukraten der alten Schule nichts zu stande kommen, wenigstens in diesem Jahre nicht." Und am 16. November kam der Seufzer, daß ihm die „deutschen Sachen" die meiste Arbeit brächten. Erst vom 18. November hören wir, daß er wieder „sehr aufgeräumt und mitteilsam" gewesen sei [1]).

Es war, als ob er sich nur langsam von der Niederlage am 12. November erholte, denn eine Niederlage, jedenfalls eine schwere Teilniederlage war es gewesen, daß ihm gerade das wichtigste Glied, auf das alles ankam, im entscheidenden Moment aus seiner nationalen Phalanx herausgenommen wurde. Jetzt war von keinem geschlossenen Aufmarsch die Rede, jetzt war die Zersplitterung wieder da, in der das als gesichert angesehene nationale Werk zwar schwerlich noch im ganzen gefährdet werden, ihm aber doch erheblicher Abbruch geschehen konnte; besonders war zunächst wieder alles ins Ungewisse hineingerückt.

Wenn uns auch die Vorgänge und die Rollen aller etwa beteiligten Personen im einzelnen noch unbekannt sind und wohl auch vorläufig bleiben werden, so können wir doch den Schleier so weit lüften, daß wir über Ursprung und Charakter des verhängnisvollen Zwischenfalles im ganzen Klarheit gewinnen.

Es ist kein Zweifel, daß ihm die in der Heimat gebliebenen württembergischen Minister ebenso fern standen, wie die völlig überrumpelten Bevollmächtigten in Versailles. Graf Bray hat von dem Plane wenigstens gewußt. Bayerns Gesandter in Stuttgart, Herr von Gasser, unterrichtete ihn von dem Wunsche des

[1]) Die verschiedenen Notizen bei Moritz Busch I, 389 f., 391, 393 f., 394 f., 398, 406 f., 413, Jolly S. 199, Roons Denkwürd., 5. Aufl., III, 253, Bismarcks Briefe an die Gattin S. 59, 61.

Digitized by Google

Königs Karl, mit Bayern zusammenzugehen, aber Bray hielt den Abschluß mit Württemberg in Versailles für so sicher, daß er dies auch Gasser schrieb — es war am 10. November — und ihn bat, weitere Schritte zu unterlassen. Jedoch hatte man in München König Karls Zusicherung schon mehrere Tage vorher, denn am 8. November telegraphierte Staatsrat Daxenberger aus München an Bray: „Baron Soden (der württembergische Gesandte) sagt: König von Württemberg wolle nur gemeinsam mit Bayern handeln und ist derartige Weisung neuerdings an Mittnacht gegangen. Württemberg setzt dabei voraus, daß Bayern möglichst mit ihm Hand in Hand geht[1])."

Somit war die Sache nur zwischen den beiden Höfen durch die Gesandten gegangen, in München glaubte man sie schon am 8. November erledigt. Die ganz oder halb Eingeweihten sind denn auch einig in der Bezeichnung „Hofintrige", und es ist unschwer zu erraten, wohin Bismarck zielte, wenn er am 15. November der Mahnung an Roon, die badischen Sachen schnell zu erledigen, hinzufügte: „Es ist wegen der Rückwirkung auf die beiden anderen, damit die sehen, daß wir ohne Rücksicht auf weibliche Einflüsse stetig vorgehen." Von den Umtrieben überhaupt müssen auch die württembergischen Minister Kenntnis gehabt haben, denn Bismarck wird doch von ihnen unterrichtet gewesen sein, wenn er bereits am Abend des 12. November die ganz richtige Vermutung aussprach, daß Gasser der Urheber sei und daß man die Sache schon lange vorbereitet habe.

So sehen wir in Stuttgart denselben Vorgang wie im September. Das Urteil in nationalen Kreisen war ja, daß die Stimmung in der Mehrheit des württembergischen Volkes außer Zweifel stehe, daß das Ministerium zuverlässig, aber daß der Hof schwankend sei. Lasker schrieb nach seinen Informationen

[1]) Daxenbergers Telegramm bei Bray S. 188, Deutsche Revue 25, IV, S. 143 f., sonst Bray, 22. Nov., S. 198, Revue S. 280.

Digitized by Google

am 23. Oktober an Delbrück, daß die nationale Partei in Württemberg zwar an die gegenwärtig guten Absichten der Regierung glaube, „aber das herkömmliche Schwanken und einen möglichen Umschwung der Absichten in den Hofkreisen“ fürchte. Wieder fehlten beim König die nationalen Stützen, Mittnacht und besonders Suckow, die einflußreichen partikularistischen Widersacher hatten sein Ohr. So gewann die Gegenströmung die Übermacht, die sich aber diesmal nicht nur durch eine stark abkühlenden Note des Staatsanzeigers kundtat, wie Ende September, sondern durch das verhängnisvolle Telegramm vom 11. November [1]).

Aber dem ernsten Ereignis sollte auch seine scherzhafte Seite nicht fehlen. Graf Bray wußte wohl von den Plänen zwischen München und Stuttgart, aber von der Ausführung war er nicht unterrichtet und hat tatsächlich von dem ganzen Vorgang und allen seinen Wirkungen bis zum Abschluß des eigenen Vertrages mit Bismarck nichts erfahren und nichts geahnt! Dies sonst einfach Unglaubliche bestätigen seine eigenen Worte in einem von uns schon herangezogenen Briefe nach München vom 22. November, dem Tag vor dem Abschluß mit Bismarck: „Von welchen Schritten des Freiherrn von Gasser in den Briefen Euer Exzellenz die Rede ist, ist mir nicht klar. Mir sind dieselben unbekannt.“ Er erwähnt dann Gassers frühere Mitteilung wegen des bayrisch-württembergischen Zusammengehens und seine Weisung an ihn, weitere Schritte zu unterlassen. „Seitdem ist mir von ihm keinerlei Meldung mehr zugegangen.“

Ebensowenig wie Bray von außen über diese Vorgänge erfuhr, ebensowenig hatte er selbst die Augen für das offen, was um ihn herum vorging; am 12. November sandte er die Nachricht nach Hause: „Nächsten Montag (14. November) werden Württemberg, Baden und Hessen zum Abschluß ihrer Geschäfte gelangen, und dann werden wir wohl auch vorwärts gelangen [2]).“

[1]) Über den Ursprung des Telegramms vom 11. Nov. s. Anh. Nr. 3.

[2]) Bray, 12. u. 22. Nov., S. 166 u. 198, Deutsche Revue 25, IV,

Digitized by Google

Ebensowenig merkte er, daß sich die Situation für ihn so günstig wie nur möglich geändert hatte, daß Bismarck ohne den Rückhalt des Bundes aller anderen jetzt Bayern auf das weiteste entgegenkam; Brays glückliches bayrisches Selbstbewußtsein hatte ihn ja überhaupt keine Schwierigkeiten oder Gefahren für Bayern sehen lassen, wie konnte er daher jetzt sehen, daß die drohende Gefahr der Isolierung gewichen, Bayern durch das Abschwenken der Württemberger in die denkbar glücklichste Stellung gekommen war. In vollständigster Ahnungslosigkeit über das Woher und Warum pflückte er die Früchte, die ihm nun entgegenreiften.

Und da er ahnungslos war und blieb, so ist ihm auch keinerlei moralischer Vorwurf zu machen, daß er den Dank an die Württemberger völlig vergaß. Erwartete man in Stuttgart, daß nun auch Bayern mit ihnen Hand in Hand gehen würde, so sollte man sich in dieser Erwartung gründlichst täuschen. Die bayrischen Bevollmächtigten verhandelten und schlossen nur für sich ab, ohne sich um Württemberg irgendwie zu kümmern, dies konnte, nachdem es glücklich aus der Gemeinschaft der Nationalen gelöst war, sehen, wie es allein fertig wurde.

In schwerer Sorge war man über die Wirkung des Zwischenfalles in nationalen Kreisen. Der Großherzog von Baden, der seit dem 6. November im Hauptquartiere weilte, nahm ihn so ernst, daß er schon die Zurücknahme aller Verträge fürchtete, also auch des badischen und hessischen[1]). So schlimm stand es nun doch nicht, denn auch jetzt blieb Bismarck trotz seines seelischen und körperlichen Zustandes eine seiner besten staatsmännischen Eigenschaften treu, nie das Gute fahren zu lassen, wenn das erhoffte

S. 11 u. 280. — Höchst auffallend ist auch die Notiz Wilmowskis („Feldbriefe" S. 73) zum 18. November: „morgen" solle mit Baden und Hessen abgeschlossen werden; vermutlich liegt hier ein Irrtum des Herausgebers vor.

[1]) Lorenz, S. 359.

Digitized by Google

Bessere sich plötzlich als unerreichbar zeigte, und sich sofort der veränderten Situation anpassen zu können.

So sah denn auch Jolly die Lage am 14. November wieder zuversichtlicher an, auch bei Württemberg, da dessen Bevollmächtigte gar nicht mehr zurück konnten; „die Hessen müssen ganz contre coeur aushalten und unterschreiben," bei ihnen, das heißt bei dem reaktionären Partikularisten Dalwigk, laute es, „der Bien muß". Einige Weiterungen gab es noch, da Jolly sich gegen eine etwaige größere nachherige Bevorzugung Württembergs verwahrte, und dann machte das partikularistisch angehauchte Preußentum auf militärischer Seite, von dem auch Roon stark erfüllt war, weitere Schwierigkeiten in der Militärkonvention, obendrein in reinen Äußerlichkeiten, wie der Kokardenfrage. Bismarck mahnte Roon, in der badischen Sache würde er „für rasche Unterzeichnung politisch sehr dankbar sein, wenn dabei auch einige kleine Fünfen gerade sein müßten". Jolly meinte übrigens nachher, daß man daran denke, mit Hessen eine der badischen ähnliche Konvention abzuschließen, und „Kollege Dalwigk schien mir resigniert, auch dieses Mißgeschick als unabwendbar über sich ergehen zu lassen"[1]).

Der Vertrag des Norddeutschen Bundes mit Baden und Hessen vom 15. November 1870 bildet das Fundament der späteren Reichsverfassung. Geschickt hatte Delbrück mehrere der schon in München geäußerten allgemeinen Wünsche mit aufgenommen, „so daß für die Verhandlung mit Bayern nur spezifisch bayrische Fragen" übrig blieben, so in Art. 11 die Bindung der Kriegserklärung an die Zustimmung des Bundesrates, „es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt", ferner entsprechend Mittnachts Vermittlungsvorschlag, daß für Verfassungsänderungen Dreiviertelmehrheit erforderlich sei (Art. 78), statt der Zweidrittel der norddeutschen Verfassung;

[1]) Jolly, 14., 15., 21. u. 24. Nov., S. 197, 198, 200, 202; Bismarck an Roon, 15. Nov., Roons Denkw., 5. Aufl., III, 253, Tagebuch des Kronprinzen, 21. Nov., S. 122.

Digitized by Google

endlich wurde auch Baden das Reservat zugebilligt, daß die Besteuerung des inländischen Branntweins und Bieres der Landesgesetzgebung vorbehalten blieb, wofür es an den entsprechenden Bundeseinnahmen keinen Anteil hatte (Art. 35, 38). In die besonderen Bestimmungen wurde aufgenommen, daß die festgestellten Rechte einzelner Bundesstaaten in ihrem Verhältnis zur Gesamtheit nur mit der Zustimmung des berechtigten Bundesstaates abgeändert werden könnten.

Delbrück hob in seinem Reichstagsbericht bei dem Artikel über die Kriegserklärung besonders hervor, daß der Bund dadurch als ein wesentlich defensives Staatswesen hingestellt sei. Über die Anordnung der Mobilmachung war nichts erwähnt, sie lag damit, wie Delbrück und später Bismarck ausführten, allein in der Hand des Bundesfeldherrn.

Jolly erzählte launig, daß er sich den Augenblick, in welchem das von ihm seit Jahren mit so mancher Mühe erstrebte Ziel erreicht war, brillanter gedacht habe, als er in Wirklichkeit war. Aber er selbst war so leidend, daß er bei den letzten Verhandlungen nur den einen Wunsch hatte, daß es vorüber wäre, und ebenso klagte dann Bismarck bitter über seinen eigenen Zustand. „Schließlich zogen wir aber doch froh des erreichten Zieles nach Hause“ [1]).

So hatte der Zwischenfall auf den Inhalt des Vertrages keinen Einfluß gehabt, wenn dieser auch, zumal in seiner Wirkung, durch Württembergs Fernbleiben etwas erheblich anders geworden war, als er hätte werden sollen; weit größer aber war der Einfluß der neu geschaffenen Lage auf die kurz zuvor wieder aufgenommenen Verhandlungen mit den bayrischen Bevollmächtigten.

[1]) Text des Vertrags vom 15. Nov. bei Binding, „Deutsche Staatsgrundgesetze“, H. I, 3. Aufl., S. 149—169, Triepel „Quellensammlung zum Deutschen Reichsstaatsrecht“, Leipzig 1901, S. 82—88; vgl. dazu Delbrücks Rede vom 5. Dez., Hahn II, 258, 260 u. 261, Bismarcks Reichstagsrede vom 4. Nov. 1871, Reden V, 154 f.; Delbrück, „Erinnerungen“, S. 418.

Digitized by Google

V.

Die Abschlussverhandlungen mit Bayern.

Die Verhandlungen mit Bayern waren schon am 9. November, als Bismarck Württembergs noch völlig sicher zu sein glaubte, wieder aufgenommen worden. Noch während der Pause in den Bundesverhandlungen spielten andere Fragen hinein, die auch Weiterungen zum Teil nicht unbedenklicher Art verursachten.

Bismarck hielt noch immer an seinem Plane eines Fürstenkongresses in Versailles fest. Die erste Anregung hatte er ja schon im August nach Sachsen gehen lassen und die Einwilligung König Johanns erhalten. Im September sprach er zu Suckow darüber, erhielt aber Anfang Oktober die wenigstens vorläufig ablehnende Antwort König Karls. Nicht viel mehr Glück hatte er bei König Ludwig, obgleich diesem die vorherige alleinige Besprechung mit König Wilhelm angeboten wurde und seine Minister nachdrücklich rieten, diese für Bayerns Sonderwünsche so günstige Gelegenheit nicht vorübergehen zu lassen.

So hatten bis Mitte Oktober die beiden süddeutschen Könige den Kongreß mehr oder weniger unumwunden abgelehnt und nur der Großherzog von Baden erschien am 6. November in Versailles. Von den sonst anwesenden Fürsten war besonders eifrig tätig der sich überall gern zur Geltung bringende Herzog Ernst von Koburg, der Anfang Oktober Bismarck eine größere Denkschrift über die Einigung überreichte, in der auch die in den fürstlichen Kreisen schon vorhandene gereizte Stimmung gegen Bayern zum Ausdruck kam, das man einfach vor die Wahl stellen sollte, beizutreten oder draußen zu bleiben. Bismarck antwortete ihm, daß die wesentlichen Gedanken der Denkschrift seit langer Zeit die seinen und seit dem Beginne des Krieges in der Ausführung begriffen seien [1]).

[1]) Herzog Ernst, „Aus meinem Leben und meiner Zeit" III, 663—667.

Digitized by Google

Bismarck gab die Hoffnung nicht auf, auch die Könige heranzuziehen; er mußte glauben, daß auf den jungen Bayernkönig die Stimmung des Feldlagers und die der siegreichen Armee, nicht zuletzt seiner eigenen Truppen, einen anderen Eindruck machen würde, als die in seine Einsamkeit allein hineindringenden Berichte des Ministerpräsidenten.

Dabei wußte Bismarck auch diesen sehr geschickt mit der Sache zu überrumpeln. Gerade am 1. November schrieb der Kabinettschef Eisenhart an Bray, daß gegenüber den auch in der Öffentlichkeit, selbst von der Patriotenpartei geäußerten Wünschen für des Königs Reise dieser sich „entschieden verneinend" verhalte, aber doch täglich frage, ob die Einladung noch nicht gekommen sei [1]). Am 5. November nun versammelte Bismarck alle in Versailles anwesenden Vertreter deutscher Regierungen um sich und legte ihnen den Stand der bisher mit Thiers geführten Verhandlungen dar; er ließ sich auch von ihnen ihre Zustimmung zur Forderung von Landabtretungen in aller Form erteilen, um dann bei diesem Hinweis auf den erwarteten Frieden den alten Wunsch seines Königs vorzubringen, daß er beim Friedensschluß nicht allein stehe, sondern mit allen deutschen Fürsten zusammen, an die eine Einladung ergehen sollte. Auf seine Anheimstellung des Zeitpunktes meinte Bray, daß man warten solle, bis der Friedensschluß tatsächlich gesichert sei; jedenfalls erklärte Bismarck, die Einladung schon früher erlassen zu müssen, da dieser Zeitpunkt plötzlich eintreten könnte, und mit deutlichem Wink nach der bayrischen Seite sprach er Friesen seinen Dank aus, daß Johann von Sachsen, der nach König Wilhelm älteste der deutschen Fürsten, den Besuch zugesagt habe.

Jolly meinte, die Versammlung habe gar nicht den aussichtslosen Verhandlungen mit Thiers gegolten, und da alle Souveräne außer König Ludwig schon mehr oder weniger bestimmt zugesagt

[1]) Bray S. 176 f., Deutsche Revue 25, IV, 135.

Digitized by Google

hätten, „könnte wohl die ganze Szene nur den Zweck gehabt haben, auf diesen einen sanften Druck auszuüben". Bray schrieb an Eisenhart nur, daß die neue Anregung des Kongresses eine vollständige Überraschung gewesen sei, sprach sich selbst aber für Ludwigs Kommen aus und fügte, da solche Dinge auf den König Wirkung zu tun pflegten, hinzu, daß ihm ein preußischer Prinz, Adalbert, die Einladung überbringen werde. Aber Eisenhart mußte Bray am 9. November telegraphieren, er möge die Abordnung des Prinzen Adalbert verhindern, und am 13. erfolgte die endgültige telegraphische Absage, daß der König „wegen Sehnenverdehnung keinesfalls nach Versailles kommen könne". Bray meldete zurück, daß Adalberts Sendung unterbleiben werde, worüber Ludwig erfreut war; Eisenhart sagte am 18. November dem badischen Abgesandten Gelzer, daß er das Mögliche beitragen wolle, den König zur Reise zu bewegen. Dieser betonte wohl selbst die Vorteile, blieb aber bei seinem Entschluß, nicht hinzugehen, und wenn auch der Gedanke wieder auftauchte, so hat er diesen Entschluß nicht mehr geändert [1]).

Etwas eigentümlicher Art war Bismarcks vorübergehend gehegter Plan, nicht nur die deutschen Fürsten mit ihren Ministern, sondern auch den Reichstag des Norddeutschen Bundes auf französischem Boden zu versammeln; der alte französische gesetzgebende Körper, so meinte er dabei, könnte währenddessen für die Friedensberatung bei Napoleon in Kassel tagen. Der Plan der Reichstagsberufung hing mit der Unmöglichkeit für ihn oder gar den König zusammen, das Hauptquartier zu verlassen; vorläufig ließ er einige Führer der ihm nahestehenden politischen

[1]) Brays Briefe und Berichte vom 5., 6., 7., 8., 16. Nov., Eisenharts vom 9., 13., 16. Nov., bei Bray S. 182—187, 188, 190, 192, Deutsche Revue 25, IV, S. 139—143, 144, 274, 275; Jollys Briefe vom 5. u. 11. Nov., S. 193, 195; Kobell a. a. O. S. 35 f. — Gegen Jacob, „Bismarck und die Erwerbung Elsaß-Lothringens", S. 89, möchte ich betonen, daß Bismarck nicht nur das Erscheinen der Minister, sondern auch das der Souveräne ernstlich gewünscht hat.

Digitized by Google

Parteien zur Beratung zu sich kommen. Der Kronprinz meinte, daß durch die gleichzeitige Versammlung des Reichstages und des Fürstenkongresses „der deutschen Sache mit einem Schlage geholfen sein würde". In den Kreisen der Parlamentarier war man sehr gegen den Plan wegen seiner äußeren Schwierigkeiten, als Ausweg wurde etwa ein süddeutscher Ort nahe der Grenze vorgeschlagen, aber schon Anfang November war der ganze, von Bismarck nur flüchtig hingeworfene Gedanke aufgegeben [1]).

Als König Ludwig mit Eisenhart über seine Reise zum Fürstenkongreß sprach, erwähnte er wohl sein Befinden, stellte aber als ausschlaggebenden Punkt hin: „Auch hängt meine Reise von gewünschten Garantien ab, sonst gehe ich nicht nach Versailles, dabei bleibt es, das ist mein Wille." Damit berührte er den Punkt, der von seiner Seite in die Einheitsverhandlungen hineingebracht worden war, der auf beiden Seiten zu starken Verstimmungen führte, und der — sagen wir es geradezu — den stärksten Mißklang in diese dem großen nationalen Werke gewidmete Arbeit hineinbrachte. Es handelte sich um die von Bayern ganz allein gestellte Forderung territorialer Vergrößerung als Lohn für die Kriegsteilnahme.

Der Gedanke der Ablohnung eines einzelnen Bundesgliedes durch Landerwerb war bei den Besprechungen über Elsaß-Lothringens Zukunft von Baden ebenso verworfen worden wie von Preußen, obgleich man von diesem gerade aus nationalen Gründen

[1]) Siehe darüber Moritz Busch zum 29., 30. Okt. u. 4. Nov. I, 331, 337, 351; Roon 7. Nov., Denkwürd. III, 248. Tagebuch des Kronprinzen zum 1. Nov., S. 118; er braucht hier den Ausdruck: „Der von mir gewünschte Fürstenkongreß." — Lasker 24. Okt., 7. Nov., 10. Nov., Simson 10. Nov., Deutsche Revue 17, III, S. 70, 159 f., 161, 162 f. Auch Louis Schneider „Aus dem Leben Kaiser Wilhelms" (III, 61, vgl. S. 81) erwähnt den Plan mit der Zufügung, daß schon Erkundigungen über die verfügbaren Quartiere eingezogen seien. Das Aufgeben des Planes notiert der Kronprinz am 3. Nov., S. 119, vgl. Lasker 10. Nov., a. a. O. S. 168.

Digitized by Google

die Annahme der neuen Provinzen forderte. Dem aber stellte Bismarck den Gedanken entgegen, daß der gemeinsam erworbene territoriale Siegespreis auch nur Gesamtdeutschland gemeinsam gehören solle. In der Öffentlichkeit hatte dem von Baden vertretenen Standpunkt der Schwäbische Merkur schon am 7. September den uns bekannten prächtigen Ausdruck gegeben, daß die Württemberger sich gegen alle Belohnung mit Land und Leuten verwahrten, man treibe keinen Seelenschacher mehr und lasse solche häßlichen Dinge einer vergangenen Zeit; nur die Aufnahme in den Deutschen Bund wurde als die „Extrabelohnung" für die Süddeutschen gefordert.

In schroffem Gegensatz zu dieser gleichen Auffassung aller trat nun das Verlangen hervor, das wir zuerst in einem Schreiben Eisenharts an Bray vom 31. Oktober finden: „Ferner bin ich von meinem allergnädigsten Herrn angewiesen, Euer Exzellenz wiederholt die Frage einer mäßigen Territorialvergrößerung im Allerhöchsten Namen recht nachdrücklich ans Herz zu legen, und möchten Sie diese Angelegenheit recht bald mit dem Grafen Bismarck zur Besprechung bringen." Es war aber kein Vorschlag, der etwa nur in der persönlichen Art und Veranlagung König Ludwigs seine Erklärung und Entschuldigung gefunden hätte, sondern Männer wie Eisenhart und Graf Bray machten sich ihn durchaus als eine berechtigte bayrische Forderung zu eigen. Auch Eisenhart sah in dem Anschluß an den Bund nur „politische Einbuße", nur „Opfer", die durch eine äußere Entschädigung eher „verschmerzt" werden könnten, zumal ein solcher Machtzuwachs Bayerns Stellung im Bunde nur nützen würde. Daß mit dieser Argumentation jeder andere Bundesgenosse Preußens in gleicher Form Entschädigung beanspruchen konnte, wurde mit keinem Worte erwähnt. Zwei Wochen später suchte eine ungeduldige Mahnung des Königs, daß die Gebietsvergrößerung „wirksam" vertreten werde, Bray stärker anzuspornen.

Unsere Nachrichten über den Gang dieser Verhandlungen sind

Digitized by Google

sehr spärlich, und aus Brays Berichten ist wohl noch vieles der Öffentlichkeit vorenthalten. Es scheint, daß Bismarck bei dem, was damals auf dem Spiele stand, Bayern nicht schroff zurückzustoßen wagte und wenigstens im Gespräch auf die Frage einging, aber dabei ihre Besprechung auf die späteren Friedensverhandlungen verschob; das, wozu er sich schließlich bereit erklärte, war, bei den anderen Bundesgenossen eine Entschädigung Bayerns für seine 1866 erfolgten kleinen Abtretungen an Preußen durch Weißenburg in Vorschlag zu bringen. Er tat dies denn auch beim Abschluß des Vorfriedens, ohne wohl freilich auf Zustimmung der Bundesgenossen gerechnet zu haben; der Großherzog von Baden hatte Bray mit seinem dringenden Abraten von dem Plan seine eigene Meinung jedenfalls deutlich kundgetan. Die Sache verlief im Sande, nachdem die bayrische Regierung selbst nichts weiter tat, als eine wenig geschickte öffentliche Agitation dafür ins Werk zu setzen. Bray grollte natürlich Bismarck sehr, weil dieser ihm nicht die Kastanien aus dem Feuer geholt hatte [1]).

Übrigens hatte Bray bei diesen Verhandlungen deutlich gezeigt, worauf man hinaus wollte, als er gemäß König Ludwigs Wunsch vorschlug, daß Baden einen Landstrich zur Verbindung Bayerns mit seiner Rheinpfalz abtreten und dafür durch elsässisches Gebiet entschädigt werden sollte. Damit wurden Bestrebungen aufgenommen, die an die traurigsten inneren deutschen Händel nach 1815 erinnerten. Es war geradezu das Anerbieten eines Ländertausches, in vollendeter Form das, was der Schwäbische Merkur als „Seelenschacher" gebrandmarkt hatte, politische Weisheit und politische Grundsätze nach dem Vorbild des Wiener Kongresses. Bismarck wies diesen unglaublichen Plan denn auch scharf ab, weder sein König noch Großherzog Friedrich würden je darauf eingehen.

Bray aber glaubte den im ganzen doch sehr unbefriedigenden

[1]) Über die bayrische Territorialforderung s. Anhang Nr. 4.

Digitized by Google

Eröffnungen Bismarcks gegenüber es klüger auf andere Weise zu versuchen, wobei er freilich seine Auffassung der Lage auch bei den übrigen mittelstaatlichen Genossen voraussetzte und nun hoffte, hier mit dem direkten Anerbieten der Teilung der Beute einen Bundesgenossen zu gewinnen. Nur wollte es sein Mißgeschick, daß er gerade an die denkbar falscheste Tür anklopfte, bei Baden.

Schon Jolly „amüsierte sich über das geringe Zeitverständnis des Grafen", als dieser bei ihm die ersten vorbereitenden Andeutungen machte, daß Baden als Lohn für sich die Königskrone verlangen solle, deren Erwerb er für sicher hielt. Am 25. November brachte er diesen Gedanken beim Großherzog Friedrich selbst vor, zugleich mit dem Hinweis auf den Erwerb des Elsasses und den daran sich anschließenden Gebietstausch zu Gunsten Bayerns. Der Großherzog ließ den Versucher glatt abfallen: allein schon das Anerbieten einer Belohnung für nationale Pflichterfüllung werde er als eine Beleidigung betrachten, die er mit Entrüstung zurückweisen müsse [1]).

Wie bereits Ludwig sich zu Eisenhart geäußert und dieser es Bray geschrieben hatte, so sprach es auch Bray drohend vor Großherzog Friedrich aus, wie es wohl auch vor Bismarck geschehen sein wird, daß König Ludwigs Entschließung über die Bundesverträge schwerlich von einer Vergrößerung Bayerns getrennt werden könnte. Noch im Beginne der Verhandlungen war Ludwig so erregt geworden, daß er zu Gunsten seines Bruders Otto abdanken wollte. Dieser wurde Ende Oktober plötzlich aus dem Hauptquartier „wegen wichtiger Geschäfte" abgerufen, ohne daß Bray oder die anderen dort den Grund ahnten. Am 5. November traf Otto in Hohenschwangau ein, er widersprach dem heftig auf ihn eindringenden König, aber erst im Januar erhielt er die Erlaubnis, wieder ins Feld zurückzukehren. Der König

[1]) Die betr. Aufzeichnungen bei Jolly, S. 188, Note, Lorenz, S. 373 f.; Kobell S. 27; Jacob S. 113 f., Noten S. 36.

Digitized by Google

behandelte nachher die ganze Sache als einen Scherz und spottete über die, welche an den Ernst solcher Absichten geglaubt hatten[1]).

Der Ernst lag in der ganzen Verstimmung, die hierin zum Ausdruck kam, und die durch die Berichte Brays genährt werden mußte. Denn diese meldeten dem König nur von den weitgehenden bayrischen Forderungen und deren Ablehnung, ohne auch nur mit einem Wort auf den großen gemeinsamen Zweck hinzuweisen, für den doch auch Bayerns Truppen fochten.

Für Bismarck blieb, nachdem ihn einmal Württemberg im Stich gelassen hatte, die dringendste Forderung, Bayern zu gewinnen, koste es, was es wolle. Die Bedeutung des Stuttgarter Telegrammes tritt nur noch mehr hervor, wenn wir die allgemeine Lage in Betracht ziehen, die nun auch Bismarck zum weitesten Entgegenkommen gegen Bayern zwang.

Es waren die sorgenvollsten Wochen, die er vor Paris durchlebte. Die Stockung im Fortgange der Belagerung tat natürlich ihre Wirkung nach außen, jetzt schien den deutschen Siegen endlich ein Halt geboten. Die Spannung im Hauptquartiere zwischen den Schießern und Nichtschießern stieg zu ihrer Höhe, und noch während der Verhandlungen mit Bayern setzte Bismarck durch seine Vorstellungen beim König die energische Inangriffnahme der Belagerungsarbeiten durch[2]). Hierzu kamen die Verwicklungen durch die für Bismarck damals jedenfalls höchst unzeitige russische Aufkündigung des Pariser Vertrages von 1856 über das Schwarze Meer am 31. Oktober. In dieser allseitig bedrängten Lage hatte er zur Beschleunigung des Friedens um jeden möglichen Preis in den Verhandlungen mit Thiers Anfang November

[1]) Siehe darüber Kobell S. 29 u. 32, Brays Brief vom 31. Okt., S. 161, Deutsche Revue 25, IV, S. 7; Tagebuch des Kronprinzen zum 30. Okt., S. 118; Moritz Busch, Tagebuch zum 25. Febr. 1871, II, 173.

[2]) Siehe darüber meine Schrift: „Das Deutsche Große Hauptquartier und die Bekämpfung von Paris im Feldzuge 1870/71", Tübingen 1905, besonders S. 58 f.

Digitized by Google

die Möglichkeit durchscheinen lassen, daß Deutschland auf die Abtretung von Metz verzichten könne[1]). Und gerade in dieser Zeit kam zu allem andern der erste Einblick in die Größe der aus den Provinzen Frankreichs drohenden Gefahren, die Einleitung jener blutigen Kämpfe im Süden und Norden des Landes durch das Treffen bei Coulmiers am 9. November, das durch von der Tanns Zurückgehen vor der erdrückenden Übermacht als der erste unzweifelhafte Sieg der französischen Waffen hervorleuchtete.

Nie war eine imponierende Stellung Deutschlands nach außen so notwendig wie in jenen Novemberwochen, und sie hatte in dem geschlossenen Bau des einigen Deutschlands, wenn auch noch ohne Bayern, vor Europa hintreten sollen, als das Stuttgarter Telegramm vom 11. November diesen Bau im Augenblicke der Vollendung auseinandersprengte.

Jetzt war es nicht nur das Verlangen, das große nationale Werk nicht durch die drohende Verschleppung vor weiterer Gefährdung zu bewahren, es war der Zwang der europäischen Lage verbunden mit der auf dem Kriegsschauplatz, wodurch Bismarck zu dem doppelten Vorgehen gedrängt wurde: die stockende Belagerung von Paris voranzubringen, vor allem aber die politische Geschlossenheit des vereint kämpfenden Deutschlands trotz der eben erlittenen eigenen Niederlage vom 11. November nicht in Frage stellen zu lassen, hier den offenen und geheimen Widersachern in Europa keine Lücke zu zeigen, die sie zum Vorgehen reizen konnte.

Da Württemberg sich versagt hatte, mit ihm mittelbar Bayern zum Nachgeben zu nötigen, so mußte dies unmittelbar gewonnen und der dafür geforderte höhere Preis gezahlt werden. Damit konnte Bayern seine Bedingungen stellen, es erntete die Früchte aus dem Vorgehen Württembergs ebenso wie aus der allgemeinen Zwangslage, in der sich der verantwortliche Leiter der deutschen

[1]) Siehe darüber Jacob, a. a. O., S. 56 f., 69 f., besonders die Note 17, S. 16 f., und zur Gesamtlage, S. 58.

Digitized by Google

Politik damals befand. Bray sehen wir dabei auf seinem alten Standpunkt verharren; ebensowenig, wie er früher eine Gefährdung für das isolierte Bayern gesehen oder gefürchtet hatte, ebensowenig durchschaute er jetzt den glücklichen Umschwung zu Bayerns Gunsten.

Zuerst hatte man gedacht, die abgebrochenen Verhandlungen mit Bayern nach dem Abschluß mit den anderen in München fortzusetzen[1]); Bray selbst glaubte am 4. November, nachdem er zuerst die Verhandlungen mit Thiers hatte abwarten wollen, bald in München zu sein, da die Endbeschlüsse dort gefaßt werden müßten. Es tritt nicht klar hervor, was ihn zu bleiben bewog, vielleicht die weitere Aufgabe, die Territorialvergrößerung für Bayern durchzusetzen, jedenfalls reisten er und seine Genossen nicht ab, so daß Jolly am 14. November schrieb: „Die Bayern, die immer erklärten, keine genügenden Vollmachten zum Abschluß zu haben und solche schon seit acht bis zehn Tagen holen wollten, sind ganz gemütlich noch hier" [2]).

Damals waren die zwischen ihnen und Bismarck am 9. November wieder aufgenommenen Sonderverhandlungen in vollem Gange. Bray wich nun doch in einem Punkt. Nach seinem Bericht an den König vom 11. November stellte er sich selbst auf den Standpunkt des einheitlichen Bundes, in dem die für Bayern besonders zu machenden Zugeständnisse die Form von Zusätzen zur Bundesverfassung erhalten sollten. Er glaubte noch am 12., daß der Abschluß der anderen nahe bevorstehe, und auch am 17. schrieb er von der Abreise der übrigen Vertreter ohne jede Andeutung, daß der Vertrag mit Württemberg vorläufig gescheitert war. Dafür kamen aber aus der Heimat dringende Mahnungen über die Ungeduld in der Öffentlichkeit, die sich bei

[1]) Bray 31. Okt. u. 4. Nov., S. 159, 162, Deutsche Revue 25, IV, S. 5, 8; Delbrück an Lasker 6. Nov., Deutsche Revue 17, III, S. 165, vgl. 168.

[2]) Jolly S. 196.

Digitized by Google

der Münchener Stadtverwaltung bis zu der Drohung steigerte, keine Bewilligung für eine Siegesfeier zu machen, wenn Bayern nicht dem auf Grundlage der norddeutschen Verfassung zu gründenden Bundesstaate beitrete. Dafür mußte dann die Mitteilung trösten, daß die „patriotische" Partei in München der Regierung ein Vertrauensvotum erteilt habe. Aber auch der Minister Schlör drängte auf baldigen Abschluß, um Bayern vor dem Schlimmsten, der Isolierung, zu bewahren. Die spärlichen Mitteilungen in den veröffentlichten Berichten Brays lassen vom Gange der Verhandlung wenig erkennen, die letzten Schwierigkeiten machte auch hier die Militärfrage, am 20. November endlich meldete Brays Telegramm nach München das in der Hauptsache erzielte Einverständnis [1]).

In die Verhandlungen spielte allerdings noch mancherlei herein; Bismarck wurde sehr ungehalten, als Bray sich bei seinen Weigerungen auf einige Zugeständnisse berief, die bei den Verhandlungen der Parlamentarier in München von Lasker und Bennigsen gemacht seien, und ein darüber aufgesetztes Schriftstück vorzeigte. Wenn diese Konzessionen auch im ganzen nicht gefährlich waren, so erschwerten sie doch Bismarcks Stellung in einzelnen Punkten und bedeuteten vor allem an sich einen Mißgriff, durch solche schriftlich niedergelegte, programmähnliche Einzelbestimmungen, von denen der leitende Staatsmann nichts wußte, diesem gleichsam ins Handwerk zu pfuschen. Bismarck hätte die Sache wohl weniger schlimm angesehen, wenn sie ihm nicht gerade in all den sonstigen Ärger und die Sorge um die bayrischen Verhandlungen hineingefahren wäre. Bamberger, dem er für den abwesenden Lasker den Kopf wusch, meinte denn auch,

[1]) Brays Privatbriefe vom 12. und 17. Nov., Berichte vom 11. u. 20. Nov., S. 166, 168, 188—190, 194; Deutsche Revue 25, IV, S. 11, 12, 273 f., 276; Daxenberger 18. Nov. und ohne Datum, Schlör 19. Nov. an Bray, ebend. 193, 196, Revue S. 276, 278.

Digitized by Google

er sei in einem irritierteren Zustande als je, und man begreife das, wenn man sehe, wie entsetzlich er mit Arbeit überhäuft sei. „Er kommt wirklich nicht zum Atemschöpfen und man muß ihm deshalb viel zu gute halten." Lasker verteidigte seine Aufstellungen im einzelnen, aber darauf kam es auch weniger an, der Fehler lag in dem von ihm gewählten Verfahren überhaupt. „Sie haben mir das Geschäft erschwert und beinahe verdorben," grollte Bismarck [1]).

Dann aber wurde es unsicher, ob Bismarck, wenn er den Bayern weiter entgegenkam, die Zustimmung seines Königs würde erhalten können. Denn je länger sich die Verhandlungen hinzogen, um so gereizter wurde die Stimmung in Versailles gegen Bayern. Gewiß trug dazu dessen erster Vertreter sein reichliches Teil bei. Daß Bayern besondere Zugeständnisse gemacht werden mußten, das hatte jeder, auch Baden in seinen ersten Anträgen anerkannt, das lag in der Größe des bayrischen Staates, in der Bedeutung, die dieser stets in der Geschichte gehabt hat, damit mußte gerechnet werden, ob man das vom Standpunkte eines geschlossenen Einheitsstaates bedauern mochte oder nicht. Und keinem Bayern, auch den in den Norddeutschen Bund hineindrängenden Nationalen im Lande, wäre es je eingefallen, darauf Verzicht leisten zu wollen. Aber die abweisende beschränkte Exklusivität, mit der Bray diesen Standpunkt vertrat, als ob es für den bayrischen Minister außer diesem nichts in der Welt gäbe, für das auch er als deutscher Staatsmann damals zu denken

[1]) Bamberger an Lasker 22. u. 28. Nov., Lasker an Bamberger 25. Nov., Deutsche Revue 17, III, S. 287–89, 291–94, 296 f.; die betr. Artikel S. 289 f., Moritz Busch, Tageb. zum 21. Nov. nach der Erzählung Buchers I, 419; Fred Graf Frankenberg, „Kriegstagebücher" zum 30. Nov., S. 266. Einen Artikel über diese Verabredungen, aber nur mit allgemeiner Orientierung, brachte die Augsb. Allg. Zeitung vom 21. Sept., S. 4185; die vorher, 17. Sept., S. 4126 f., im Anschluß an einen Leitartikel gegebene Aufstellung einer ähnlichen Reihe von Artikeln hat mit denen von Lasker nichts zu tun, sie gehen, z. B. in der Forderung des bayrischen Vetos, erheblich weiter. Vgl. oben S. 10 f.

Digitized by Google

und zu sorgen hatte, die mußte ganz naturgemäß die Stimmung in Versailles gründlich verderben. War es doch Bray gelungen, sogar den bisher stets an Bayern festhaltenden Mittnacht umzustimmen, weil ihm die Stellung der anderen Bundesstaaten zur Präsidialmacht ganz gleichgültig war, wenn er nur seine bayrischen Privilegien erhielt. Auch scheint er sich persönlich wenig beliebt gemacht zu haben. Ein Mann wie Lutz hätte die Interessen seines Landes mit reichlicher Energie, aber wohl doch so zu vertreten gewußt, daß sich nicht die allgemeine Verstimmung, in der man auch nicht ein freundliches Wort aus jener Zeit hört, gegen ihn und die von ihm vertretene Sache gewandt hätte.

Die Persönlichkeiten beider schildert Moritz Busch, allerdings in seiner ganz äußerlichen Weise, bei einem Essen bei Bismarck am 19. November: „Bray ein großer, hagerer Herr mit langen, glatt anliegenden, an den Schläfen hinter die Ohren gestrichenen Haaren, bis auf einen kurzen, dürftigen Backenbart rasiert, mit dünnen Lippen, sehr mageren Händen und ungewöhnlich langen Fingern. Spricht wenig, verbreitet Kälte um sich, fühlt sich hier wohl nicht zu Hause. . . . Lutz ist das Gegenstück von ihm, mittelgroß, rund, rot, schwarzer Schnurrbart, dunkles Haar, das von der Stirn nach dem Scheitel zurückgewichen ist, Brille, lebhaft und gesprächig."

Daß Bismarck selbst nicht von Wohlwollen gegen Bray erfüllt war, ist wohl zu erklären; bei einer Mitteilung aus München über die Art der Kaiserproklamation sagte er am 5. Dezember, daß er dabei „wieder einmal gesehen habe, wie Bray geschäftliche Dinge behandelt", und als am 20. Dezember der Kronprinz bei ihm aß, nannte er ihn vor diesem zweideutig, ohne deutsches Interesse, sich am wohlsten in Wien fühlend, und ließ kurz danach die Weisung ausgehen, daß Bray in der Presse kräftig angegriffen werden sollte [1]).

[1]) Moritz Busch, zum 19. Nov., 5., 20. u. 27. Dez., I, 412, 477, 553, II, 1.

Digitized by Google

Äußerlich schien ja Bray die bayrischen Sonderinteressen gut zu vertreten, aber es war eben nur äußerlich, und ohne die glücklichen Fügungen, für die er gar nichts konnte, ohne das Einsetzen von Bismarcks ganzer Autorität für einen entgegenkommenden Ausgleich hätte die allgemeine Abneigung seinem Lande wohl einige Einbuße verschafft. Selbst so ruhige Männer wie König Johann und Kronprinz Albert ließen ihre Abneigung gegen diese Überforderungen laut werden[1]). Die Erbitterung wandte sich sogar gegen Bismarck wegen seines Entgegenkommens, und in den fürstlichen Kreisen fiel damals das harte Wort: um Vorteile von Preußen zu erlangen, müsse man sein Feind, um Fußtritte einzuernten sein Freund sein[2]).

Der preußische Kronprinz gab dieser Stimmung vor Bismarck Ausdruck. Er war allerdings längst dafür, mit Gewalt zu drohen, wenn die Bayern und Schwaben sich weigern sollten. Durch seine Beziehungen zu den preußischen Fortschrittlern hatte er viel von der unhistorischen Unduldsamkeit des politischen Radikalismus in sich aufgenommen, der das Recht des geschichtlich Gewordenen nicht anerkennt, wenn es nicht in seine Schablone hineinpaßt. Eben dieses Recht der Sonderexistenz war Bismarck beim Einheitsbau sorglich zu wahren beflissen, sofern nicht Forderungen, wie sie Bray stellte, einem brauchbaren Bundesstaatswesen einfach Hohn sprachen. Der preußische Kronprinz sagte am 3. November zu Delbrück, man sei sich Bayern gegenüber der eigenen Macht gar nicht bewußt, was man jetzt wolle, könne man auch, nur frage es sich, wer noch etwas ernstlich wolle; und am 16. November geriet er mit dem noch infolge der früheren Aufregungen leidenden Kanzler in dieser Frage äußerst heftig aneinander[3]).

Es war für Bismarck eine Lage zum Verzweifeln, zwischen all diesen Gegensätzen die große Angelegenheit ohne zu scheitern

[1]) Hassel, „König Albert", II, S. 459.
[2]) 21. Nov., Lorenz S. 366.
[3]) Tagebuch des Kronprinzen S. 119 u. 120 f.

Digitized by Google

in den Hafen zu bringen; da Delbrück zur Reichstagseröffnung nach Berlin hatte reisen müssen, so lagen auch diese bayrischen Verhandlungen ganz auf ihm. Er wandte sich wieder um Hilfe an den in der nationalen Frage sich nie versagenden Großherzog von Baden. Am 19. November erschien er bei diesem nach dem Abendessen. Er brachte ihm die Nachricht, daß der Beitritt der Württemberger gesichert sei, daß aber der der Bayern erkauft werden müsse durch Teilnahme an der Diplomatie, wofür er den auswärtigen Ausschuß unter Bayerns Vorsitz vorgeschlagen und das Vertretungsrecht der bayrischen für die Bundesgesandten zugestanden habe, und durch die eigene Armeeverwaltung, für welche die Bayern, die sich nur im Kriege unterordnen wollten, im Frieden nur die Inspektion wie im verflossenen Deutschen Bunde zugeständen. Für diese Einräumungen aber seien sie auch bereit, die Initiative zur Herstellung von Kaiser und Reich zu ergreifen.

So hatte der mit dem Stuttgarter Telegramm eingetretene Wandel auch das für Bray gebracht, daß sein gleich zu Anfang vorgebrachter, aber damals abgewiesener Plan, sich für das Zugeständnis des Kaisertitels „reelle Konzessionen" zu verschaffen, jetzt doch noch verwirklicht wurde; denn wie Bismarck es ausdrücklich hervorhob, war geradezu die Erhaltung der selbständigen Armee der Kaufpreis, für den Bray den Kaiserantrag stellen wollte.

Bismarck erklärte selbst diese bayrischen Bedingungen für die Einigung als ungenügend, aber die Lage der europäischen Verhältnisse zwinge ihn, die Einigung so bald als möglich als feste Tatsache hinzustellen. Trotz der Mängel in der inneren Verbindung habe man doch das gemeinsame Band, eine gemeinsame Vertretung der Interessen der Nation, die monarchische Spitze und in ihr verkörpert die Einheit des Heeres. Daher müsse man das Gute dem Besseren vorziehen und das Mögliche ausführen. Und nun die durchschlagende Erwägung: „Hat Bayern diese Schwelle betreten, und zwar mit unserem Beistand, so ist von

Digitized by Google

einem Rückzuge keine Rede mehr; es kann nur noch vorwärts schreiten, und wir dürfen der Zukunft die bessere Entwicklung getrost überlassen."

Er fürchte aber Schwierigkeiten beim König wegen der militärischen Konzessionen und auch den Widerstand des Kronprinzen, der ihm vor wenig Tagen noch harte Vorwürfe gemacht habe. Er wisse nicht, wie er beide überzeugen solle und bitte daher den Großherzog, von seinem Einfluß bei ihnen Gebrauch zu machen. „Benützen wir den Vorteil nicht, so fällt Bayern in die Hände Österreichs und wird seine Truppen abberufen. Dann geben wir der Welt ein Schauspiel deutscher Zwietracht, das alle unsere Unternehmungen lähmt und sogar das Band mit den übrigen Bundesgenossen lockern wird."

Zwar sah der Großherzog wegen der Folgen nicht so schwarz wie Bismarck, der mit dem Abfall an Österreich trotz der stillen Wünsche Brays in dieser Beziehung etwas dunkle Farben gewählt hatte, aber anders als damals der Kronprinz hatte der Großherzog die Fähigkeit, die staatsmännischen Gründe Bismarcks und den Zwang der Lage anzuerkennen. Die Einheit müsse mit Bayern zu stande kommen und so sei er im Interesse der großen Sache, der er diene, bereit, seine Hilfe zu leihen, wenn er sicher sei, daß dann auch die Kaiserfrage zur Lösung kommen werde, was Bismarck bekräftigte [1]).

Es war eine denkwürdige Unterredung, nicht etwa wegen ihrer Folgen, da Bismarck die äußeren Schwierigkeiten schon allein überwand, aber wegen des Einblickes in seine Gedankenwelt in jenen schweren Tagen, und neben diesem Größten auch wegen des Einblickes in die Hingabe des deutschen Fürsten, dem kein Opfer bisheriger Wünsche und Anschauungen für die Erreichung des nationalen Zieles zu groß war. Und unsichtbar dahinter die Gestalt des eigentlichen Veranlassers dieser Unterredung, des

[1]) Augenscheinlich nach Großherzog Friedrichs Aufzeichnung bei Lorenz S. 367—71.

Digitized by Google

Grafen Bray, der aus dem engen Vorrat seiner politischen Ideen und Bestrebungen heraus nur daran dachte, die Zukunft gegen die weiter greifende Einheit möglichst zu verrammeln, während bei Bismarck der unbedingte Glaube dastand, daß diese Einheit ihren Weg gehen werde, daß es für sie nur ein Vorwärts, jedenfalls nie ein Zurück geben könne. Denselben Gedanken deutete auch Brays bayrischer Kollege Pranckh in einem Gespräch mit dem Kronprinzen an, indem er großes Gewicht auf den Erfolg des Eintrittes in den Bund überhaupt legte, aber umsomehr bat, „das übrige der Zeit anheim zu stellen“[1]). Die Zukunft sollte ausgleichen, was in der Gegenwart unbefriedigt bleiben mußte.

VI.

Die Verträge mit Bayern und Württemberg vom 23. und 25. November.

Bismarck brachte gewiß nicht leichten Herzens die unabwendbaren Opfer an Einheit, um die Einheit zu retten: am 23. November wurde der Vertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde und Bayern von den Bevollmächtigten unterzeichnet.

In die bisher durch den Abschluß vom 15. November vereinbarte Verfassung wurden die neuen Bestimmungen aufgenommen über Bayerns ständigen Sitz im Bundesratsausschuß für Landheer und Festungen, dessen übrige Mitglieder vom Bundesfeldherrn ernannt wurden, ferner über seinen Vorsitz in dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten, dem sonst noch Sachsen und Württemberg angehören sollten; die Branntwein- und Bierbesteuerung wurde nun den drei süddeutschen Staaten überhaupt

[1]) Tagebuch zum 23. Nov. S. 122.

Digitized by Google

vorbehalten. Statt der von Mittnacht vorgeschlagenen Dreiviertelmehrheit im Bundesrate für Verfassungsänderungen sollten zum Veto 14 Bundesratsstimmen genügen; damit besaß es die Gruppe der drei Könige (Bayern mit 6, Sachsen und Württemberg mit je 4 Stimmen), Preußen allerdings für sich allein.

Daran reihte sich nun die stattliche Zahl der besonderen Reservate für Bayern. Es behielt seine eigene Heimats- und Niederlassungsgesetzgebung, womit freilich ein starker Eingriff in die innere Einheit getan wurde, es behielt seine eigene Post- und Telegraphenverwaltung und die besonders einschneidende militärische Selbständigkeit. Daß es sich in seiner ganzen militärischen Organisation dem Ganzen anschloß, stand natürlich außer Frage, aber alle weiteren Bestimmungen der Bundesgesetzgebung kamen dafür in Wegfall. Es behielt eigene Militärverwaltung, Militärhoheit, Militärgesetzgebung, erst von der Mobilmachung an trat seine Armee unter den Bundesfeldherrn, die Mobilisierung selbst aber verfügte der König von Bayern auf dessen Veranlassung. Der Bundesfeldherr hat im Frieden nur das Recht und die Pflicht der Inspektion, darf sich aber auch hierfür nur „über die Modalitäten der jeweiligen Vornahme und über das Ergebnis dieser Inspektionen mit Se. Majestät dem König von Bayern ins Vernehmen setzen".

Wichtig war wenigstens die Bestimmung, daß die Verpflichtung der bayrischen Truppen zum Kriegsgehorsam gegen den Bundesfeldherrn in den Fahneneid aufgenommen werden sollte. Aber am 10. Januar bat Prinz Luitpold den König Wilhelm im Auftrage seines königlichen Neffen, diese Verpflichtung als die Souveränität beschränkend zu streichen. Wie ernst man es mit jenem wunderlichen Doppelkaiser genommen hatte, geht aus dem besonderen Hinweis auf die große Verstimmung in Bayern hervor, „weil man Alternierung der Kaiserwürde zwischen Bayern und Preußen gehofft hatte". Der König antwortete, daß er zunächst die Verträge ansehen müsse, die Gewährung würde aber

Digitized by Google

die anderen Fürsten verletzen, die dann gleiches verlangen könnten, „was den Kitt des neuen Deutschlands lockern würde". Bei der übeln Aufnahme der bayrischen Reservate in der öffentlichen Meinung würde es dem König von Bayern selbst schaden. Auf die alternierende Kaiserwürde ging der König nicht ein. Den ganzen Vorgang berichtete er in eigenhändigem Schreiben an Bismarck, der sofort dem Gesandten in München von Werthern telegraphierte, daß man auf das gestellte Verlangen nicht eingehen könne[1]). Das stand bei ihm allerdings fest, daß er einen Schritt zurück niemals tun werde.

Sonst blieben die Reservate gesichert: sie galten als integrierender Bestandteil der Bundesverfassung und ihre Abänderung war an Bayerns Zustimmung gebunden. Eine Reihe von Einzelbestimmungen wurde noch im Schlußprotokoll angefügt, darunter die schon von Delbrück in München gegebene Zusicherung, daß Bundeskonsulate auch da errichtet werden sollten, wo nur ein einziger Bundesstaat interessiert sei, und daß jeder Staat bei sich Konsuln empfangen könne; ferner die Anerkennung von Bayerns Recht durch Preußen, es im Falle der eigenen Verhinderung beim Vorsitz im Bundesrate zu vertreten, und für das Schmerzenskind, die Vertretung nach außen, die Bestimmung, daß bayrische Gesandte an Höfen, an denen sie beglaubigt seien, bei Verhinderung des Bundesgesandten mit Zustimmung des Königs von Bayern die Vertretung erhielten; endlich die Anerkennung der bayrischen Sondergesandtschaften durch den Bund auch insofern, als dort, wo der Bundesgesandte bayrische Angelegenheiten nicht mit zu vertreten habe, „bei Feststellung der Ausgaben für den diplomatischen Dienst des Bundes der bayrischen Regierung eine angemessene Vergütung in Anrechnung zu bringen sei"[2]).

[1]) Moritz Busch, dem der Brief König Wilhelms vorgelegen hatte, zum 15. Jan. 1871, II, 47.

[2]) Die Abschlüsse vom 23. Nov. bei Binding a. a. O., S. 183—203, Triepel, a. a. O. S. 89—98.

Digitized by Google

Von stärkerer Bedeutung sind in diesen Reservaten die über Heimats- und Niederlassungsverhältnisse, über die Verkehrsanstalten und das Heer. Merkbar nach außen blieb immer die abgetrennte Postverwaltung durch die eigene Briefmarke. · Das war ja das einzige Reservat, in dem Württemberg Bayern zur Seite treten sollte, und es ist ein Zeichen für die mächtige Bedeutung, die der Verkehr für die heutigen Menschen besitzt, daß dies kleine Dokument staatlicher Absonderung, die besondere Briefmarke, im allgemeinen Urteil Württemberg als Reservatstaat immer gleich neben Bayern hat treten lassen; sie bewirkte, daß jeder, der die Landesgrenze überschritt, sich dadurch halb im Reichsausland fühlte, und es hat über drei Jahrzehnte gedauert, bis wenigstens Württemberg mit diesem Residuum überlebter Zeiten aufräumte.

Die beiden Gebiete, die bei allen Verhandlungen im Vordergrunde gestanden hatten, waren das Heerwesen, in dem wir Bayerns Sonderstellung soeben kennen gelernt haben, und noch darüber hinaus die Vertretung nach außen, für welche Bray in der Erhaltung der Selbständigkeit Bayerns und seiner entscheidenden Mitbeteiligung auf die barockſten Vorschläge verfallen war.

Und was war schließlich das Ergebnis dieser seiner ernstesten und hingebendsten Arbeit! Das Gesandtschaftsrecht der Einzelstaaten, das Mittnacht im Gegensatz zu Bismarcks gleichgültiger Auffassung „nicht ungefährlich" nennt[1]), war in der Verfassung nicht erwähnt und somit geblieben. Schließlich haben alle anderen Staaten diesen überflüssigen Luxus aufgegeben, nur Sachsen ist wegen der alten Beziehungen der Höfe in Wien vertreten; Bayern allein hat seine Gesandtschaften außer beim päpstlichen Stuhl in Frankreich, Italien, Österreich und Rußland. Etwas anderes blieb natürlich der diplomatische Verkehr innerhalb des Reiches zwischen Preußen und den Einzelstaaten und einzelner von diesen miteinander. Der hannöversche Freiherr von Cramm-Burgdorf,

[1]) Mittnacht, „Erinnerungen", S. 29.

Digitized by Google

der im Jahre 1877 dem vertriebenen König Georg seine Aufwartung in Paris machte, meinte, daß die Stellung des bayrischen Gesandten neben dem kaiserlichen keine leichte sei und daß viel Takt nötig sei, sie auszufüllen; den Franzosen müsse es scheinen, als ob Bayern nicht zum Deutschen Reiche gehöre[1]).

Was ferner das Vertretungsrecht der bayrischen Gesandten im Ausland bei Verhinderung des Bundesgesandten betraf, so ist nicht recht zu verstehen, wie dieser Gesandte plötzlich in Geschäfte, von deren Stand er keine Ahnung haben konnte, leitend eintreten sollte, was jeder Sekretär an der betreffenden Botschaft weit besser besorgen konnte. In einem Gespräch mit Großherzog Friedrich äußerte Bray selbst, dies Vertretungsrecht werde eine leere Form sein[2]). Zu Brays persönlichen Errungenschaften schon in München dürfen wir wohl auch jenen schönen Satz der Reichsverfassung rechnen, der das Präsidium davon dispensiert, zuerst die Erlaubnis des Bundesrates zur Kriegserklärung einzuholen, wenn ein Feind Deutschland angegriffen hat.

Und nun der stolzeste Erfolg, der famose Ausschuß des Bundestags für auswärtige Angelegenheiten! Selten ist ein Köder geschickter hingehalten worden, als hier von Bismarck mit diesem Ausschuß, auf den eben nur ein Staatsmann anbeißen konnte, der in der bundestäglichen Überlieferung stehend das Wesen eines wirklichen Einflusses hingab für den Firlefanz des Scheins von einem halb großmächtlichen Auftreten, der Leitung einer Kontrollinstanz über dem Präsidium. „Eine Kontrolle über die auswärtige Politik des Bundeskanzlers" nannte Bray stolz die Aufgabe des Ausschusses.

Bismarck hatte tatsächlich versucht, den Bundesgenossen auch in der auswärtigen Politik ihr Teil zu geben, obgleich das nicht eigentlich in seinem Interesse lag. Der Sachse Friesen erzählte

[1]) Aus dem Pariser Tagebuch des Freiherrn von Cramm-Burgdorf, Deutsche Revue 29 (1904), I, S. 214.

[2]) Lorenz S. 375.

Digitized by Google

später Mittnacht, Bismarck habe zuerst keinen Ausschuß gewollt, sondern eine Art von Konferenzen mit den Ministern der Königreiche. „Wäre man auf jene Gedanken Bismarcks eingegangen, so hätte man von ihm in vertraulichen Besprechungen mehr erfahren als im diplomatischen Ausschuß, in welchem er nie erschienen ist. Bayern aber legte entschiedenen Wert auf eine vertrags- und verfassungsmäßige Einrichtung und auf seinen Vorsitz im Ausschuß." Auch später sagte Bismarck, als im Jahre 1875 die Frage der Berufung des Ausschusses einmal praktisch werden sollte, daß eine offene Aussprache mit den leitenden Ministern der im Ausschuß vertretenen Staaten ohne Anstand geschehen könne, aber in dem Ausschuß unter bayrischem Vorsitz könne natürlich der Reichskanzler nicht erscheinen. Übrigens gab er damals der Institution selbst ein freilich stark verklausuliertes Lob und wies auch darauf hin, daß er gar nicht das Recht habe, den Ausschuß zu berufen.

Gewiß hatte ja Bismarck formell den Ausschuß vorgeschlagen als Blitzableiter gegen die anderen Zumutungen Brays. Als er später bei einer Verhandlung zum bayrischen Minister Pfretzschner von „Ihrem" Ausschuß sprach und Pfretzschner sich gegen diese Bezeichnung verwahrte, erhielt er die Antwort: „Es ist doch eine bayrische Stipulation." Mittnacht betont auch ausdrücklich, daß er seine Entstehung „einzig und allein Bayern verdankt", Württemberg gegenüber sei seine Einsetzung nie zur Sprache gekommen. Nachdem er aber, um Brays Forderungen entgegenzukommen, geschaffen war, verhinderte allerdings Bismarck die von Bray weiter gewünschte feste Umgrenzung des Geschäftskreises. So wie Bismarck das Vertretungsrecht bei auswärtigen Gesandtschaften auch auf andere Bundesstaaten ausdehnen wollte, so wurden nachträglich noch in den Ausschuß zwei Wahlstimmen für die übrigen Staaten hineingebracht, was denn auch in der Reichsverfassung Aufnahme fand; Bayern erklärte sich selbst dafür, als der Ausschuß im norddeutschen Bundesrat auf Schwierigkeiten stieß.

Digitized by Google

Nur wenn Preußen auch in dem Ausschuß das Präsidium erhalten hätte und ihn damit beliebig hätte einberufen können, dann hätte der Ausschuß Wert gehabt, und ganz besonders für die in ihm vertretenen Einzelstaaten, für ihre Geltung in der Führung der auswärtigen Geschäfte; aber den ganzen Ausschuß nannte damals Minister von Friesen „ein Überbleibsel des Strebens, welches die bayrischen Bevollmächtigten in Versailles von Anfang an hervorgekehrt hätten, für den König von Bayern neben dem ersten Präsidium (unter dem Kaiser) ein zweites oder Vizepräsidium zu erobern". Und dabei gestand Bray selbst dem Großherzog von Baden noch in Versailles: „Solange Graf Bismarck im Amte ist, wird überhaupt von keiner eigentlichen Mitwirkung die Rede sein; nach ihm freilich könnte es anders werden."

Er übersah, daß die Unbrauchbarkeit dieser Schöpfung in der Sache lag. Heinrich von Treitschke zeigte einen besseren Blick für den Kern der Frage, als er sofort ausrief: „Zum Glück sitzt die Präsidialmacht nicht im Ausschusse," wenn er auch von ihm mehr Bedeutung fürchtete, als er je haben sollte. Jolly hatte eigentlich nur Spott für ihn und auch für die Frage, ob Baden durch eine der Wahlstimmen ziemlich sicher zur regelmäßigen Teilnahme kommen würde, und Mittnacht nahm das damals gesprochene Wort auf, der Ausschuß sei ein „totgeborenes Kind". Das war er aber nur, weil nach Graf Brays Willen sein Wesen in der nach außen sichtbaren, markiert vorherrschenden Stellung Bayerns liegen sollte. Dadurch erhielt Bayern den Schein der Macht, aber nicht die Macht selbst, und dadurch erscheint dieser Ausschuß eben auch geschichtlich als die Todgeburt des alten impotenten Souveränitätspartikularismus und mag als dessen dauerndes Denkmal seine Stellung in der Reichsverfassung behaupten [1]).

[1]) Über den Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten s. Mittnachts „Erinnerungen" S. 33; Bismarck an Mittnacht, 16. Juni 1875, „Aus

Digitized by Google

Bray aber freute sich seines Erfolges auch da, wo dieser in eitel Schein bestand. Mit Befriedigung berichtete er am 22. November über das Erreichte: „Die große Mehrzahl dieser Zugeständnisse sind Bayern allein mit Ausschluß aller übrigen dem Bunde beigetretenen Staaten bewilligt worden. Sie sind also wirkliche Privilegien, mittels welcher der Krone Bayern eine mittelbare Einflußnahme auch auf europäische Verhältnisse gesichert ist." Er war denn auch, wie er es in einem Privatbrief aussprach, überzeugt, die günstigsten Bedingungen erhalten zu haben, „die unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu erlangen irgend möglich war". Nicht ohne Resignation, aber doch nun auch einmal im Gefühl von der Bedeutung des Geschehenen, meinte er nach der Unterzeichnung: „Das ist der Anfang des neuen Deutschlands und, wenn unsere Entwürfe genehmigt werden, das Ende Altbayerns." Und bei dem, was nun doch einmal den Kern seines Interesses außer Bayern bildete, hatte ihn besonders beruhigt, daß man bemüht sein werde, sich Österreich zu nähern und zu ihm die freundschaftlichsten Beziehungen zu unterhalten [1]).

Daß der bayrische Vertrag sonst überall anstoßen würde, war vorauszusehen, aber wenigstens traten die von Bismarck ge-

---

Bismarcks Briefwechsel" S. 467 f., dazu Mittnacht S. 33—37; sonst Delbrücks Reichstagsrede, 5. Dez., Hahn II, 261. — Über die Urheberschaft s. Brays Bericht, 3. Nov., S. 179, Deutsche Revue 25, IV, S. 136, seine Äußerung zu Robert Mohl 1. Dez., Lorenz S. 377; Bismarck zu Friedrich von Baden, 19. Nov., ebend. S. 367 f.; Mittnacht S. 29 u. 38. — Über die hinzugekommenen zwei Wahlstimmen: Jolly 21. Nov., S. 201, Freydorfs Mitteilung, Lorenz S. 388. — Die Urteile über den Wert des Ausschusses: Bray zu Friedrich von Baden am 25. Nov., Lorenz S. 375, Jolly 21. Nov., S. 201, Mittnacht S. 30 u. 42, Friesens Äußerung bei Lorenz S. 382, Treitschke, „Die Verträge mit den Südstaaten", 7. Dez. 1870 („Zehn Jahre deutscher Kämpfe" S. 352).

[1]) Bray an den König, 22. Nov., S. 194—196, Deutsche Revue 25, IV, S. 277 f., seine Privatbriefe vom 21. u. 25. Nov., ebend. S. 169 f. bezw. 129 f.

Digitized by Google

fürchteten entscheidenden Widerstände nicht hervor. Die militärischen Dinge machten auch hier zuletzt noch Umstände, und da scheint der Streit noch ernstlich um die Frage gegangen zu sein, ob Bayern seine Rangabzeichen am Kragen beibehalten dürfe oder nicht; in diesen Dingen war besonders Roon, wie er auch Baden gegenüber gezeigt hat, auffallend schwierig [1]). Dem grollenden norddeutschen Bundesrat kam Bayern durch das Zugeständnis der zwei weiteren Stimmen für seinen diplomatischen Ausschuß etwas entgegen; sonst hieß es dort nicht unrichtig, daß der Vertrag nur vom Grafen Bismarck mit dem bayrischen Bevollmächtigten verhandelt und abgeschlossen worden sei, „ganz vorherrschend unter dem Einfluß, Bayern à tout prix in den Bund zu bringen". Als Freydorf in Berlin zu Delbrück bemerkte, dieser Vertrag gehe in dem Zugeständnis der Ausnahmestellung doch weiter, als bisher von den Freunden der Einheit angenommen worden sei, da gestand Delbrück, daß auch ihm der Vertrag ebensowenig zusage, aber er motivierte ihn genau wie Bismarck vorher dem Großherzog gegenüber als Notwendigkeit [2]).

Auch Bismarck äußerte sich nach der Annahme durch den Reichstag, er gebe ja zu, „daß der bayrische Vertrag seine Lücken hat", aber das sei leicht gesagt, wenn man keine Verantwortung habe. „Wie war's denn, wenn ich mich weigerte und nichts zu stande kam? Es läßt sich gar nicht ausdenken, welche Verlegenheiten sonst die Folge gewesen wären." Und auch am 23. November kurz vor dem Abschluß sprach er von der schweren Verantwortung für ihn, „hier Verträge abzuschließen, die für die Zukunft von entscheidendster Bedeutung sind." Er müsse sich, ohne die Akten zur Hand zu haben, bei schlecht geregelter Verbindung mit der Heimat für oder gegen entscheiden; er setze sich der herbsten Kritik aus, wenn die Abmachungen übel anschlagen, und doch, wie er freilich etwas schwarzseherischer als sonst zu-

[1]) Mitteilung Buchers bei Moritz Busch I, 423.

[2]) Die betr. Äußerungen bei Lorenz S. 379 f., 382.

Digitized by Google

fügte: „läßt sich der Erfolg so wenig vorausberechnen, wie der letzte Abzug beim Pharao“ [1]).

Der schwierigste, aber dafür auch der entscheidende Vertrag war mit diesem Abschluß vom 23. November unter Dach gebracht. Mit ihm war nun ein Staat wirklich isoliert als einzig außenstehender: Württemberg. Für dessen Verhalten konnte, nachdem es durch den bayrischen Freund in seine unerfreuliche Lage gebracht und in ihr allein gelassen war, gar keine Frage mehr sein, auch wenn die Minister nicht fest bei ihrem Entschlusse geblieben wären.

Am 15. November trafen Mittnacht und Suckow in Stuttgart ein. Es wurden mehrere Beratungen des Gesamtministeriums gehalten, da die beiden entschlossen waren die Kabinettsfrage zu stellen; die übrigen Minister traten ihnen zur Seite. Am 19. November war, wie Suckow berichtet, ihr entscheidender Vortrag beim König „auf Annahme der Bundesverträge samt der Militärkonvention nach den Versailler Vereinbarungen. Der König genehmigte den Vertrag schweigend mit seiner Unterschrift.“

Damit war die Entscheidung gefallen; an demselben Abend schon sagte Bismarck dem badischen Großherzog, die Württemberger hätten ihren Beitritt erklärt und man verhandle nur noch über einige untergeordnete militärische Fragen, in denen aber Preußen nicht nachgeben würde. Zum Abschluß mit Delbrück wurden die beiden Minister nach Berlin gewiesen, wo sie am 22. November die letzten Verhandlungen begannen. Dort erhielten sie die Nachricht vom Abschluß mit Bayern. Sie waren erschrocken über das Übermaß an Zugeständnissen für diesen Staat und be-

[1]) Frankenberg, „Kriegstagebücher“, S. 257. Vgl. die Erzählung Wilmowskis („Feldbriefe“ S. 76 zum 8. Dez.), Bismarck habe sich ausgedrückt: „Vor allen Dingen erst 'rin ins Haus! (mit einer entsprechenden einladenden Handbewegung), alles andere findet sich; nachher wirkt die Gemeinsamkeit der Tatsachen von selbst.“

Digitized by Google

fürchteten deswegen bei den eigenen Kammern Schwierigkeiten, aber schließlich war es Württemberg selbst gewesen, welches das Seinige getan hatte, um diese Zugeständnisse an Bayern zu ermöglichen. Seinem Freunde Hölder schrieb Lasker geradezu: „Der kurze Abbruch der württembergischen Verhandlungen drängte Bismarck, mit Bayern auch um einen höheren Preis fertig zu werden."

Gleich nach dem Empfange der Nachricht, daß Bayern abgeschlossen und damit Württemberg allein gelassen habe, telegraphierten die Bevollmächtigten, daß ihnen jetzt nur das Unterzeichnen ohne Zögern bleibe: am 25. November, Abends 8 Uhr, konnten sie ihre Unterschrift unter den Vertrag setzen — wie Suckow hinzufügte: „als die letzten von allen". Wenige Tage nachher reiste er auf Mittnachts Wunsch heim, weil er beim König notwendig sei „gegen die Maulwurfsarbeit gewisser Reichsfeinde".

„Als die letzten von allen" — das war das einzige Ergebnis für Württemberg aus seinem Anschluß an Bayern mit dem Stuttgarter Telegramm vom 11. November. Sein Vertrag wurde nach der am 6. November getroffenen Verabredung abgeschlossen, mit dem einzigen über Sachsen und Baden hinausgehenden Sonderrecht der eigenen Postverwaltung. Nichts hatte es für sich mit jenem Telegramm erreicht, dies war eben gar nichts anderes gewesen, als der Sturmbock, der in den schon stehenden Einheitsbau die Bresche schlug, durch welche die bayrischen Reservatrechte in breiter Kolonne eindringen konnten; Württemberg hatte nur die moralischen Kriegskosten auf sich zu nehmen.

Als durch die königliche Vollmacht vom 19. November der Beitritt gesichert war, da schrieb mit rührendem Ausdruck seines Jubels der Schwabe Elben an den Preußen Lasker: „Ein glücklicher Deutscher schreibt Ihnen: Wir sind Deutsche, eingetreten in den vollen Bund unserer Brüder. Welches Glück, in solchen Tagen ein Deutscher zu sein, solch große Zeit zu erleben

Digitized by Google

im gleichen glückgekrönten Streben mit den Edelsten seines Volkes!“ [1]).

Am 8. Dezember erkannten in Berlin die verschiedenen abschließenden Staaten die Einzelverträge vom 15., 23. und 25. November gegenseitig an [2]). Tatsächlich war der Bund mit dem bayrischen Vertrag vom 23. November gesichert. Gewiß war er mit seiner Summe von Zugeständnissen nicht das, was man hätte wünschen können und was man zwei Wochen zuvor noch hatte erhoffen dürfen, aber der Staatsmann hat sich nach den Verhältnissen zu richten, die sich ohne sein Zutun wandeln von heute auf morgen. Die Hauptsache blieb, daß das Ziel erreicht war trotz aller Schwierigkeiten von allen Seiten.

In dem Tagebuch von Moritz Busch, der in seiner Stellung nur eine geringe Ahnung von alledem besaß, was Bismarck hatte durchkämpfen müssen, ist der Abend des 23. November nach dem Abschluß ergreifend geschildert [3]): „Der Chef war mit den drei bayrischen Bevollmächtigten im Salon. Nach einer Viertelstunde etwa öffnete er die Flügeltür, steckte den Kopf mit freundlichster Miene herein und kam dann, als er noch Gesellschaft sah, mit einem Becher zu uns an den Tisch, wo er Platz nahm. Nun wäre der bayrische Vertrag fertig und unterzeichnet, sagte er bewegt, die deutsche Einheit ist gemacht und der Kaiser auch. Er ließ Champagner bringen: Es ist ein Ereignis. Dann bemerkte er nach einigem Nachsinnen: Die Zeitungen werden nicht zufrieden sein, und

[1]) Zum württembergischen Abschluß vom 25. Nov. s. Suckows Aufzeichnungen, Deutsche Revue 22, I, 307; Poschinger, „Bismarck und der Bundesrat“ II, 339; Mittnacht gibt S. 26 f. nur kurz den äußeren Verlauf; Bismarck und der Großherzog von Baden am 19. Nov., Lorenz S. 367; Lasker an Hölder 15. Dez., Deutsche Revue 17, IV, 69; vgl. sonst die Briefe Hölders, Elbens und Laskers vom 18., 19., 20., 28. Nov. ebend. III, 173, 174, 175, 176 f., 284.

[2]) Dieser Abschluß ist von Bundeswegen nicht veröffentlicht worden und fehlt bei Binding a. a. O. S. 146; dagegen gibt ihn nach der Veröffentlichung im bayrischen Gesetzblatt Triepel S. 104 f.

[3]) Moritz Busch I, 427 f.

Digitized by Google

wer einmal in der gewöhnlichen Art Geschichte schreibt, kann unser Abkommen tadeln. Er kann sagen, der dumme Kerl hätte mehr fordern sollen; er hätte es erlangt, sie hätten gemußt; und er kann recht haben mit dem Müssen. Mir aber lag mehr daran, daß die Leute innerlich zufrieden waren — was sind Verträge, wenn man muß! — und ich weiß, daß sie vergnügt fortgegangen sind. Ich wollte sie nicht pressen, die Situation nicht ausnutzen. Der Vertrag hat seine Mängel, aber er ist so fester. Was fehlt, mag die Zukunft schaffen. Auch der König war mit der Sache nicht zufrieden, er meinte, ein solcher Vertrag sei nicht viel wert. Ich aber bin anderer Ansicht. Ich rechne ihn zu dem Wichtigsten, was wir in diesen Jahren erreicht haben."

VII.

Die Verfassungsverträge vor den deutschen Volksvertretungen.

Die Regierungen waren fertig mit ihrem Werk, jetzt war es bei den Volksvertretungen, bei dem Norddeutschen Reichstag und den süddeutschen Einzellandtagen, das letzte Wort zu sprechen. Wenn ja auch mit der Einigung der Regierungen die entscheidenden Schwierigkeiten überwunden waren, so sah man dem Gang der parlamentarischen Verhandlungen doch nicht ohne Sorge entgegen.

Das galt schon vom Norddeutschen Reichstage, natürlich nicht wegen des Einheitswerkes an sich, sondern wegen des Einbruches in die Einheit, den die bayrischen Sonderrechte bedeuteten. Bismarck war in großer Sorge deshalb, der er wiederholt Ausdruck gab: „Ich habe die größte Angst, wir balancieren auf der Spitze eines Blitzableiters; verlieren wir das Gleichgewicht, das ich mit Mühe herausgebracht habe, so liegen wir unten." Dem zum

Digitized by Google

Reichstag reisenden Grafen Frankenberg sagte er, die Liberalen verlangten durchaus einen Kaiser, er verspreche es ihnen, sie sollten ihn haben: „Halten Sie fest in Berlin! Wenn wir jetzt die Einigung nicht zu stande bringen, ist sie auf Jahre hinaus verloren," und zu dem Abgeordneten Bamberger äußerte er sich im Sinne der schon vor dem Großherzog von Baden vertretenen Erwägungen, daß es vor allem darauf ankomme, den Ring nach außen zu schließen, alle inneren Differenzen könnten später ausgeglichen werden. Bamberger hatte bereits vorher von sich selbst aus Lasker ermahnt, von Abänderungsanträgen abzusehen, der Reichstag habe an das Beispiel zu denken, das er den Einzellandtagen für die Behandlung der Sache gebe. Noch am 5. Dezember schrieb der Kronprinz dringend an den Reichstagspräsidenten Simson, er würde es als einen großen Fehler, für ein wahres Unglück ansehen, wenn der Reichstag seine Zustimmung versagen sollte [1]).

Delbrück leitete die Verhandlungen am 5. Dezember mit einer eingehenden, klaren, aber auch reichlich trockenen Darlegung des Verlaufes der Verhandlungen ein, bei der er die schwierigen Punkte mit großem Geschick zu umgehen wußte und die gegen die bayrischen Reservate zu erwartende Stimmung mit möglichster Unterstreichung der bayrischen Initiative beim Einheitswerk zu bannen suchte; ebenso klug war seine Besprechung des sachlichen Inhaltes der Verfassung. Wohl gab es Ausstellungen, aber im wesentlichen nur gegen das Übermaß der Zugeständnisse an Bayern; die Nationalliberalen erleichterten darüber ihr Herz, waren aber entschlossen, trotzdem für die Vorlage zu stimmen, während der Fortschritt zunächst die Berufung eines konstituierenden Gesamtreichstages für Deutschland verlangte. Am 9. De-

[1]) Moritz Busch I, 465, vgl. 477 f., 479 f., 526; Frankenberg S. 266 f.; Poschinger, „Bismarck und die Parlamentarier" II, 136 f.; Bamberger an Lasker, 28. Nov., Deutsche Revue 17, III, S. 297; Brief des Kronprinzen in „Ed. v. Simson, Erinn. aus seinem Leben", S. 370 f.

Digitized by Google

UNIV. OF CALIFORNIA

zember wurden in dritter Lesung die Verträge mit Baden, Hessen, und mit Württemberg fast einstimmig angenommen, der bayrische gegen eine etwas stärkere Minderheit von 32 Stimmen.

Über die Annahme in Baden und Hessen war kein Zweifel. Der badische Landtag versammelte sich am 13. Dezember, am 16. nahm die Zweite Kammer den Bundesvertrag einstimmig an, nur gegen die enge Militärkonvention stimmten zwei Demokraten, am 19. folgte die Erste Kammer gegen zwei verneinende Stimmen. Die hessische Zweite Kammer trat den Verträgen am 20. Dezember gegen vier Stimmen, die Erste Kammer am 29. Dezember einstimmig bei. Weniger glatt vollzogen sich die Dinge in Württemberg und ganz besonders in Bayern.

In Stuttgart war die alte Ständeversammlung am 22. Oktober aufgelöst worden, als die motivierten Abstimmungen der Großdeutschen und der Mitglieder der Volkspartei gezeigt hatten, daß die werdende Bundesverfassung in der damaligen Kammer der Abgeordneten die nötige Zweidrittelmehrheit nicht erhalten würde. Nach den bisherigen Kundgebungen war der Ausfall der Wahlen vorauszusehen. Wohl mußte die Volkspartei grundsätzlich die Berufung an das Volk anerkennen, aber der Beobachter verbarg nicht, daß sie ihr in diesem Fall so zuwider war, wie nur möglich: man schicke eine Kammer heim, in der die nationale Aufgabe Württembergs schon gründlich erörtert sei, die dabei im höchsten Sinn als Ausdruck des Volkes in deutschen Dingen gelten könne; die dem Volk vorliegenden Pläne genügten noch nicht und während des Krieges fehle die genügende Freiheit der Erörterung; bei der alten Kammermehrheit sei jedenfalls sicher, daß das bestehende Gute nicht aufgegeben werde, ehe etwas entschieden Besseres zu erhalten sei. „Warum pressiert es denn so?" war die ärgerliche Frage. Die Zukunft aber wurde in den Worten gemalt: „Mehr zahlen, länger in den Kasernen bleiben, nichts dreinzureden haben."

Digitized by Google

Es half nichts mehr. Am 5. Dezember geschahen die Neuwahlen, die einen durchschlagenden Erfolg des nationalen Gedankens bedeuteten, 32 Mitglieder traten neu in die Kammer ein, auf den 19. Dezember wurde die Ständeversammlung zusammenberufen. Kurz, aber inhaltreich war die Thronrede. Das erste Wort galt dem siegreichen Heere, durch die Waffengemeinschaft sei der Drang nach politischer Einheit mächtig angefacht. „Wird dieses Ziel, um welches Deutschland so lange gerungen, jetzt nicht erreicht, so fehlt den weltgeschichtlichen Ereignissen dieses Jahres die höchste Weihe."

An demselben Tage wurde in der ersten Sitzung die Kommission zur Prüfung der Verträge gewählt, und bei dem Antrag Hölders, daß diese schon bis zum 22. nur einen schriftlichen Bericht abstatten solle, statt des üblichen gedruckten, wurde die erste Kraftprobe gegen die auf Verschleppung arbeitende Opposition abgelegt. Als Moritz Mohl auf das Beispiel von Bayern hinwies, wo man gründlich prüfen und erst nach den Feiertagen darüber beraten wolle, meinte Römer, man sei lange genug „in allen Angelegenheiten, die man die deutsche Frage nennt, namentlich Bayern hinterdrein gehinkt" und wolle nun auch einmal vorangehen. Mit 67 gegen 17 Stimmen ging Hölders Antrag durch.

Am 22. Dezember führte Mittnacht, ähnlich wie es Delbrück getan, die Verträge mit einer geschichtlichen Darlegung ihrer Entstehung ein. Hierbei konnte es schon auffallen, daß der bisherige Anwalt des engen Zusammengehens mit Bayern eine deutliche Abweisung nach München richtete. Dort hatte sich Lutz am 14. Dezember gegen den Vorwurf verteidigen müssen, daß die bayrische Regierung in den Vorstadien mit keiner Kundgebung an die Öffentlichkeit getreten sei, und dabei gemeint, daß man in einem anderen Staate gesprochen habe, aber, wenn er nicht ganz schlecht unterrichtet sei, eingesehen habe, „daß man mindestens ebenso klug getan hätte, wenn man nicht gesprochen hätte". Mittnacht aber erklärte dem „Ausspruch vom bayrischen Minister-

tisch gegenüber", daß die Regierung ihre Kundgebung vom 9. Oktober nie bereut habe.

Die demokratischen Gegner forderten gleich den preußischen Fortschrittlern den konstituierenden Reichstag, und bei dem Verlangen nach einem weiteren Zusammengehen mit Bayern machte der Abgeordnete für Hall, Österlen, der Regierung den Vorwurf, daß sie den dafür bei den Münchener Verhandlungen beschrittenen Weg nicht weiter verfolgt habe. Der Rufer im Streite Moritz Mohl ließ sogar einige verklärende Lichter auf den entschlafenen Deutschen Bund fallen, unter dem Deutschland in einer Sicherheit vor dem Auslande gewesen sei, wie sonst nie: hätte dieser Bund 1870 noch bestanden, so wäre der jetzige schwere und blutige Krieg nicht gekommen! Nach ihm handelte es sich in diesen Verträgen nicht mehr um eine deutsche, sondern um eine preußische Einheit, um preußische Herrschaft allein. Auch Pfarrer Hopf warnte inständig vor diesem bedenklichen Preußen: wenn man in schöneren Zeiten vielfach gesagt habe, Preußen solle an die Spitze Deutschlands treten, so habe man in dieser jugendlichen Begeisterung vergessen, was von dieser Seite drohe. Preußen sei immer ein erobernder Staat gewesen; aus „der unheilvollen Saat" von 1866 sei der Krieg entstanden, der Württemberg „unwillkürlich" mit Preußen verbunden und dessen Eroberungssucht wieder geoffenbart habe. Und er sprach das Wort der Weisheit: „Man hätte sollen Frieden schließen, als der mutwillige Feind niedergeschmettert und gefangen war bei Sedan;" aber da habe sich die Republik in Frankreich erhoben, Preußen aber habe keine Republik schaffen und noch viel weniger mit ihr Frieden schließen wollen.

Die Zeit, wo solche Worte und solche Gründe noch vollen Widerhall fanden, war leider vergangen. Die Verträge wurden dem Kommissionsantrage entsprechend angenommen mit der überwältigenden Mehrheit von 74 gegen 14 Stimmen.

Am 29. Dezember war die gleiche Verhandlung in der Kammer

Digitized by Google

der Standesherren. Hier forderte Mittnachts Vorgänger im Justizministerium, Freiherr von Neurath, nächst der Ablehnung der Verträge, daß man ihnen nur unter der Bedingung zustimmen solle, daß sie auch für Bayern rechtsverbindlich würden. Dem begegnete Mittnacht mit einer Schärfe, die jeden wundernehmen muß, der nicht die Erfahrungen kennt, die gerade Mittnacht mit dem Festhalten an Bayern gemacht hatte: „Wenn nach dem Gange der Unterhandlung und nach dem Inhalt des bayrischen Vertrages Württemberg auch ferner seine Entschließungen binden wollte an die Beschlüsse der Majorität der bayrischen Abgeordnetenkammer, so fürchte ich, es möchte, um einen im Kommissionsbericht gebrauchten Ausdruck in ganz objektiver Weise zu wiederholen, Württemberg ein Gegenstand des öffentlichen Spottes werden." Es war das eine Absage — auch an sich selbst. Mit 26 gegen 3 Stimmen nahmen die Standesherren die Verträge an.

Der Schwäbische Merkur schrieb schon am 27. Dezember zu dem Beschluß der Abgeordnetenkammer, daß die Wirksamkeit ihrer Zustimmung unabhängig von dem Zustandekommen der Verträge mit Bayern sein sollte: „Es ist keine der kleinsten Errungenschaften des Jahres 1870, daß die württembergische Kammer in diesen Tagen unsere Selbständigkeit bewahrt und kurzerhand den Eintritt ins Deutsche Reich beschlossen hat. Württemberg ist von dem Bann erlöst, in deutschen Angelegenheiten, wie es in den letzten Jahrzehnten vielfach getan, ganz zuletzt, ganz am Schlusse der deutschen Staaten und Stämme einherzuwandeln" [1]).

---

[1]) Verhandl. der Württ. Kammer der Abgeordneten von 1870—72, I. Protokollband, S. 1—73, insbes. S. 2, 12, 22, 40, 48—50, 66, 71, I. Beilagenband S. 1—48. — Verhandl. der Württ. Kammer der Standesherren 1870—72, I. Protokollband S. 11—38, insbes. S. 26, 32, 35; vgl. Staatsanzeiger vom 20., 24., 25. u. 31. Dez, S. 3705 f., 3710, 3767—71, 3785—87, 3833—38. In der Nummer vom 21. Dez., S. 3724 f., wird das Verhältnis bei der Abstimmung im ganzen Lande dargelegt: für die Verträge rund 150 000, gegen sie rund 60 000 Stimmen. In der Kammer wurde die Zahl der Zustimmenden durch die Privilegierten verstärkt. —

Digitized by Google

— Man hatte auf Bayern hingewiesen von beiden Seiten, denn dort hatten die Verhandlungen schon begonnen, und man wußte, daß das alte Jahr keinen Abschluß bringen würde. Höchst bedenklich war es schon, daß die Regierung nicht wie in Württemberg Neuwahlen anordnete, denn es stand ebenfalls außer Zweifel, daß die unter ganz anderen Verhältnissen gewählte Kammer die damalige Anschauung der Bevölkerung nicht mehr darstellte. Wenn man sie trotzdem zusammenließ, so ist nur der Rückschluß möglich, daß sie in dieser Zusammensetzung dem Grafen Bray lieber war als mit einer sicher nationalen und wohl auch liberalen Mehrheit. Auch beim König war augenscheinlich die Stimmung nach der bayrisch-dynastischen Seite umgeschlagen, war er doch auch von seinem Ministerpräsidenten in dessen Berichten eigentlich nur immer darauf hingewiesen worden, daß Bayern auf seine gerechten Forderungen fast nur Niederlagen erlitten habe, um endlich in dem Vertrage das nach Hause zu nehmen, was man nach der Lage der Dinge noch hatte retten können. Alles das war nur Nahrung für eine wachsende Verstimmung Ludwigs, die sich deutlich bei den Forderungen nach Landvergrößerung und der Verstimmung über die Ablehnung zeigte.

Und nun kam die Kammer mit ihrer „patriotischen" Mehrheit. Am 13. Dezember wurden die Sitzungen vom Präsidenten Weis eröffnet[1]), am Tage darauf legte das Ministerium die Verträge vor,

Vgl. Schwäb. Merkur vom 27. Dez., S. 1707, und die Rede Lutz' am 14. Dez., Verhandl. der Kammer der Abg. des bayr. Landtags 1870—71, Bd. IV, S. 27. — Siehe vorher im Beobachter die Artikelreihe „Den Wählern zur Erwägung" am 9.—13. Nov., vgl. 20 u. 29. Nov.

[1]) Über die folgenden Verhandlungen der Reichsräte am 30. Dez. f. Verhandlungen der Kammer der Reichsräte des Königreichs Bayern vom Jahre 1870/71, Bd. II, S. 37—92, über die Verhandlungen der Abgeordneten vom 13. und 14. Dez. 1870 f. Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des Bayrischen Landtags 1870/71, Bd. IV, S. 1—28, darin Brays u. Lutz' Reden am 14. Dez. S. 20—27. Über den 11. bis 21. Jan. 1871 füllt der stenographische Bericht 268 Quartseiten, ebend.

Digitized by Google

und Bray überließ die eigentliche Vertretung dem Justizminister, seinem Versailler Begleiter Lutz; er selbst begnügte sich mit einer Einführung, die kühl bis ans Herz hinan war, in der er im Eingang nachdrücklich hervorhob, daß die enthusiastische Stimmung nach den Siegen nicht die Grundlage sei, auf welcher diese Verträge beruhten, dann die gebrachten Opfer an Zugeständnissen betonte, die ihm, wie er offen gestand, schwer geworden seien. Wohl sprach er von Vorteilen neben den Nachteilen, aber die letzteren unterstrich er sehr, während er nur kurz auf die errungene mächtige Gemeinschaft hinwies, in der Bayern eine bevorzugte Stellung erhalten sollte. Glücklicherweise waren es dann aber andere Worte, mit denen Lutz seine Ausführungen eröffnete. Hier klang der Stolz über das Errungene hindurch: mit dem Gedanken, „daß wir alle diese Herrlichkeit und Ehre der Einigkeit des deutschen Volkes verdanken, entfaltete sich die Überzeugung, daß diese Einheit nie mehr auseinanderfallen dürfe, mächtiger noch entfaltete sich die deutsche Idee." Gewiß hob auch er stark Bayerns Anteil an der Einheitsbewegung hervor, um dann schlagend die staatsmännischen Gründe für die unbedingte Notwendigkeit des Anschlusses darzulegen: im bisherigen Allianz-

S. 107—375; für die Reden der Gegner der Verträge, Jörg, Ruland, Wiesnet, Pfahler, Mahr s. insbes. S. 109, 128, 308 f., 329 f., 351, 356 bis 361; Brays Reden S. 176 f., 309 f.; Pranckhs und Lutz' Reden in der Schlußsitzung, S. 353—56, 361—73. Die eingelaufenen Kundgebungen für den Anschluß sind registriert ebend. S. 293 f., 317 f., 345 f., 376 f., 383 f. Über die Verhandlungen und die Referate des Fünfzehner-Ausschusses s. ebend. Beilagen, Bd. IV, S. 79—106, vgl. sonst ebend. Amtliche Protokolle, Bd. II, S. 2. — Auszüge bei Hahn II, 283—86, Augsb. Allg. Zeitung vom 29.—31. Dez., S. 5783, 5805, 5817 f.; Schwäb. Merkur vom 31. Dez., S. 1731. — Der Brief Ludwigs II. an Lutz vom 19. Dez. und der an den Münchener Erzbischof bei Hirth und Gosen, „Tagebuch des Krieges" III, 4065 u. 4886, vgl. sonst S. 3938, 3959—61, 4051, 4281, 4299, 4363, 4416, 4667, 4998 f., 5030 f. — Über die in den sämtlichen deutschen Volksvertretungen geführten Verhandlungen ist noch zu verweisen auf E. Bezold, „Materialien der deutschen Reichsverfassung", III, Berlin 1873.

Digitized by Google

verhältnis habe man einfach die anderwärts gemachte Politik annehmen müssen, in Zukunft könne man dafür die gewichtige Stimme Bayerns fortwährend verwerten. Er wies auf das Beispiel von den Sibyllinischen Büchern, er erinnerte, daß Preußens Vorschläge von 1866 den einzelnen Staaten ein viel freieres Feld gelassen hätten, man habe sie abgewiesen, weil sie vom alten Deutschen Bund zu weit abführten. Aber auch die jetzigen engeren Bedingungen würden zum zweiten Male von keinem Reichstage, von keiner Bundesregierung bewilligt werden. Er selbst hätte zu den Großdeutschen gehört, aber mit der Politik der Großdeutschen habe das Jahr 1866 aufgeräumt, es nütze nichts, der großdeutschen Idee trauernd nachzuhängen, „Regierungen und Völker müssen von der Bahre eines verlorenen Ideals weg den Blick zum Leben kehren." Er ging kurz auf die Entstehung, ausführlicher auf den Inhalt der Verträge ein, brach auch für den auswärtigen Ausschuß eine Lanze und schloß mit dem festen Wort, daß bei den Abgeordneten die Entscheidung stehe, aber es bleibe ihnen keine Wahl: „Sie müssen die Verträge annehmen."

Damit hatte Lutz die Verhandlungen auf die Höhe gehoben, welche der Bedeutung des Gegenstandes entsprach, und er hatte auch die Grundstimmung wiedergegeben, wie sie in den anderen Volksvertretungen zum Ausdruck gekommen war und wie sie in der damaligen Mehrheit des bayrischen Volkes vorherrschte. Ebenso war es ihm gelungen, die verwandten Empfindungen bei König Ludwig zu wecken, die nur zeitweise im Schlummer gelegen, und der königliche Dank sprach dem Minister die Befriedigung und die „volle Anerkennung" für seine Rede aus.

Ganz anders aber die Abgeordnetenkammer. Die Verträge sollten bis zum 1. Januar in Kraft treten, und überall war denn auch die Entscheidung beschleunigt worden. Jetzt wurde ein Veto eingelegt. Der erste Schritt war am 15. und 16. Dezember die Wahl eines Ausschusses von fünfzehn Mitgliedern für die Beratung der Verträge, der aus zwölf Gegnern, elf ultra-

Digitized by Google

montanen „Patrioten" und einem Demokraten, und nur drei Anhängern der neuen Einheit bestand. Dann verhandelte die Kammer wie sonst ihre Vorlagen und machte Weihnachtsferien. Deutschland daheim und Deutschland im Felde konnten warten.

Die Süddeutsche Post aber schrieb: „Das einzige Bayern steht noch da, die Waffen in der Hand, und mit Spannung blickt Deutschland, ja Europa auf das bayrische Volk, ob es wie die übrigen deutschen Stämme die Waffen strecken und sich wehrlos dem neuen Cäsar zu Füßen werfen wird. Noch besteht Hoffnung, daß das bayrische Volk nicht feige sich ergibt. . . . Die Schmach kann es sich nicht antun lassen, daß es sich lediglich zum Maulhalten, zum Steuerzahlen und zum Soldatwerden verdammen läßt, nachdem es mit seinem Gut und Blut sich ein Anrecht auf die entscheidende Stimme bei der Bestimmung seiner Geschicke erworben hat." Das stimmte zu Sigls Bayrischem Vaterland, welches das Jahr 1870 „ein von Gott zur Strafe gesandtes Jahr" nannte; sie könnten nicht darüber jubeln, daß die dem Manne von Sedan vom Haupt geworfene Krone Cäsars einem andern „aufs teure Haupt" gesetzt werden sollte. „Preuß ist Preuß, ob er König oder Kaiser tituliert wird."

Die Kammer der Reichsräte band sich allerdings nicht an Mahnungen wie diese oder an das Beispiel der Kammer der Abgeordneten. Sie beeilte sich, bis zum 1. Januar fertig zu werden. Freilich ging auch durch die Reden der Reichsräte ein etwas elegischer Zug. Der Referent von Neumayr, der die unbedingte Annahme empfahl, beklagte die vielen abzutretenden Rechte, die man aber nicht an die Gesamtheit, sondern an die Präsidialmacht, die Krone Preußen, abtrete. Der Ausschuß würde unter weniger zwingenden Verhältnissen raten, den Beitritt zu versagen, bis die Bedenken gehoben seien, aber in den Verhältnissen liege der Zwang; Bayern könne nicht isoliert bleiben, diese Lage würde vollends unhaltbar, sobald es sich um die Erneuerung der Zollvereinsverträge handeln werde; aber trotz alledem solle man nicht verdrossen,

Digitized by Google

sondern als treuer, rückhaltloser, verläßlicher Genosse eintreten. Die Wendung gegen die Präsidialmacht Preußen nahm Prinz Ludwig als zweiter Redner auf: Preußen habe den Fürstentag von 1863 durch seinen Widerspruch scheitern lassen, weil es „sich nicht entschließen konnte, Deutschland irgend ein Opfer, auch ein noch so kleines, zu bringen, dasselbe Preußen, das uns jetzt so furchtbare Opfer zumutet". 1866 habe Deutschlands Zerreißung gebracht; obgleich der letzte Krieg nur an Preußen erklärt worden sei, sei Bayern sofort für die deutsche Sache eingetreten und damit der ganze Süden gewonnen worden. Man durfte auf Belohnung hoffen und habe nun statt dessen diese Verträge. Durch sie stelle Deutschland keinen eigentlichen Bundesstaat, sondern eine Hegemonie dar, aber er werde doch, wenn auch nicht mit leichtem Herzen, für die Verträge stimmen. Unter anderen Wünschen sprach er den aus, daß das Ministerium mit allen Kräften für eine bedeutende Gebietserweiterung Bayerns wirken möge, da dies auch im deutschen Interesse liege; denn wenn Bayern mehr Gebiet am Rhein zu verteidigen habe, werde es weniger versucht sein, „das preußische Beispiel von 1866 nachzuahmen und im Bunde mit dem Ausland Verhältnisse zu lösen, die manchem unerträglich scheinen werden, eine Versuchung, der Bayern jedoch hoffentlich niemals unterliegen wird".

Es waren eigentlich alles Ausführungen zwar für die Annahme der Verträge, aber doch gegen die Verträge selbst, so daß die erstaunte Frage des einzigen Redners auch gegen die Annahme, des Freiherrn zu Franckenstein, nicht so unbegründet klang, wenn alle andern die Opfer so exorbitant fänden, warum sie dann zur Annahme drängten. Einen höheren staatsmännischen und nationalen Gesichtspunkt brachte Brays Vorgänger, der Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst, zur Geltung: das Deutsche Reich sei geworden, weil das Nationalgefühl in diesem Kriege eine Macht geworden sei, der sich auch die Vorliebe für altgewohnte Verhältnisse beugen müsse; die Verträge seien das natürliche Ergebnis

Digitized by Google

einer historischen Entwicklung. Von den Ministern antwortete zuerst Lutz, zum Teil sehr glücklich, kürzer Graf Bray, dem besonders die Antwort auf die hineingeworfene Territorialfrage etwas schwer war: sie hänge von dem Verlaufe der leider noch nicht abgeschlossenen kriegerischen Ereignisse ab.

Gewiß traten auch die Reichsräte in ihrer Mehrheit nicht mit freiem und gehobenem Entschluß bei, die bayrischen Opfer dünkten ihnen größer als der nationale Gewinn, aber sie leitete eine klare staatsmännische Einsicht in das Notwendige. Am 30. Dezember wurden die Verträge mit 37 gegen 3 Stimmen gutgeheißen, alle Prinzen und Bischöfe stimmten dafür. Der König sprach in erneuter deutlicher Kundgebung seiner Anschauungen dem Präsidenten, Freiherrn von Stauffenberg, seinen Dank für diese Mitteilung aus, und ebenso später dem Erzbischof Scherr von München-Freising für sein patriotisches Verhalten in der Kammer.

Von Ludwigs Seite war es doch vielleicht mehr, als nur ein Neuerwachen des eigenen Souveränitätsgefühls, als er Anfang Januar forderte, den Fahneneid der bayrischen Truppen für den Bundesfeldherrn wieder aus der Verfassung zu streichen. Vielleicht leitete ihn auch der Gedanke, der widerstrebenden Kammer der Abgeordneten dadurch und durch ein neu durchgesetztes Entgegenkommen überhaupt das Ganze annehmbarer zu machen.

Der Ausschuß der Abgeordneten wählte den Landshuter Archivar Jörg zu seinem Berichterstatter, trat aber erst am 28. Dezember in die eigentliche Beratung ein, die dann am 4. Januar beendet war. Mit zwölf gegen drei Stimmen war schon am 29. Dezember der Antrag des Referenten angenommen, dem Bündnis die Zustimmung zu versagen und den König um neue Verhandlungen mit dem Norddeutschen Bunde zu bitten, damit durch Ausbildung der bestehenden Allianzverträge und Ausdehnung der im Zollvereinsvertrag gegebenen Verbindung „ein weiterer Bund mit dem engeren des künftigen Deutschen Reiches abgeschlossen werde".

Digitized by Google

Die Annahme geschah, obwohl die Minister ausdrücklich erklärt hatten, daß sie in solche Verhandlungen nicht eintreten würden, und obwohl der Blindeste voraussehen konnte, wie von den anderen deutschen Regierungen die Zumutung solcher Verhandlungen jetzt aufgenommen werden würde.

Dadurch erscheint dieser ganze Vorstoß wie eine Komödie, die nur berechnet war, den Nationalen drinnen und draußen die Zähne zu zeigen und sie, was denn auch erreicht wurde, gründlich zu ärgern. Daß Bayern nicht allein stehen konnte, war ebenso klar wie die deshalb unabwendbare Kammerauflösung bei der Annahme des Antrags. Die Patriotenpartei war schon gespalten, und in ihr selbst war eine starke Bewegung für den Anschluß, obgleich sie naturgemäß den alten Haß gegen die protestantische norddeutsche Großmacht nicht überwinden konnte. Dieser Gesinnung konnte man wenigstens durch die ganze Behandlung der Frage Ausdruck geben, und so erreichte man denn auch durch die gehäuften Hindernisse die möglichst lange Verschleppung der widerwärtigen Einheit und erneute Erbitterung an allen Orten. Eine Münchener Korrespondenz des Schwäbischen Merkurs nannte das Ganze ein Satyrspiel, das für eine komische Behandlung geeignet wäre, wenn nicht die Lage, in welche die Bayern dadurch versetzt würden, eine so peinliche und beschämende sei. Die Gemächer für sie im neuen Reich seien fertig, „wir aber müssen durch die verstockte Bosheit einiger weniger vor der Tür noch warten und zusehen".

Nachdrückliche Warnungen erscholen auch im eigenen Lande: Lutz' Bild von den Sibyllinischen Büchern wurde erneut angewendet, nie würde der Norddeutsche Bund die Hand, die einmal zurückgestoßen sei, wieder darreichen, später müsse man den Eintritt in das Deutsche Reich nachsuchen und könne ihn dann nur unter wesentlich ungünstigeren Bedingungen erhalten. Aber es kamen neue Weiterungen zu den alten; im Finanzausschuß wurde sogar die Forderung gehört, die weiteren Mittel für den

Digitized by Google

Krieg nur bis Ende Januar oder höchstens Mitte Februar zu bewilligen, um damit dem Verlangen nach Frieden praktischen Ausdruck zu geben.

Am 11. Januar 1871 begannen endlich die Beratungen über die Verträge in der Kammer selbst, die sich in endloser Breite durch volle elf Tage hinzogen. Der Referent Jörg meinte, niemand in ihrer Partei habe vom Kriege die Folge voraussehen können, „die Selbständigkeit unseres Landes wegzuwischen, es mit Einwilligung der Staatsregierung der Mediatisierung preiszugeben". Nichts anderes nannte der phrasen- und zitatenreiche Würzburger Bibliothekar Ruland die Norddbundverfassung, als „das Band, das die unterjochten Stämme an die Krone Preußens binden und fesseln sollte". Noch stärker als bei der demokratischen Opposition in Württemberg trat hier dieser Haß gegen den führenden Staat mit der Angst vor den drohenden Militärlasten in den Vordergrund. So sah der Advokat Wiesnet aus Passau nach einer Umschau unter den europäischen Mächten nur in Preußen den Feind, der die bayrische Selbständigkeit bedrohen könnte; man könne es allerdings so weit bringen, „daß die treusten Untertanen des Königs genötigt sein werden, das Land ihrer Geburt, ihr Vaterland zu verlassen".

Das Höchste aber, gegen das die Ergüsse eines Mohl oder Hopf in Stuttgart völlig verklangen, leisteten die beiden Pfarrer Pfahler und Mahr. Preußen, so rief der die Geschichte, aber in eigenster Umarbeitung heraufbeschwörende Pfahler, habe 1815 die Wiedererstehung des Deutschen Reiches gehindert, 1870 „einen Krieg eingefädelt, der an Barbarei alles übertrifft, was dagewesen ist"; es widerstrebe seinem Gefühl, daß der Strahlenglanz der Wittelsbachischen Krone geschwärzt werden sollte, „denn diese Krone strahlte schon längst in ganz Deutschland, ehe das bekannte Bankgeschäft den hohenzollernschen Thron in die Welt einführte". Und ihm akkompagnierte Herr Mahr damit, daß das christliche Volk diese als „heilige" oder „ewige" oder „im Namen Gottes"

Digitized by Google

abgeschlossenen Verträge nicht das Papier wert halte, auf dem sie geschrieben seien, „zumal wenn einer der Kontrahenten ein Graf Bismarck ist". Gegen die zum Eintritt in den Bund Auffordernden schloß er mit dem deutlichen Wort: „Weich von mir, Satan!"

Nur in kurzen Ausführungen griff Graf Bray in die Debatte ein, am 13. Januar einmal in wärmerer Tonfärbung als sonst, dann am 19., um auf die Absicht der Verständigung zwischen dem neuen Deutschland und Österreich hinzuweisen. Er machte dabei das bemerkenswerte Geständnis, daß er ohne diese Aussicht seine Hand nicht für die Bundesverträge geboten hätte, daß aber diese Allianz mit Österreich die einzige jetzt noch mögliche Verwirklichung der großdeutschen Idee sei. Auch der Minister Schlör trat nachdrücklich für die Verträge ein.

Während dieser Verhandlungen ging an die widerstrebende Kammer eine steigende Flut von Kundgebungen aus dem Lande für den Anschluß, welche trotz der grollenden Äußerungen gegen sie doch wohl zusammen mit den veröffentlichten Erklärungen des Königs auf manchen nicht ohne Einfluß blieben. Mit besonderem Nachdruck traten in dem großen Schlußkampf am 21. Januar die Minister Pranckh und Lutz hervor. Nachdem der Nürnberger Abgeordnete Frankenburger es schon früher scharf betont hatte, daß die Ablehnung der Verträge nichts anderes sein werde, als die Ablehnung der Einheit überhaupt, so wies Pranckh auf ihre Entstehung und auf Bismarcks Wort hin, daß man kein verstimmtes, sondern ein freiwilliges Bayern haben wolle. Später müsse man ohne die Möglichkeit von Sonderrechten in den Bund eintreten, so wie er inzwischen ausgestaltet worden sei. Noch einmal versuchte Jörg die eigene Sache zu verteidigen: jetzt solle man „unterkriechen", und wenn wirklich „die freie berechtigte Selbständigkeit und Staatsexistenz Bayerns innerhalb der deutschen Nation untergehen" solle, dann werde das Volk allzubald und allzureichlich Gelegenheit haben, der Männer in Ehren zu gedenken, die sich bis zuletzt dagegen gesträubt hätten, diesem Volk

Digitized by Google

neue Lasten und neue Leiden aufzuladen. „Berufen Sie sich an das Volk, es möge andere Hände schicken; die unsrigen beben zurück, sie werden das Grab nicht graben, wie man es von uns verlangt."

Gegen ihn erhob sich zum Schluß der Minister Lutz; er faßte das ganze im Lauf des Kampfes vorgebrachte Material noch einmal zusammen, er sprach noch einmal alle Punkte durch, und trotz der Ermüdung nach dem tagelangen Kampf und der mehrstündigen Sitzung des Entscheidungstages ging doch wiederholt bei seinen Worten eine lebhafte Bewegung durch den Saal. Sehr glücklich hob er ganz in Bismarcks Auffassung die Bedeutung hervor, welche die Einheit auch für den gegenwärtigen Krieg habe, und er schloß mit dem Appell, daß die Gegner einen Trost in dem Bewußtsein finden könnten, das Rechte gewollt zu haben. „Aber die Freudigkeit der Überzeugung wird nachlassen mit dem Wachsen des Beweises, daß diese Überzeugung doch nicht die richtige gewesen ist. Wahrlich ungeheuer ist die Verantwortung, die den einen trifft, durch dessen Stimme etwa die Verträge verworfen werden! Bei dem wahrhaftigen Gotte, ich möchte dieser einzige nicht sein! Und wer ist der eine? Jeder von Ihnen, der nein sagt."

Mit kurzen Worten sprach Graf Bray noch sein Einverständnis mit Pranckh und Lutz aus, dann kam die Abstimmung. Die Kammer zählte 154 Abgeordnete, ein Mitglied der Patriotenpartei war am Tage zuvor ausgetreten, drei waren krank. Bei den verbleibenden 150 Mitgliedern bildeten 100 die erforderliche Zweidrittelmehrheit: mit nur zwei Stimmen darüber, mit 102 gegen 48 Stimmen wurden die Verträge angenommen.

So war man nur ganz knapp dem Unheil entgangen, aber man war am Ziel; und wenn dieser Ausgang auch gewiß kein erhebender war, so konnte doch an ihm kein Gegner mehr etwas ändern. Als König Ludwig am Tage darauf im Theater erschien, umbrauste ihn begeisterter Jubel, wie ein halbes Jahr zuvor nach

Digitized by Google

dem Entschluß zur Mobilmachung. Am 29. Januar erfolgte in Berlin der Austausch der Ratifikationen, am 1. Februar trat Bayern dem Deutschen Reiche bei.

VIII.

Die Kaiserfrage bis zum Abschluss der Verträge in Versailles.

Es war nicht nur ein deutscher Bund, dem Bayern beitrat, sondern das Deutsche Reich. Die süddeutschen Kammern, welche über die Versailler Verträge beschlossen, hatten zugleich zuzustimmen, daß der neue Bund das Deutsche Reich und sein Haupt der Deutsche Kaiser heißen sollten. Hie und da waren ja die Verhandlungen um die Verfassungsverträge berührt worden von dieser anderen Frage wegen des Namens für die neue Schöpfung und für ihr Haupt, und besonders eng gerade beim Anfang und Ausgang der Verhandlungen mit den bayrischen Bevollmächtigten. Sonst hat die Kaiserfrage ihr ganz eigenes Leben neben den übrigen Verhandlungen geführt, auch über sie sind Zweifel mannigfacher Art durchgefochten worden, ja, nachdem der Einheitsbau in den Versailler Verträgen vollendet war, entbrannten die erbittertsten Kämpfe im Großen Hauptquartiere über diese letzte Krönung des Baues.

Wir können sagen, daß ebenso, wie sofort mit dem Kriege die Forderung nach der bleibenden Einheit hervortrat, so auch der Gedanke, die Namen herzustellen, mit denen nun einmal alle Erinnerung an frühere vaterländische Größe im Volksbewußtsein verbunden war: Kaiser und Reich.

Aber zunächst waren es vereinzelte Stimmen, die dieses Wort mit voller Entschiedenheit aussprachen, in den führenden Zeitungen des Südens trat es ganz zurück hinter der ersten Grundforderung

Digitized by Google

nach der Einheit überhaupt. Allerdings, die badische Denkschrift vom 31. August hob mit ihrer ersten Anregung zum Eintritt der Südstaaten in den Norddbund die Notwendigkeit hervor, auch die Kaiserwürde herzustellen, denn sie werde die Einigung Deutschlands bei den Massen und jedenfalls auch in höheren Kreisen erleichtern [1]).

Diesen Gedanken hatte übrigens schon bei den Vorarbeiten zum Norddeutschen Bunde der Herzog Georg von Meiningen zu den beiden anderen Ernestinern von Koburg und von Weimar im Dezember 1866 geäußert: mit dem „Deutschen Kaiser" würde Süddeutschland angezogen und sie selbst würden nicht wie Vasallen unter dem König von Preußen stehen; „der allgemein nebelhafte Ausdruck Präsidium würde in den körperhaften Kaiser verwandelt". Genau so meinte damals der Großherzog von Oldenburg, daß sich einem deutschen Kaiser auch ein König von Bayern würde unterordnen können, und für den Bund schlug er „die Firma Deutsches Reich" vor [2]).

Damals konnten diese Hoffnungen deutscher Fürsten noch nicht verwirklicht werden. Aber auch in der sonst schon sehr zurückhaltenden Antwort Bismarcks vom 12. September 1870 auf die badische Denkschrift wurde diese Anregung mit Stillschweigen übergangen. Bismarck war in dieser Frage eher noch vorsichtiger, als in der der Einheit, auch vor dem Kronprinzen von Sachsen berührte er sie noch nicht. Wenn, wie wir wissen, der bayrische Gesandte von Perglas am 6. August versichern zu können glaubte, Bismarck habe „mit Entrüstung" gehört, daß die Presse den Kaisertitel fordere, so erfahren wir wenigstens daraus, daß Bismarck über diese Frage gesprochen hatte. Als gerade um die Zeit seiner Beantwortung der badischen Denkschrift Delbrück nach

[1]) Jolly S. 176, Lorenz S. 331.

[2]) Georg von Meiningen an Ernst von Koburg 21. Dez. 1866, an Karl Alex. von Weimar 22. Dez., Lorenz S. 575 f.; Denkschrift Peters von Oldenburg ebend. S. 576—79.

Digitized by Google

seiner Dresdener Mission bei ihm im Hauptquartier zu Reims weilte, da erscheint in ihren Besprechungen die Verbindung der Einheit mit dem Kaisertum als ganz selbstverständlich, als das in ihren Gedanken längst zusammengehörende; auch vom militärischen Hauptquartier erzählt Delbrück, daß hier die Herstellung der deutschen Einheit mit der kaiserlichen Spitze als eine leichte Aufgabe angesehen wurde. Von seiner damaligen für den König entworfenen Denkschrift sagte er dann: „Der Schluß gab dem alle Geister erfüllenden Gedanken zum ersten Male einen offiziellen Ausdruck, ich begründete die unabweisbare Notwendigkeit für den König, sich zur Annahme der Kaiserwürde zu entschließen." Bismarck habe es gepaßt, daß die Kaiserfrage damit „äußerlich" von Delbrück angeregt worden sei; der König allerdings lehnte eine Antwort ab, da die Angelegenheit reiflich erwogen werden müsse, worauf ihm Delbrück „die Gründe für die Bejahung lebhaft entwickelte und gnädig entlassen wurde" [1]).

Zeigte König Wilhelm bei der ersten Berührung der Kaiserwürde eine Zurückhaltung, die jedenfalls den eigenen treibenden Impuls bei ihm ausschloß, so stand ihr sein Sohn, der Träger der Zukunft, ganz anders gegenüber. Er erschien vielmehr in jener Zeit, in der Bismarck seine vorsichtige Zurückhaltung sogar dem König gegenüber beobachtete, als der eigentliche Anwalt des Kaisergedankens. Sein für solche Dinge empfängliches Gemüt wurde schnell beherrscht von dem Empfinden für die innere Würde und den äußeren Glanz, welcher mit der dem preußischen Kronträger zugedachten erhabenen Würde verbunden war.

Ihn beseelte ein ganz anderer äußerer Ehrgeiz als den schlicht bescheidenen, gerade dem Äußerlichen abholden Vater. Noch vor dem Krieg von 1866, am 2. Juni, war er, wie wir durch Blumenthals Tagebuch erfahren, über Österreichs Vorgehen in

[1]) Delbrück, „Erinnerungen", S. 413—15; Perglas' Bericht bei Bray S. 148, Deutsche Revue 25, III, S. 252.

Digitized by Google

Holstein so aufgebracht, daß er zum General sagte: „Jetzt müssen wir den letzten Trumpf ausspielen und uns zum Kaiser von Deutschland machen“[1]). Nach dem Siege von Königgrätz im Juli brachte er Bismarck gegenüber den anderen Plan, nicht eines Kaisers, sondern eines Königs von Deutschland vor, zeigte sich aber im Jahre darauf wieder dem Kaisertitel gewonnen. Auch er führte als Argument an, daß die Präsidialwürde dem Volke kein greifbares Bild gäbe, während in der Kaiserwürde die Einheit verkörpert erschiene und zugleich mit ihren alten Erinnerungen die Herzen entflammen würde. Bismarck war damals der Meinung, daß ein norddeutsches Kaisertum im Norden keine Begeisterung erweckt und im Süden die Vollendung des nationalen Werkes erschwert hätte.

Der König wollte damals gar nichts davon wissen, während seinen Sohn dieser Zukunftsgedanke für die äußere Größe seines Hauses fortdauernd beschäftigte. Als bei der Weltausstellung in Paris 1867 bei der Regelung der Rangverhältnisse zwischen dem russischen Kaiser und König Wilhelm dieser dem zweifelnden Napoleon sagte, daß dem Kaiser immer der Vorrang gebühre, da war der Stolz des Kronprinzen tief verletzt. „Das soll kein Hohenzoller sagen und das darf für keinen Hohenzollern gelten,“ schloß er erregt den Bericht über den Vorgang vor seinem Vertrauten Gustav Freytag. Er empfand die Erwerbung der Kaiserwürde als das sichtbare Emporsteigen, als errungenen Sieg über die unter seiner eigenen Höhe zurückgehaltenen anderen Fürsten. „Aus dem fürstlichen Stolz,“ so sagte Freytag, „erwuchs in der Seele des Kronprinzen die Idee des deutschen Kaisertums.“ Und da stand für sein Herrengefühl unmittelbar daneben der Gedanke, daß der emporsteigende Sieger unbedingt dazu da sei, die anderen unter seinen Willen zu zwingen, wenn sie widerstrebten, und ebenso die Forderung nach dem straffer zentralisierten und damit auch straffer beherrschten Einheitsstaat. So sahen wir ihn auch

[1]) Blumenthals Tagebücher S. 17.

Digitized by Google

in der deutschen Verfassungsfrage diese Pfade eines immer rücksichtslosen politischen Radikalismus wandeln. Als er 1866 den „König von Deutschland" forderte und Bismarck auf die anderen Könige in Deutschland hinwies, da wollte er sie zu Herzogen degradieren; sie werden das nicht wollen, meinte Bismarck; „sie werden müssen," rief der Prinz.

Bei ihm, der diesen Gedanken dauernd in sich trug, mußte der Ausbruch des französischen Krieges mit mächtigem Antrieb wirken. Den „Deutschen König" hatte er überwunden. Er wird ihm von seinen gelehrten Freunden eingegeben worden sein; aus solchen Kreisen erhob sich auch 1870 Widerspruch gegen eine Erneuerung der kaiserlichen Würde. Wohl waren es gewichtige Stimmen, die von ihr abmahnten, entweder in der Erinnerung an das universale und theokratische Kaisertum des Mittelalters oder an das neue napoleonische, das zweimal von Frankreich aus sich erobernd erhoben hatte und nun zum zweiten Male niedergeworfen wurde. Viel reiner, unentweihter erschien der Titel des Deutschen Königs. Aber das war doch schließlich Stubenweisheit, denn was frug danach der Sinn des Volkes? Man wollte wahrhaftig nicht die Politik der alten Imperatoren oder der modernen Cäsaren erneuern, sondern nur den kaiserlichen Namen, in dem nun einmal alle Erinnerung an vaterländische Größe geborgen lag; es sollte sein alter Glanz leuchten über einer ganz neuen staatlichen Welt.

Mit solchen Ideen erfüllte sich auch die Seele des Kronprinzen. Am 11. August sprach er darüber mit Gustav Freytag in dem Vogesendorfe Petersbach. Er war an der Ausarbeitung einer Denkschrift für Bismarck über die Wünsche für Deutschland nach dem Frieden, in der er die Form der Einigung nach seiner Art zu finden suchte, und zwar vertrat er dabei ausdrücklich die Erhaltung aller fürstlichen Titulaturen, nur die höchste Titelfrage berührte er hier noch nicht. Wohl aber sprach er mit Freytag über die Stellung, die der König von Preußen in der geplanten Neu-

Digitized by Google

ordnung erhalten sollte. Freytag war ein solcher Gegner der „alten Kaiseridee", daß für ihn, wie er zuvor an Ernst von Koburg geschrieben, „dies ein Punkt war, wo der Spaß aufhört"; er machte den etwas verwunderlichen Vorschlag, daß man im Notfall den königlichen Titeln „Herzog von Deutschland" zufügen könne; die Preußen begehrten für ihren König keinen neuen Namen, nur die Macht. „Da aber brach der Kronprinz stark heraus und sein Auge leuchtete: Nein, er muß Kaiser werden!" Dem Hinweis auf den etwaigen Widerspruch der Süddeutschen begegnete er mit seinem alten Argument, daß die Macht vorhanden sei, die Widerstrebenden zu nötigen.

Es war wohl die Erinnerung an Bismarcks frühere ablehnende Haltung, die den Kronprinzen veranlaßte, in seiner Denkschrift das noch nicht zu erwähnen, „was ihm das Wichtigste war". Er hielt Bismarck für einen Gegner des Kaisertums. Am 14. August zu Blamont war die Denkschrift fertiggestellt, sie forderte ein ganz einheitliches Heer, den ziemlich bedingungslosen Eintritt der Süddeutschen in den Norddbund, nur unter Vorbehalt der persönlichen Ehrenrechte und der „unwesentlichen Dinge, welche als Zeichen der Selbständigkeit betrachtet werden," z. B. des Gesandtschaftsrechtes. Für die Verfassung wurde, was ihm besonders am Herzen lag, ein Oberhaus über dem Reichstag verlangt mit den souveränen Fürsten und den ehemals Reichsunmittelbaren; für die Regelung dachte er sich gleich den Linksliberalen in Nord und Süd einen konstituierenden Reichstag und trug sich ebenso mit der Einrichtung eines Reichsministeriums.

Das waren die Bismarck aus dem liberalen Lager schon bei der Schaffung der norddeutschen Bundesverfassung entgegengehaltenen Forderungen, die auch jetzt wiederkehrten und natürlich eine grundsätzliche Umänderung der Bundesverfassung erfordert hätten; vor allem waren es gefährlich unitarische Ideen, die der Prinz äußerte. Bei den ohnehin vorhandenen Schwierigkeiten war das alles für Bismarck jetzt noch mehr als früher

Digitized by Google

ausgeschlossen, denn jede zentralisierende Änderung in der Verfassung mußte dem schwierigen Eintritt der Süddeutschen neue Hindernisse in den Weg bauen. Bei diesen ihm nur gefährlich erscheinenden Bestrebungen des Kronprinzen sah er sich auch diesem gegenüber zur Vorsicht gezwungen, um ihm nicht seine Karten aufzudecken und ihn dadurch selbst auf die für einen Angriff günstigen Punkte hinzuweisen. Das Bedenklichste dabei aber war die immer wieder hervortretende Neigung des Prinzen zur Gewalt gegen die Widerstrebenden; und hier war ein Widerstreben ganz selbstverständlich, denn seine Pläne gingen wirklich auf Mediatisierung der übrigen Fürsten hinaus, wie ja auch die jetzigen Souveräne mit den mediatisierten früheren Reichsunmittelbaren in ein Oberhaus verwiesen wurden. Traten solche Gedanken gleich im Anfang irgendwie offener hervor, oder schien Bismarck auch nur einigermaßen mit dem Prinzen hier zusammenzugehen, dann war die Entwicklung der Einheitsfrage, so wie sie Bismarck mit meisterhaftem Geschick vorsichtig in die Wege leitete, von vornherein verloren. Wenn man 1866 gegenüber dem Besiegten den Zwang vermieden hatte, so umsomehr gegenüber den Bundesgenossen von 1870. Gewiß hatte man auch nach Bismarcks Ansicht die Stärke, um Gewalt anwenden zu können, „aber die Anwendung dieser Stärke in damaliger Gegenwart wäre die Schwäche der Zukunft Deutschlands geworden".

So geschah es, daß der Kronprinz weder von Bismarcks Plänen, noch auch von den inzwischen vorbereiteten Verhandlungen etwas erfuhr. Am 3. September und kurz vorher, frühestens am Tage von Beaumont, dem 30. August, hatten der Prinz und der Kanzler zwei Unterredungen, bei denen sie sich allerdings noch in einiger Entfernung voneinander hielten. Der Gegenstand des Gespräches scheint die Denkschrift von Blamont gewesen zu sein, Bismarck wenigstens glaubte später, hier den Plan des Oberhauses und des Reichsministeriums beseitigt zu haben; jeden-

Digitized by Google

falls erinnerte er sich, mit dem Prinzen scharf über die Frage der Gewalt gegen die Bundesgenossen zusammengestoßen zu sein. Nach dem Tagebuch des Kronprinzen wurde „der Kaiseridee kaum gedacht", er habe gemerkt, daß Bismarck „ihr nur bedingt zugetan sei". So standen beide noch in gewisser Scheu voneinander getrennt, und während sie in ihren Anschauungen über die künftige Verfassung auch tatsächlich innerlich getrennt waren, so jedenfalls nicht mehr über die letzte Krönung des Baues: sie gingen nebeneinander her, aber in gleicher Richtung, um sich erst später auch zum gemeinsamen erfolgreichen Handeln zusammenzufinden [1]).

Bismarck konnte mit dem Beginne der Einheitsverhandlungen auch den Kaisergedanken stärker vorschieben. Delbrück scheint von seiner Münchener Besprechung einen nach dieser Seite günstigen Eindruck mitgenommen zu haben [2]). Im Oktober wurde endlich auch der Kronprinz sicherer über Bismarcks Absichten, denn am 10. Oktober trug er in sein Tagebuch ein, daß Bismarck die Kaiserfrage ins Auge fasse, und am 15. Oktober schrieb er an seine Schwester, die Großherzogin von Baden, daß Bismarck die Einigung Deutschlands und auch die Regelung der Kaiserfrage wolle; auch hätten er sowohl wie Bismarck die letztere beim König in Anregung gebracht. Wenn allerdings Bismarck der Meinung gewesen ist, Anfang September den Kronprinzen in der Verfassungsfrage gewonnen zu haben, so hatte er sich getäuscht, denn kurz und entschieden schrieb der Prinz noch am 15. Oktober: „Einen allgemeinen Reichstag mit fürstlichem Ober- und Staatenhause müssen wir sofort erlangen und bin ich eben dabei, mir die Bedingungen seiner Zusammensetzung klar

[1]) Über den Kronprinzen und Bismarck in der Kaiserfrage bis zum September 1870 s. Anhang Nr. 5.

[2]) Lasker an Forckenbeck und Bennigsen, 6. Okt., Deutsche Revue 17, II, S. 310: „Die Annahme des Kaisertitels ist auch nach den Beobachtungen D.'s im Süden populär; erleichtert vielleicht auch den Anschluß bei den Regierungen und Souveränen."

Digitized by Google

durchzudenken. Ich glaube, daß jetzt der letzte Augenblick herbeigekommen ist, um ein Zweikammersystem noch einzuführen, das wir namentlich den allgemeinen Wahlen gegenüber bedürfen“ [1]).

Anfang Oktober ging auch Herzog Ernst von Koburg mit seiner Denkschrift für Einheit und Kaisertum bei Bismarck vor, worauf Bismarck am 12. Oktober die schon früher erwähnte Antwort gab, daß diese Gedanken seit langer Zeit die seinigen wären; nur was die vorgeschlagene Organisation eines Reichsrates und von Reichsministerien betreffe, wäre er dankbar, wenn der Herzog diese seiner Überzeugung nach „dem in gutem Fortschritt begriffenen Werke absolut hinderlichen Gedanken“ einstweilen in den Hintergrund treten lassen wolle. Es war mehr ein Hinausschieben, wodurch Bismarck seinen Widerspruch etwas milderte, wie er sich auch ähnlich mit einer Art Zukunftsvertröstung zum Kronprinzen geäußert haben muß [2]). Daß natürlich eine Änderung der einmal feststehenden Bundesverfassung in ihrem Sinne unmöglich war, verstand sich mit jedem Fortschreiten der Verhandlung immer mehr von selbst, weshalb auch der Kronprinz sich immer heftiger gegen diese Notwendigkeit wehrte. Daß auch er sich schließlich äußerlich gefügt, zeigte seine dringende Mahnung an Simson vom 5. Dezember, um auch seinerseits etwaigen Schwierigkeiten für das fertige Werk im Reichstage zu begegnen, aber seine innere Meinung tat sich kund, als er am

[1]) Abgedr. bei Lorenz S. 407 f. — Tagebuch zum 10. Okt., S. 116; Freytag war auch der Meinung, daß Bismarck erst der Anregung des Kronprinzen gefolgt sei.

[2]) Diesen Teil von Bismarcks Brief gibt Lorenz S. 406 f.; es ist bemerkenswert, daß in den Denkwürdigkeiten des Herzogs sowohl dieser Teil des Briefs wie auch der betreffende Abschnitt seiner Denkschrift weggelassen sind (III, 663—67). Der Kronprinz trug zum 27. Okt. in sein Tagebuch ein: „Bismarck sagt, er sei prinzipiell nicht gegen Oberhaus und Reichsminister und wolle später seine Teilnahme nicht versagen.“ Genau so kann Bismarck sich nicht geäußert haben, vielleicht nur in ähnlicher Form, wie zu dem Herzog von Koburg. Eine genaue Kontrolle ist nicht möglich. — Zum Folgenden s. ebend. S. 128.

Digitized by Google

Neujahrstage Delbrück „zu dem kunstvoll gefertigten Chaos" der Reichsverfassung Glück wünschte.

Es waren immerhin nicht unbeträchtliche Schwierigkeiten, die Bismarck von seiten des Kronprinzen und seiner Freunde drohten, und zwar gerade, als die Verhandlungen mit den Südstaaten begonnen werden sollten, auf die wohl kaum etwas abschreckender wirken konnte, als ein solches bindendes Programm mit stark unitarischer Tendenz. Das fühlte wohl auch der Kronprinz, der daher dauernd bei seiner Forderung des Zwanges blieb.

Sehr willkommen mußte Bismarck in dieser Lage die Anregung der Titelverleihung durch die Bayern selbst sein, zuerst durch Graf Berchem am 13. Oktober vor Keudell, dann durch Graf Bray am 24. Oktober bei der ersten Verhandlung mit ihm selbst. Gewiß hat diesen Anregungen wohl der Gedanke an die „reellen Konzessionen" für Bayern zu Grunde gelegen, und Bismarck bemühte sich daher auch, die nach dieser Seite gehenden bayrischen Erwartungen einer Gegengabe für den Titel bald zu zerstören, aber daß das erste Wort in der Kaiserfrage gerade von bayrischer Seite kam, blieb von erheblichem Wert [1]).

Dadurch ist wohl auch Bismarck mit bewogen worden, bereitwillig zuzustimmen, als Friedrich von Baden, der ja allerdings durch Robert Mohl im Oktober ungünstige Nachrichten über Brays Stellungnahme erhalten hatte, selbst bei Ludwig von Bayern vorgehen wollte, um ihn „zum Vortritt in der Kaiserfrage zu bewegen". Nach Bismarcks Zustimmung ging sofort der schon entworfene Brief ab, daß Ludwig die Initiative in dem Anerbieten der Kaiserwürde bei König Wilhelm ergreifen möge. Die Aufnahme aber war eine entschieden kühle und zunächst blieb eine Antwort ganz aus [2]).

[1]) Siehe über diese Vorgänge oben S. 53 f. und Note 1.

[2]) Friedrich an Jolly, 24. Okt., Lorenz S. 409—11; Eisenhart an Bray, München, 1. Nov., Bray S. 176, Deutsche Revue 25, IV, S. 135.

Digitized by Google

Der Großherzog aber fühlte sich in seiner Sache nur sicherer, als am 30. Oktober Jolly in seinem Spezialauftrag eine lange Unterredung mit Bismarck außer über die damals angetragene engere Militärkonvention auch über den Kaisertitel hatte und ihm die Kaiserwürde bei dem Kanzler eine beschlossene Sache zu sein schien [1]). So ließ der Großherzog in der ersten Hälfte des Novembers seinem Schreiben an Ludwig einen besonderen Abgesandten, Staatsrat Gelzer, folgen, der persönlich auf den König einwirken sollte: er hätte selbst eine Zusammenkunft mit Ludwig gewünscht, sei aber nach Versailles abgerufen worden. Zwar dankte der König nun eigenhändig für das Schreiben des Großherzogs, aber wie es scheint, ohne den eigentlichen Inhalt weiter zu berühren; den Abgesandten empfing er nicht, sondern schickte ihm nur seinen Kabinettschef Eisenhart aus Hohenschwangau nach München entgegen. Am 18. November hatte dieser eine Unterredung mit Gelzer, der dabei mit Wärme auf die Kaiserfrage einging: er würde glücklich sein, dem Großherzog die erwünschte Antwort auf seinen Brief vom 31. Oktober überbringen zu können; Eisenhart antwortete höflich, aber hierüber wie über die damals schwebende Frage der Reise ins Hauptquartier ohne jede bindende Erklärung, „ausweichend und ablehnend," wie Staatsrat Daxenberger an Bray berichtete.

Die Sendung traf unglücklich mit der gereizten Stimmung zusammen, in der sich damals Ludwig wegen der Territorialforderungen für Bayern befand, er war erklärlicherweise so wenig in Gebelaune, wie nur denkbar. Die Sendung mußte als gescheitert angesehen werden, Gelzer suchte durch eine für Ludwig bestimmte Denkschrift noch nachträglich einigermaßen einzuwirken und erhielt für sie eine freundliche Antwort, aber zu einer Zeit, als die Angelegenheit schon auf einem anderen Wege zum Ziele geführt worden war [2]).

[1]) Jolly, 31. Okt., S. 189.

[2]) Über Gelzers Sendung s. Kobell S. 32—35; Daxenberger an

Wenn Berchem und Bray selbst die Kaiserfrage in die Verhandlung mit Bismarck eingeführt hatten und Bray auch seinem König in aufmunterndem Sinne berichtete, indem er die Hoffnung auf eine Teilnahme Ludwigs an der Vertretung des Reiches als eine Art Nebenkaiser damit verband, so ist hier ein Auseinandergehen der bayrischen Bevollmächtigten in Versailles und des Hofes in Hohenschwangau unverkennbar, denn Ludwig wollte damals augenscheinlich von der Sache nichts wissen trotz aller damit verbundenen Lockungen.

Für Bismarck hatte vielleicht durch den Einblick in die Hintergedanken Brays das ganze bayrische Anerbieten ein etwas unsicheres Ansehen erhalten, denn in der wichtigen Unterredung, die er am 30. Oktober mit Mittnacht hatte, stellte er ja an diesen auch die Frage, ob König Karl von Württemberg bereit sein würde, in der Kaiserfrage die Initiative zu ergreifen. Aber eine weitere Erörterung gerade dieses Punktes wurde wie alles damals jäh unterbrochen durch das Stuttgarter Telegramm vom 11. November, welches auch sofort die tiefgehende Wirkung auf die Kaiserfrage übte, daß die zurückgedrängten Hoffnungen Brays, für den Kaiser bayrische Sonderrechte einzuhandeln, wirklich zum Ziele gelangten; die militärische Selbständigkeit Bayerns im Frieden wurde der Preis für den bayrischen Kaiserantrag [1]).

Daher auch der Ingrimm des Kronprinzen, der sich Bismarck gegenüber während dieser Verhandlungen am 16. November entlud: „fest und gebietend" solle man auftreten; Bismarck wies damals den Prinzen sehr deutlich darauf hin, weshalb er sich von ihm zurückgehalten und sein ganzes Vorgehen für bedenklich angesehen habe. „Er bedaure, daß die Frage des Kaisers und Oberhauptes überhaupt diskutiert sei, da man Bayern und Württemberg

---

Bray, o. D. (vom 19. Nov., da „gestern" die nach Kobell S. 35 am 18. Nov. geschehene Unterredung stattgefunden habe), Bray S. 196 f., Deutsche Revue 25, IV, S. 279; Lorenz S. 415 f.

[1]) Siehe oben S. 85 f.

Digitized by Google

dadurch vor den Kopf gestoßen," des Kronprinzen Äußerungen müßten nachteilig wirken, überhaupt dürfe „der Kronprinz dergleichen Ansichten nicht äußern" [1]).

Bismarck kam auch in der Kaiserfrage auf seinem Weg zum Ziele. Die bayrischen Bevollmächtigten verpflichteten sich beim Abschluß des Vertrages vom 23. November für die bayrische Initiative. Jolly schrieb am 21. November, Bayern schließe sich an, „und dann wird Kaiser gemacht," und Lutz selbst teilte noch vor dem Abschluß am 23. November dem Großherzog von Oldenburg die Bedingungen der Vereinbarung mit: „In der Kaiserfrage hätte der bayrische Minister wieder dringend den König gebeten, die Initiative zu ergreifen, sowohl brieflich wie telegraphisch"; Bismarck habe versprochen, mit seinem ganzen Einfluß den Reichstag zurückzuhalten, und man hoffe, König Ludwig werde die Fürsten auffordern, mit ihm dem König von Preußen die Kaiserwürde anzubieten. „Wegen des Titels sei es unzweifelhaft, daß Kaiser von Deutschland gewählt werde." So sagte auch Bismarck nach dem Abschluß am 23. November im Kreise seiner Gehilfen: „Die deutsche Einheit ist gemacht und der Kaiser auch." Für letzteren habe er den bayrischen Bevollmächtigten vorgestellt, es müsse für ihren König doch leichter sein, gewisse Rechte an den Deutschen Kaiser abzutreten, als an den benachbarten König von Preußen [2]).

Bismarck war der Name des Kaisers wohl eines Preises wert, denn es war doch eben mehr als ein Name. „Er ist wichtiger, als mancher glaubt, der Kaiser," so äußerte er sich am 15. Dezember; er hätte den Fürsten gar nicht sagen können, was er alles sei, sonst wäre es ihm gewiß nicht gelungen, ja, etwas später nannte er ihn geradezu „das Wichtigste" [3]). Dabei

[1]) Tagebuch des Kronprinzen zum 16. Nov., S. 120 f.

[2]) Jolly 21. Nov., S. 200; Peter von Oldenburg, 23. Nov., Lorenz S. 610 f.; in den veröffentlichten Papieren Brays ist über diese Vorgänge nichts enthalten. Moritz Busch I, 427 f.

[3]) Moritz Busch I, 525 f., II, 116; ähnlich zu Wilmowski 23. Nov.

Digitized by Google

ist es nicht ohne Interesse, daß zu derselben Zeit eine Stimme aus Süddeutschland denselben Gedanken vertrat. Am 14. Dezember schrieb der Schwäbische Merkur, daß der Partikularismus der kleinen Könige erst nach und nach einer schärfer einheitlichen Richtung weichen werde, aber daß es geschehen werde, dafür bürge der Gang der Geschichte, das mächtige Organ des Gesamtwillens im Reichstage und „die kaiserliche Würde des siegreichen Preußenkönigs". Dies ideale Gut der kaiserlichen Würde sei „ein mächtiges und wirkungsfähiges Institut des künftigen Staatslebens. Der Kaisertitel macht Propaganda für das einige Reich deutscher Nation."

IX.

Die Errichtung des Kaisertums.

Das Kaisertum mußte nach dem Abschluß mit den Bayern am 23. November für gesichert gelten. Mit großem Geschick hatte Bismarck immer darauf hingewiesen, daß es von den Fürsten angeboten werden müsse, und immer dabei mit dem Norddeutschen Reichstage gedroht, der, wenn man sich nicht beeile, zuvorkommen werde. Nach dessen Zusammentritt am 24. November war daher rasches Handeln geboten. Aber als die bayrischen Bevollmächtigten in Versailles sich verpflichteten, fehlte ihnen selbst noch jede Mitteilung, wie sich ihr König dazu stellen würde. Ludwig faßte dafür plötzlich den Entschluß, durch einen besonderen Vertrauten die ganze Lage in Versailles zu erkunden und sich mit Bismarck in unmittelbare Beziehung zu setzen.

Wenn auch Großherzog Friedrichs Schreiben und Gelzers

(Feldbriefe S. 74); gelegentlich abwiegelnd gegenüber den Übertreibungen daheim, 4. Dez., Moritz Busch I, 476. — Vgl. auch die Äußerung Friedrichs von Baden im kronprinzlichen Tagebuch zum 1. Dez., S. 124.

Digitized by Google

Sendung ohne unmittelbaren Erfolg geblieben sind, vielmehr die erhaltene Antwort einen Mißerfolg in sich schloß, so hatte doch das ununterbrochene Vorgehen von badischer Seite zusammen mit den Mahnungen der eigenen Bevollmächtigten seine Wirkung auf Ludwig getan. Graf Bray erhielt die telegraphische Weisung, Bismarck das Kommen des königlichen Oberststallmeisters, des Grafen Holnstein, anzukündigen. Am 25. November traf dieser ein, äußerlich mit dem Auftrage, die Örtlichkeit von Versailles für den etwaigen Besuch seines Königs in Augenschein zu nehmen.

Der Gedanke an die Reise, zu der er sich doch nie entschließen konnte, schien König Ludwig besondere Not zu machen. Aus diesem Grunde wohl erkundigte sich Holnstein beim Großherzog von Baden, ob die Anregung zur Kaiserwürde nicht auch brieflich geschehen könne; dieser bejahte das sofort und versprach, bei den andern Fürsten das weitere in die Wege zu leiten. Da nun auch die Form des Briefes Sorge machte, gab Holnstein nach seiner eigenen Erzählung in bayrisch gemütlicher Wendung den entscheidenden Anstoß bei Bismarck: „Wissens was, Exzellenz, schreibens gleich selbst einen Brief auf, so wie er sein soll, sonst gibt es hintennach doch wieder Anstand." Die Minister waren am Tag nach Holnsteins Ankunft nach Hause gereist, von ihnen war rechtzeitige Berichterstattung an den König zu erwarten. Bismarck zeigte sich zum Entwurf eines Schreibens für Ludwig bereit und bedauerte nur die Zeit, die darüber wieder verloren ging. Großherzog Friedrich schlug daher vor, den Wortlaut außerdem telegraphisch durch den preußischen Gesandten vermitteln zu lassen. Im ganzen war Bismarck in vergnügter Stimmung und sagte zuletzt dem Großherzog: „So können wir vielleicht in wenigen Tagen den Antrag in Händen haben, denn die Bayrischen haben sich verpflichtet"[1]).

[1]) Großherzog Friedrich sah in seinem Schreiben den unmittelbaren Anlaß zur Entsendung Holnsteins, s. Bericht des Oldenburgers Janssen am 4. Dez., Lorenz S. 611 f. Über Ankunft und den äußeren Auftrag

Digitized by Google

Am 27. November, an dem Holnstein Bismarcks Gast war, schrieb Bismarck an König Ludwig; er betonte wieder die Notwendigkeit, daß die Anregung von dem mächtigsten der dem Bunde beitretenden Fürsten und nicht von der Volksvertretung ausgehe; er hob den schon früher ausgeführten Gedanken hervor, daß der Deutsche Kaiser der Landsmann aller deutschen Stämme sei, der König von Preußen nur ihr Nachbar. Dem offiziellen Schreiben fügte er ein mehr privates hinzu, in welchem er die Beziehungen der Bismarcke zu den Wittelsbachern erwähnte, als diese im 14. Jahrhundert Herren der Mark waren.

In dem Entwurf für das Schreiben Ludwigs an König Wilhelm war mit gleichzeitiger geschickter Berechnung auf diesen wie auf Ludwig ausgeführt, daß Ludwig dem Bunde beigetreten sei „in dem Vertrauen, daß die dem Bundespräsidium nach der Verfassung zustehenden Rechte durch Wiederherstellung eines Deutschen Reiches und der Kaiserwürde als Rechte bezeichnet werden, welche Ew. Majestät im Namen des gesamten deutschen Vaterlandes auf Grund der Einigung seiner Fürsten ausüben." Mit diesen drei Schriftstücken von Bismarcks Hand, den beiden eigenen Briefen und dem Briefentwurf, machte sich Graf Holnstein sofort am Abend des 27. November auf die Reise zu seinem König[1]).

Bismarck hatte sein Vorgehen auf zwei Könige berechnet, von denen der eine zögerte, die Krone anzubieten, der andere, sie anzunehmen. Denn in keiner Weise hatte König Wilhelm bisher irgend eine Neigung für die neue Würde gezeigt. Der Brief Ludwigs in der von Bismarck entworfenen Fassung sollte ihm keine Wahl mehr lassen: seine Annahme der Kaiserwürde war

Holnsteins s. kronprinzl. Tageb. zum 25. Nov., S. 123; Lorenz S. 419, nach einer Aufzeichnung des Großherzogs. Am 27. Nov. war Holnstein zum Essen bei Bismarck, Moritz Busch I, 435. Nach dem Essen hatte Bismarck seine Unterredung mit dem Großherzog, Lorenz S. 420 f. Holnsteins eigene Erzählung bei Kobell S. 39, vgl. 38.

[1]) Über den Kaiserbrief s. Anhang Nr. 6.

Digitized by Google

demnach die Voraussetzung, unter der die bayrische Zustimmung zu den Verträgen gegeben wurde. Für ihn war damit das ganze Einheitswerk mit der Kaiserwürde eng verknüpft, sie bestanden nur miteinander.

Da hätte beinahe Bismarcks getreuer Abeken aus Unvorsichtigkeit dem ganzen Plan einen bösen Streich gespielt, indem er beim Vortrag am 1. Dezember vor dem König ruhig von der Sache sprach und erst aus dessen erstauntem Gesicht merkte, daß dieser gar nichts davon wußte, sondern wirklich der Meinung war, daß Holnstein nur wegen des Quartiers für König Ludwig abgesandt worden sei; daher hatte ihn dessen geheimnisvolles Verschwinden sehr überrascht. Abeken gelang es in seiner Verlegenheit gut, nicht nur sich, sondern auch Bismarck und sein Verfahren zu rechtfertigen[1]).

Als Holnstein in Hohenschwangau ankam, war der Kabinettschef Eisenhart unglücklicherweise abwesend, da der König ihn nach München geschickt hatte, um den Bericht der heimkehrenden Minister entgegenzunehmen. Der König litt an einem Zahngeschwür und wollte niemanden vorlassen, erst die Mitteilung, daß Holnstein Meldungen vom Grafen Bismarck brachte, erregte seine Neugier; er empfing Holnstein und war sofort bereit, Bismarcks Vorschlag zu folgen. Mit einiger Mühe wurde das fehlende Schreibzeug herbeigeschafft, der Brief geschrieben und nur ein Satz über das weitere Vorgehen bei den anderen Fürsten hinzugefügt, an die auch schon am 30. November ein Rundschreiben erging. An demselben Tage war Holnstein wieder in München, wo er Eisenhart diesen Brief und einen zweiten für ihn selbst bestimmten überbrachte, in welchem Ludwig ihm geradezu die Entscheidung übertrug, ob der Kaiserbrief angemessen sei oder nicht. Eisenhart war entschlossen, den Brief abgehen zu lassen, aber um nicht hinter dem Rücken der Minister zu handeln, ging

[1]) Abeken 1. u. 8. Dez., S. 458 f., 463.

Digitized by Google

er höchst bezeichnenderweise nicht zum Ministerpräsidenten Bray, sondern zu Lutz, der, wie zu erwarten gewesen, ganz seiner Meinung war; nach einer staunenswerten Leistung, die Holnstein unter anderem die dauernde Zuneigung Bismarcks eintrug, war er schon am Abend des 2. Dezember in Versailles und konnte am 3. das königliche Schreiben dem Prinzen Luitpold zur Übermittlung an König Wilhelm aushändigen. An demselben Tage erschien der Prinz beim König, der seine Überraschung nicht verbarg, gerade nach den Schwierigkeiten in den bayrischen Verhandlungen von dieser Seite das Anerbieten zu erhalten; er werde den Antrag annehmen, sobald er von allen Fürsten gemeinschaftlich gestellt sei. Bismarck und dem Kronprinzen gegenüber erklärte er nachher den Brief „so zur Unzeit wie nur möglich". „Als wir das Zimmer verließen," so erzählt der Kronprinz selbst, „reichten Bismarck und ich uns die Hand: mit dem heutigen Tag sind Kaiser und Reich unwiderruflich hergestellt[1])."

Am wenigsten erbaut schien derjenige, dessen Haupt die neue Kaiserkrone tragen sollte. König Wilhelm hatte die glorreiche Stellung, die er einnahm, als König von Preußen erreicht und als König von Preußen wollte er sie behaupten. In seiner alten Würde lag ihm der Inhalt seiner Macht, die neue schimmernde Ehrenstellung war ihm demgegenüber eitler Schein. „Was soll mir der Charaktermajor," hatte er zu Bismarck gesagt. Es lebte wohl in ihm der Wunsch, gerade das zu behaupten, was das Kaisertum auslöschen oder wenigstens verdecken sollte: die Herrschaft Preußens durch seinen König über die anderen Könige und Fürsten Deutschlands. Der Widerstand König Wilhelms hatte tieferen Sinn, als der oberflächliche Beobachter

[1]) Über Holnsteins Sendung s. Kobell S. 38—40, vgl. 43 f., Bismarcks Erzählungen bei Moritz Busch I, 495 f., II, 116, Ged. u. Erinn. II, 118 f.; nach badischer Aufzeichnung Lorenz S. 423—25; Tagebuch des Kronprinzen, 30. Nov. u. 3. Dez., S. 123 f.

Digitized by Google

zuerst annehmen mochte. Der König hatte von seinem ausschließlich preußischen Standpunkt aus ein ganz richtiges Gefühl für das, was er mit der Erhöhung preisgeben sollte. Gegenüber diesem inneren Widerstreben hatte die Erwägung bei ihm keinen Raum, was schließlich das Kaisertum an realer Macht für die Zukunft bedeuten mußte; ihm war es nicht möglich, es gleich seinem Kanzler in diesem Lichte zu sehen. Die gewordene Einheit hatte er unbedingt erstrebt, aber unter der Krone Preußen, und sein Widerstreben gegen die Kaiserkrone stand vielleicht auf echterem, auf gehaltvollerem Grunde, als das Emporstreben des Kronprinzen zum Kaisertum. Dem äußeren Glanz der vorragenden Ehrenstellung, nach der seines Sohnes Seele dürstete, stand die innere Bescheidenheit seiner Natur entgegen, aber der Übernahme der neuen Krone, eines neuen Namens, dem der alte weichen sollte, stand viel mehr entgegen: sein Selbstbewußtsein als König von Preußen. Er war zu stolz zum Kaiser.

Er mußte es ja fühlen, daß es Bismarck war, der ihn, den Widerstrebenden, mit allen Mitteln in die neue nationale Stellung hineinzwang, die er in dieser Form nicht haben wollte; und wenn er auch die unvorsichtig ausgeplauderte Mitteilung Abekens freundlich hingenommen hatte, so meint man doch, als ob nun, nachdem der „unzeitgemäße" Brief in seine Hand gelegt war, sich in dem Groll über den von Bismarck inszenierten Überfall seine ganze Erregung gegen diesen richtete. Dazu kam die nachwirkende Aufregung der großen Ausfallschlachten von Villiers und Champigny am 30. November und 2. Dezember, der fortdauernde Streit um die nun endlich auf Bismarcks Drängen vorangebrachte Beschießung von Paris, und nun noch der Reichstag!

Es war, als ob die vor dem fürstlichen Anerbieten zuerst zurückgedrängte Abneigung nur eine Gelegenheit abwartete, um in aller Stärke hervorzubrechen, als die Erinnerung an jene Revolutionskrone wachgerufen wurde, die das Frankfurter Parlament 1849 seinem Bruder Friedrich Wilhelm IV. angeboten hatte,

Digitized by Google

als er vernahm, daß nicht nur der Reichstag sofort von dem Vorgehen des Bayernkönigs Kenntnis erhalten, sondern daß er aus sich heraus eine Kaiserdeputation zu ihm nach Versailles schicken wollte.

Als Delbrück am 5. Dezember seine Auseinandersetzung über die Verträge gegeben hatte, und aus dem Hause die Anfrage wegen des Oberhauptes gestellt wurde, da teilte er den mit vollster Überraschung wirkenden Schritt des Bayernkönigs und den Wortlaut von dessen Brief mit, aber er tat es in einer so unsagbar bureaukratisch nüchternen Form, daß deren Gegensatz zu dem hohen Ernst der Situation an einigen Stellen Heiterkeit hervorrief. Sofort wandte das der Welfe Windthorst mit dem Ton ernster Abmahnung so, als habe sich diese Heiterkeit gegen die Sache selbst gerichtet, um nun seinerseits das Ganze ins Scherzhafte herab zu ziehen und durch Witze die Heiterkeit der Zuhörer zu reizen; bis Lasker nicht ohne Schärfe gegen den ihm sonst nahestehenden Delbrück den Vorwurf auf die Art richtete, in welcher das wichtige Ereignis vorgebracht war, dann aber der Behandlung auch die ihr gebührende vornehme Form verlieh. Ganz entrüstet war über Delbrücks Art der Einführung des Kaisertums Kronprinz Friedrich Wilhelm, und auch Bismarck meinte, daß der „Kaiserscherz einen geschickteren Regisseur" hätte haben müssen, das aber verstehe Delbrück nicht[1]). Dem König Wilhelm war die Form wohl gleichgültig, er war „betroffen" darüber, daß Delbrück den Kaiserbrief im Reichstag überhaupt vorgelesen hatte, und sein Ärger steigerte sich nur, als deshalb eine Anfrage vom König Johann von Sachsen an ihn kam[2]).

---

[1]) Über die Vorgänge im Norddeutschen Reichstag bringt die betreffenden Reden Friedenthals, Delbrücks, Windthorsts u. Laskers Bezold, „Materialien" III, 153 f., 165; sehr gut ist die Schilderung der Situation bei Frankenberg, S. 270 f.; Tagebuch des Kronprinzen zum 9. Dez., S. 124; Bismarck bei Moritz Busch, 15. Dez., I, 525.

[2]) Kronprinz, Tagebuch zum 6. u. 10. Dez., S. 124, 125.

Digitized by Google

Am 9. Dezember wurde an den Norddeutschen Reichstag der Antrag des Bundesrates gebracht, dem Bunde den Namen „Deutsches Reich“ und dem das Präsidium führenden König von Preußen den Titel „Deutscher Kaiser“ zu geben; es war die Namensform, die Bismarck in seinem Briefe an König Ludwig gebraucht und die dieser in seinen an die Fürsten gehenden Antrag vom 30. November aufgenommen hatte. Am 10. Dezember nahm der Reichstag den Antrag nahezu einstimmig an und ebenso an demselben Tage die Adresse an den König, die eine Deputation von dreißig Mitgliedern unter Führung des Präsidenten Simson überbringen sollte. „Vereint mit den Fürsten Deutschlands,“ so hieß es darin, „naht der Norddeutsche Reichstag mit der Bitte, daß es Ew. Majestät gefallen möge, durch die Annahme der deutschen Kaiserkrone das Einigungswerk zu weihen. Die deutsche Krone auf dem Haupt Ew. Majestät wird dem wiederaufgerichteten Reiche deutscher Nation Tage der Macht, des Friedens, der Wohlfahrt und der im Schutze der Gesetze gesicherten Freiheit eröffnen.“

Am 10. Dezember wußte man in Versailles von dem Antrage und seiner sicheren Annahme ebenso, wie von dem Plane eine Reichstagsdeputation zu entsenden, und um diese Zeit muß auch jener Brief König Johanns an König Wilhelm angekommen sein. Dieser war daher gerade an dem 10. Dezember in übelster Stimmung. Als sein Vorleser Schneider ihm am Morgen ein Berliner Telegramm mitteilte, wonach er den vom Bayernkönig angebotenen Titel angenommen habe, fuhr er auf: „Wer kann sagen, daß ich ihn angenommen? Das kann niemand sagen.“ Er fürchtete nach dem Ausspruch seines Sohnes die Reichstagsdeputation, weil es aussehe, als ob die Kaisersache vom Reichstag ausgehe; er wolle sie nicht empfangen, bis er die Zustimmung sämtlicher Staaten durch den König von Bayern habe.

Mit Bismarck war er, vermutlich am Tage vorher, sehr hart zusammengestoßen, worauf Bismarck, vielleicht mit infolge der Aufregung, erkrankte, an seiner „Aderkrankheit“, und am 10.

Digitized by Google

Abeken an seiner Stelle die Vorträge halten mußte; dreimal war Abeken an diesem Tage beim König, „das zweite Mal," so erzählt er selbst, „war ich in größter Ungnade hinausgeworfen worden, oder wenigstens war der König in höchstem Zorn und in höchster Aufregung hinausgegangen in seine Schlafstube." Wir hören, daß der König von Bismarck die sofortige Absendung eines Chiffretelegramms forderte, was dieser verweigerte, und wir dürfen wohl vermuten, daß er damit die Reichstagsaktion verhindern oder wenigstens hemmen wollte. Es gelang aber, ihn zur Zurücknahme zu bewegen; Abeken meinte, es sei ganz gut gewesen, daß an diesem Tag nicht Bismarck selbst zum König hätte gehen dürfen, da er „als Zwischenträger manches mildern und verschweigen" konnte.

Noch am Abend bei der Tafel war der König über den Reichstagsplan erregt, aber der Großherzog von Baden beruhigte ihn und wies darauf hin, daß der Reichstag ja gar nicht den Anspruch erheben wolle, die Krone anzubieten, und man einigte sich, nach München um Beschleunigung des fürstlichen Antrages zu telegraphieren.

Die folgenden Tage verliefen ruhiger. Bismarck blieb noch krank und verstimmt, erst am 13. wurde es besser, und am 14. war er wieder aufgeräumt und mitteilsam. Daß auch in diesen nächsten Tagen der sanfte und vermittelnde Abeken die Vorträge hatte, war daher kein Schaden. Was den König so erregte, schien Bismarck des Streites nicht wert. „Mich plagen die Fürsten mit ihrer Geschäftigkeit," schrieb er am 12. Dezember der Gattin, „und auch mein Allergnädigster mit all den kleinen Schwierigkeiten, die sich für ihn in der sehr einfachen Kaiserfrage an fürstliche Vorurteile und Kinkerlitzchen knüpfen"[1]).

[1]) Schneider, „Kaiser Wilhelm", III, 117; Kronprinz, 10. Dez., S. 125; Abeken, 10. Dez., S. 466 f. Bei Lorenz herrscht wieder chronologische Unsicherheit. Er gibt S. 426 f. augenscheinlich eine badische Aufzeichnung vom 10. Dez., die auch über den Zusammenstoß zwischen König und

Digitized by Google

— Gewiß waren das nach den großen und schweren Kämpfen, die Bismarck nach allen Seiten hatte durchringen müssen, für ihn Lappalien, und doch fühlte der König bei dem Standpunkt, den er nun einmal einnahm, nicht so unrichtig. Denn wenn ihn in der bösesten Erinnerung seines Lebens, der an die Revolutionsjahre, ein Anerbieten, so wie es 1849 geschehen war, mit einem Entsetzen erfüllte, das eine jüngere Generation gar nicht verstehen konnte, so war man gerade in nationalliberalen Kreisen bemüht, dem Kronanerbieten diesen vom König zurückgewiesenen Charakter zu geben. Lasker drängte darauf hin; er wünschte, daß auch die süddeutschen Kammern von sich aus dem Preußenkönig die Krone anbieten sollten durch Adressen und Deputationen. „Der Kaiserkrone wird dadurch der populäre Ursprung aufgedrückt," schrieb er, oder an anderer Stelle: „Wir haben uns neben die Fürsten gestellt und die deutsche Krone ist nicht durch sie allein, sondern durch sie und das Volk gemeinschaftlich geschaffen"[1]). Die Richtigkeit dieser Auffassung und besonders der erklärbare Wunsch der nationalen Vorkämpfer, ihr öffentlich Ausdruck zu geben, hätten nicht davor geschützt, daß man durch ihr zu frühes und zu starkes Betonen das eigene Werk sehr gefährdet hätte, zumal die Adresse des Norddeutschen Reichstags und die Entsendung seiner Deputation Kundgebung genug waren.

Die Abgeordneten wurden durch eigenen geschichtlichen Zufall

Kanzler berichtet. Lorenz setzt diesen auf den 10. Dez. („März" ist natürlich Druckfehler); das ist unmöglich, da Abekens Schilderung dieses Tages jede Begegnung der beiden ausschließt. Sie hat ohne Frage früher stattgefunden; am 9. Dez. begann schon Bismarcks Leiden; die Vorgänge bei Tafel werden allerdings zum 10. Dez. gehören, denn die hier mitgeteilten Äußerungen des Königs entsprechen denen im kronprinzlichen Tagebuch vom 10. Dez. — Über Bismarcks Befinden s. Moritz Busch, 9. Dez., I, 499; 10. Dez. S. 501; 11. Dez. S. 504; 12. Dez. S. 509, 512; 13. Dez. S. 517, 518; 14. Dez. S. 521. — Abeken 12. u. 13. Dez., S. 467 f. — Bismarcks Brief an seine Gattin, S. 67.

[1]) Briefe Laskers an Marquardsen, Hölder u. Elben, 12., 15. u. 17. Dez. Deutsche Revue 17, IV, S. 67, 70, 72.

Digitized by Google

von dem Präsidenten Simson geführt, der in der gleichen Stellung Friedrich Wilhelm IV. die Krone des Frankfurter Parlamentes angeboten hatte. Sie waren bis Lagny mit der Bahn gefahren und wurden von dort in siebzehn Postwagen unter Dragonereskorte nach Versailles gebracht. Als sie am Abend des 16. Dezember bei Regen angekommen waren, ließ Bismarck Simson sofort zu sich rufen und begründete mit seinem Beinleiden und der Unmöglichkeit, den König zu sprechen, einen wahrscheinlich längeren Aufenthalt der Deputierten in Versailles. Sie berieten dann beide schon die Form der vom König auf die Adresse zu erteilenden Antwort.

Bismarck hatte zartfühlend den eigentlichen Grund der Verzögerung des Empfanges Simson nicht gleich mitteilen wollen, sonst aber merkten es die Abgeordneten aus manchen Äußerungen, denn in Versailles war es durchweg bekannt, daß der König die Deputation nicht eher empfangen wollte, als die Zustimmung der Fürsten aus München gemeldet sei. Zum Glück kam diese sehnlich erwartete Nachricht am 17. an, und die fürstliche Einmütigkeit wurde auch dadurch hernach nicht gestört, daß Heinrich XXII. Reuß älterer Linie seine Zustimmung zum Kaisertitel nur gab als zu einem „Schmuck und einer Bezeichnung der Bundesfeldherrnwürde und der Ausübung der Präsidialrechte", und auch nur „in der gewissen Zuversicht, daß durch die Übertragung dieser Würde an Se. Majestät den König von Preußen die gegenwärtigen neugeschaffenen Bundesverhältnisse nicht alteriert werden".

Nun wurde der Empfang der Deputation sofort für den nächsten Tag, den 18. Dezember, einen Sonntag, auf 2 Uhr angesagt; ein Gottesdienst ging vorher. Der König hatte die Handlung augenscheinlich ganz formlos gestalten wollen und deshalb gar keine Einladungen ergehen lassen, aber der Kronprinz übermittelte ihm den Wunsch der Fürsten und Generale teilzunehmen. Er vernahm dies nach dem Gottesdienst „ganz erstaunt" und

Digitized by Google

sagte nur, daß er nichts dagegen habe. So waren alle Fürsten außer Prinz Luitpold zugegen, im letzten Augenblick wurden auch die königlichen Adjutanten befohlen, so daß ein glänzender Kreis den Monarchen umgab, als die Volksvertreter unter ihrem Präsidenten erschienen. Mit seiner vollendeten Meisterschaft, in solchen Augenblicken das geeignete Wort zu finden, leitete Simson die Verlesung der Adresse ein, und da überkam denn doch den greisen Herrscher die volle Bedeutung der Tat. Die Verlesung der Antwort mußte er mehrfach von Rührung ergriffen unterbrechen; auch die dann aus dem Stegreif zugefügte Anrede an die Deputierten sprach er „vor ungemeiner Bewegung und Rührung mit kleinen Pausen". Nach der Entlassung erhielt Bismarck einen langen Händedruck, und als wenn er noch nachher daran dachte, ihn für die vorangegangenen Kämpfe zu versöhnen, verlieh er ihm zum Weihnachtsfest das Eiserne Kreuz erster Klasse, den Kriegsorden, „aus dankbarster Anerkennung des 18. Dez. 1870"; zu seinen Generalen aber sprach er sich nach der Handlung, noch tränenden Auges, über die Schwere dieses Momentes aus [1]).

So war die Handlung würdevoll verlaufen, wenn auch ohne äußeres Gepränge, und man faßte die nun nahende feierliche

[1]) Zusammenhängend ist der Empfang der Deputation geschildert in „Eduard von Simson, Erinnerungen aus seinem Leben", S. 377—82, s. sonst die anschaulichen Schilderungen im Tagebuch des Kronprinzen, 17. u. 18. Dez., S. 125 f., bei Frankenberg, 17. u. 18. Dez., S. 280 u. 281—83, ferner bei Wilmowski, 18. Dez., S. 77 f., Brief Roons vom 19. Dez, III, 265, Schneider, „Kaiser Wilhelm", III, 121, Keudell S. 465. — Über Wilhelms Widerstreben gegen den Empfang s. Wilmowski, S. 77, Kronprinz zum 16. Dez., S. 125, Moritz Busch zum 16. Dez., I, 535; König Wilhelm an Bismarck, mit der Übersendung des Eisernen Kreuzes, 24. Dez., „Kaiser Wilhelm und Bismarck", S. 213. Einen dem Empfinden des Königs verwandten Stimmungsausdruck enthielt Roons Brief vom 17. Dez., III, 264. — Die hier vorweg genommene Antwort von Reuß ä. L. bei Moritz Busch zum 15. Jan., II, 46 f. — Auf die etwas merkwürdigen Ausführungen von Lorenz, S. 434, 437 f., sei hier nur kurz hingewiesen.

Digitized by Google

Proklamation ins Auge. Viel Äußerliches blieb zu erledigen; der König nahm auch daran teil, er wollte, daß nur das Königs- und das Kronprinzenpaar den kaiserlichen Titel erhalten sollten; besonderes Interesse brachte diesen Dingen, Wappen, Titeln, Farben, der Kronprinz entgegen, der noch vor dem Jahresschluß mit seinem badischen Schwager eine zu erlassende Proklamation bearbeitete [1]). Die feierliche Verkündigung stand ja vor der Tür, da man an den Neujahrstag 1871 dachte, mit dem die Gültigkeit der neuen Verträge beginnen sollte, und die Volksvertretungen sich beeilten, vorher fertig zu werden; aber der König wie Bismarck wollten sie ohne Bayerns vorherigen Zutritt noch nicht unternehmen [2]): das Veto der Patriotenpartei war auch im Feldlager entscheidend. Bei der Neujahrstafel hielt der Großherzog von Baden eine Rede, dem Inhalt nach eine Kaiserrede, wenn er auch hervorhob, daß der König die Krone erst dann ergreifen wolle, wenn sie alle Glieder des Reiches schützend umfassen könne; aber der ausgesprochene Wunsch war, daß er noch lange die Kaiserkrone, „dieses geheiligte Symbol deutscher Eintracht und Kraft" in Frieden tragen möge [3]).

Für den Tag der Verkündigung hatte Bismarck schon den Vorschlag des Kronprinzen beifällig aufgenommen, den 18. Januar, den Tag der preußischen Königskrönung von 1701, in Aussicht zu nehmen. Da aber kam es in dieser aufgenötigten Wartezeit, mit genährt von dem Unmut über deren Urheber, zu einem neuen scharfen Streit der Meinungen, ob der Kaiser „Deutscher Kaiser" oder „Kaiser von Deutschland" heißen sollte.

Die Frage war eigentlich entschieden, denn nach dem Schreiben des bayrischen Königs hatten der Reichstag und die süddeutschen

---

[1]) Dazu vgl. nach badischer Aufzeichnung Lorenz S. 435 f., Kronprinz, Tageb., 29. Dez., S. 127, Abeken, „Sonntag" (1. Jan.), S. 477.

[2]) Kronprinz, 31. Dez., S. 127.

[3]) Aufzeichnung des Großherzogs bei Lorenz, S. 450—52, Kronprinz, 1. Jan., S. 128.

Digitized by Google

Landtage die Benennung „Deutscher Kaiser" festgelegt. In den national führenden Kreisen der Fürsten war dagegen mehr an die andere Form gedacht worden, die der Herzog von Meiningen schon 1866 vorgeschlagen hatte, und an die allein der Großherzog von Oldenburg nach seiner Unterredung mit Lutz am 23. November dachte. Die Gereiztheit gegen Bayern, die in Versailles schon bei den Verhandlungen des November ziemlich kräftigen Ausdruck gefunden hatte, wuchs jetzt bei dem in seiner Absicht zu offensichtlichen Treiben der Münchener Kammermehrheit zu neuer Stärke an. Der Großherzog von Baden wirkte für eine Aufforderung an König Wilhelm, im Falle der Ablehnung in München selbständig in der Kaiserfrage voranzugehen, und da man sich nun nach dem langen bisherigen Warten nicht länger zum Narren halten lassen wollte, so willigte König Wilhelm am 15. Januar ein, daß die Proklamation auf jeden Fall am 18. erfolgen sollte [1]).

Er wünschte den Titel „Kaiser von Deutschland", er wollte, wie Bismarck meinte, lieber Land als Leute. Bismarck erklärte den Unterschied im Namen eigentlich für gleichgültig, die andere Form habe wenigstens im Deutschen König ihr geschichtliches Vorbild; ferner bezeichne der „Kaiser von Deutschland" einen nicht vorhandenen Territorialanspruch des neuen Kaisers. Als Delbrück am 13. Januar Bismarcks Ansicht dem Großherzog von Baden darlegte, sah dieser darin nur eine zu weit gehende Nachgiebigkeit gegen Bayern, und das war es, was nun alle Versailler Fürsten gegen Bismarck mobil machte, der nach ihrer Meinung hier nur wieder Rücksicht auf Bayern nahm. Während der Großherzog sonst immer bereit gewesen war, Bismarcks Wünsche zu unterstützen, so bestärkte er jetzt am 14. Januar, und am Tage darauf der Kronprinz den König in seinem Verlangen, der auch darüber klagte, daß Bismarck die Sache vorher

[1]) Kronprinz, 15. Jan., S. 129; vgl. Lorenz, S. 455.

Digitized by Google

mit Bayern besprochen und ihn erst nachher unterrichtet habe. Zum Kronprinzen hatte der König zuvor geäußert, er würde sich am liebsten „König von Preußen, erwählter Kaiser von Deutschland" nennen [1]).

Am Tage vor der Proklamation, am 17. Januar, kam es hierüber zu einer Auseinandersetzung, bei welcher die Gegensätze auf das heftigste aufeinander platzten. Außer dem König und Bismarck waren der Kronprinz und der Hausminister von Schleinitz zugegen. Bismarck legte seine staatsrechtlichen Gründe dar, auch das Gebundensein durch den bayrischen Antrag und den schon feststehenden Wortlaut der Verfassung; er gestand, daß er die Fassung zugelassen habe, ohne den König vorher zu fragen. Der Kronprinz gab jetzt nach, er meinte, daß sie sich nach Bismarcks Ausführung hätten fügen müssen, aber der König wich nicht, die Titelfrage blieb unerledigt, jeder beharrte auf seiner Meinung. Die neuen „nicht aus dem Straßenschmutz" entstiegenen Farben nahm der König an, er verbat sich aber die Zumutung, an Stelle seines preußischen von einem kaiserlichen Heere zu hören, nur für die Marine hatte er nichts dagegen. Auch über die Rangfrage wurde der König so ergrimmt, daß er im Zorne auf den Tisch schlug, so daß das Tintenfaß hoch aufsprang. Er war in der höchsten Erregung, denn ihm war es wie die herannahende Stunde des Abschieds von seiner Königswürde, es war „der Schmerz, den preußischen Titel verdrängt zu sehen". „Mein Sohn ist mit ganzer Seele bei dem neuen Stand der Dinge," so sagte er, „während ich mir nicht ein Haar breit daraus mache und nur zu Preußen halte. Ich sage, er wie seine Nachkommen seien berufen, das gegenwärtig hergestellte Reich zur Wahrheit zu machen."

---

[1]) Siehe darüber Moritz Busch zum 12. u. 13. Jan., II, 38 u. 42; badische Aufzeichn. bei Lorenz, S. 455—57; Kronprinz, 12. Jan., S. 129. — Bismarck befand sich danach später in einem Irrtum, wenn er in den „Ged. u. Erinn.", II, 119, meint, der Kronprinz und der Großherzog hätten ihn in der Titelfrage gegen den König unterstützt.

Digitized by Google

Wie Gewitterschwüle lag es auf den Stunden, die einem der größten Tage deutscher Geschichte vorangingen. Noch waren der König und sein Kanzler nicht einig über den Namen, mit dem die neue Würde vor die Welt hintreten sollte, und es wurde erzählt, der König habe deshalb die ganze Feier der Proklamation absagen wollen. Jedenfalls schrieb er seiner Gemahlin, er sei am 17. Januar zuletzt so „moros" gewesen, daß er „drauf und dran war, zurückzutreten und Fritz alles zu übertragen". Erst im Gebet zu Gott habe er Fassung und Kraft gewonnen. Und auch Bismarck erschien seiner Umgebung am nächsten Morgen stark verstimmt und ungewöhnlich reizbar [1]).

So brach der 18. Januar, der Geburtstag des neuen Deutschen Reiches an. Der Gegensatz blieb unausgetragen. Der Großherzog von Baden, der bei der feierlichen Handlung das erste Hoch auf den Kaiser ausbringen sollte, war in peinlichster Lage. Der König schrieb ihm, er solle dabei die Form „Kaiser von Deutschland" wählen, der Kronprinz fügte hinzu, daß Bismarck anderer Meinung sei. Dieser, den der Großherzog noch vorher sprechen konnte, bat ihn um die schon sanktionierte Form „Deutscher Kaiser", und geriet außer sich, als er vom gegenteiligen Befehle des Königs hörte; er erklärte, es nun dem Ermessen des Großherzogs anheimzustellen. Der bei der ersten Begrüßung nun wieder von diesem befragte König äußerte sich heftig über Bismarck, so daß dem vermittelnden Fürsten die schärfste gegensätzliche Gereiztheit zwischen König und Kanzler gerade im Beginn der Kaiserproklamation greifbar vor Augen trat. Bismarck selbst war in Spannung,

[1]) Über die Konferenz am 17. Jan. und ihre Nachwirkung s. Kronprinz, Tageb., 17. Jan, S. 129—31, „Ged u. Erinn.", II, 120 f., Moritz Busch, II, 60 u. III, 269, Abeken, S. 483; Wilhelm an Augusta, 18. Jan.; Oncken, „Heldenkaiser", S. 218; Notiz bei Lorenz, S. 460, ohne Merkmal der Herkunft. Stosch schrieb am 17. Jan.: „Die Stimmung zur Aktion fehlt eigentlich allen und den Nächststehenden am meisten" (Deutsche Revue 27, IV, S. 264).

Digitized by Google

wie sich der Konflikt lösen würde, der Großherzog aber verstand es, ihn wenigstens für den Höhepunkt der Handlung abzulenken, indem er das Hoch auf „Kaiser Wilhelm" ausbrachte. Auf die beiden Hauptpersonen wirkte die Erregung doch so, daß Bismarck nach des Kronprinzen Angabe die Proklamation „in tonloser, ja geschäftlicher Art" verlas, und der Kaiser nachher ohne Gruß und Dank am Kanzler vorüberschritt. Aber der Kaiser war es doch wieder, der die Wolken, die zwischen ihnen lagen, teilte, so wie er es nach dem 18. Dezember getan hatte, denn bei der Festtafel soll bemerkt worden sein, daß er seinem Reichskanzler mit besonderer Herzlichkeit zutrank, ebenso wie er sich im Titelstreit schließlich der Notwendigkeit fügte. In seiner Art zeigte er Bismarck seine Gesinnung auch dadurch, daß er ihn zu einer an sich gar nicht bedeutungsvollen Besprechung am 20. Januar vom Kronprinzen begleitet besuchte. Daß die Eintracht wieder hergestellt war, bewies wohl auch die humorvolle Art, in der Bismarck einige Tage später die Streitfrage vor seiner Tischgesellschaft behandeln konnte [1]).

Der mächtige Eindruck der Feier des 18. Januar auf alle Teilnehmer wurde durch diese Vorgänge, von denen sonst niemand etwas wußte, nicht gemindert, ebensowenig der Eindruck auf die Menschen draußen. Wir sehen nur jetzt, wie an jenem Tage die Luft voll Kampfstimmung war, Bismarck im Zerwürfnis mit den führenden Generalen über die Beschießung von Paris, und nun in der Kaiserfrage auch mit seinem König. Es liegt ein wunderbarer Reiz in diesen Gegensätzen, der Vollendung des größten Einheitswerkes unter den fortdauernden, bis zum persönlichen Zwist zugespitzten Reibungen zwischen seinen geistesmächtigen Begründern. Und alles durchdrang doch der herrschende Genius des gewaltigen Mannes, der damals in seiner Kürassieruniform bleichen Antlitzes, aber breit und mächtig, den Kampfes-

[1]) Über die Vorgänge am 18. Januar s. Anhang Nr. 7.

Digitized by Google

zorn in sich tragend, vor dem König und dem umgebenden Kranz von Fürsten stand.

Zu den Deputationen der Truppen mit ihren Fahnen waren freiwillig die der Bayern gekommen, gleichgültig, ob der Streit bei den heimischen Abgeordneten noch fortdauerte oder nicht. Den Zweck der Feier hatte man möglichst geheim gehalten, so daß mancher zum Schlosse schritt, ohne zu ahnen, was seiner wartete. Die äußeren Anordnungen waren unter der Leitung des Kronprinzen getroffen worden; in der Spiegelgalerie des Versailler Schlosses standen die Geistlichen am Altar in der Mitte der langen Fensterwand, gegenüber in einem Halbrund der König mit den Fürsten. Nach dem Gottesdienst schritten diese zu dem Hochtritt an der Schmalseite, wo nun König Wilhelm, umrauscht von den Fahnen des deutschen Heeres, seine Ansprache an die ihn umgebenden Fürsten hielt und die Annahme der Kaiserwürde erklärte. Sodann gab er seinem Kanzler den Befehl zur Verlesung jener wundervollen Proklamation mit ihrer geschichtlich gewordenen Verkündigung, Mehrer des Deutschen Reiches sein zu wollen an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung.

Und als nun der Großherzog von Baden jenes so ängstlich überlegte, von Bismarck mit Spannung erwartete Hoch ausbrachte, da brach in dem gewaltigen Jubel alles hervor, was die Herzen der Versammelten erfüllte, sie alle selbst wieder hinreißend und überwältigend. Es war der mächtige, einmütige, harmonische Schlußakkord zu dem, was durch die Kämpfe mit dem Feinde und vor dem Feinde in Kaiser und Reich geschaffen war.

Digitized by Google

Anhang.

1. Die bayrische Initiative in der Einheitsfrage. (Zu S. 32.) Über den wichtigen Zusammenhang zwischen dem bayrischen Vorgehen in der deutschen Verfassungsfrage und dem von Bismarck zuerst angeregten Vorgehen Johanns von Sachsen in München fehlen uns leider die ganz unmittelbaren Beweisstücke. In Brays Ministerialbericht vom 12. September ist erwähnt, daß in nicht zu ferner Zeit das Eintreffen Delbrücks in München oder die Einladung an bayrische Bevollmächtigte nach Versailles zu erwarten sei (Bray S. 138, Deutsche Revue 25, III, 245); woher stammt diese Kenntnis, die Bismarcks Plan ganz richtig bezeichnete? Ein vorhergehender Meinungsaustausch mit diesem ist ausgeschlossen; Bismarck würde schwerlich mit München vor Delbrücks Ankunft in Reims verhandelt haben; diese geschah am 10. September, die Denkschrift ist vom 12. September, was schon zeitlich die Unmöglichkeit einer dazwischen liegenden Verhandlung ergibt. Auch wird nirgends, auch von Delbrück nicht, eine eigene Anknüpfung mit Bayern, die über die zu Graf Berchem getanen Äußerungen Bismarcks hinausgegangen wäre, auch nur angedeutet. Es kann die von Bray erwähnte Mitteilung somit nur über Dresden gegangen sein, vermutlich auf Delbrücks eigene Anregung hin. Daß Delbrück in der Erinnerungsskizze, die er über diese Dinge gibt, gerade auf diesen Punkt nicht näher eingeht, spricht natürlich nicht dagegen. Hassel („König Albert", II, 458) sagt, König Johann habe sich Delbrück gegenüber gern zur diplomatischen Vermittlung in München bereit erklärt, „die denn auch bald darauf erfolgte". Delbrück selbst sagt geradezu, daß er am 5. Sept. von Dresden mit der Überzeugung abgereist sei, daß bei Bayern die nötigen Schritte schon „*getan seien* und weiter getan werden würden". Danach müßte also der erste Schritt schon vorher, vielleicht schon auf Bismarcks Anregung geschehen und dann nach der Besprechung mit Delbrück die Mitteilung von Einzelheiten über die Art des Vorgehens erfolgt sein, also auch über die Form der Verhandlungen mit dem Norddeutschen Bund, wie sie Brays Denkschrift vom 12. September erwähnt. Es ist immerhin auffallend, daß Delbrück in seiner sonst sehr eingehenden Rede vor dem Reichstag am 5. Dezember (Hahn II, 257) von seiner Dresdener Reise, überhaupt von dem so dankenswerten Vorgehen Sachsens gar nichts sagt, vielmehr den Bericht

Digitized by Google

über den Hergang mit dem Satze einleitete: „Die Initiative kam von Bayern“, um darauf dann die von dort im September angeknüpften Verhandlungen folgen zu lassen. Der Zweck dieser Darstellung, um in dem den bayrischen Sonderrechten abgeneigten Reichstag Stimmung für Bayern zu machen, liegt auf der Hand; diesem Zweck zuliebe hat sogar Sachsen auf die ihm gebührende öffentliche Anerkennung seines Verdienstes ganz verzichten müssen. Mit einer willkommenen größeren Offenheit ging Minister Mittnacht am 22. Dezember vor den württembergischen Abgeordneten heraus (Verhandl. d. württ. Kammer d. Abgeordn., I. Protokollband S. 20, Staatsanzeiger vom 24. Dez.): „Am 14. Sept. wurde der Regierung aus München berichtet, daß die bayrische Staatsregierung, welche, soviel ich weiß, eine K. sächsische Denkschrift erhalten hatte, in förmlicher Weise“ Preußen gegenüber den Wunsch nach Unterhandlung über ein Verfassungsbündnis ausgesprochen habe. Ich glaube, daß sich nach den mitgeteilten Erwägungen und den positiven Quellenzeugnissen die Glieder der vom Hauptquartier über Dresden nach München führenden Kette gut erkennbar zusammenschließen, was deshalb von größter Bedeutung ist, weil damit der eigentliche Urheber der dann offiziell und offiziös immer der bayrischen Regierung zugeschobenen Initiative deutlich erkennbar wird: zunächst Johann von Sachsen, hinter ihm aber kein anderer als Bismarck. Der Stoß, der den Stein ins Rollen brachte, war Bismarcks Unterredung mit Kronprinz Albert von Sachsen am 21. August. — Gustav Salchow, „Bayern und die Gründung des Deutschen Reiches“ (Beilage zum Jahresbericht des Stadtgymnasiums zu Halle, 1904, S. 31, vgl. S. 33), sagt schon, wie es scheint an die Mitteilungen bei Hassel anknüpfend, daß den Anstoß zur bayrischen Initiative „vielleicht ein Schreiben König Johanns“ gegeben habe. Döberl, „Bayern und die Gründung des Deutschen Reiches“ (Beil. zur Allg. Zeitung 1903, Nr. 148, S. 25), kennt diese Zwischenglieder nicht, sondern stellt neben die eigene Initiative der Minister nur den Druck der öffentlichen Meinung in Bayern und führt (S. 27) die vorhin zitierten Äußerungen Delbrücks im Reichstag als Beweis dafür an, „daß die Initiative von Bayern ausgegangen sei“. — Delbrück berichtet weiter in seinen Erinnerungen (S. 413), der bayrische Antrag sei zwei Tage nach seiner Ankunft in Reims eingetroffen, also am 12. September. Es ist nicht ersichtlich, ob es sich dabei um eine vorbereitende Mitteilung handelte, denn der eigentliche Antrag kann erst später angekommen sein, da der dem König Ludwig vorzulegende Ministerialbericht selbst vom 12. September war. Auch konnte Bismarck in seiner Antwort an Baden vom 12. Sept. nicht gut den Großherzog aufmuntern, in Bayern die Anregung zu einer Initiative zu geben, wenn er die Nachricht von dieser bayrischen Initiative schon gehabt hätte. Am 14. Dez. verließ das Hauptquartier Reims (Moritz Busch I, 193). Das kronprinz-

Digitized by Google

liche Tagebuch notiert die bayrische Aufforderung unter dem 16. September (S. 113); Delbrück reiste am 15. September ab (Delbrück S. 415).

2. Das Ergebnis der Konferenz am 6. November. (Zu S. 62.) Mittnacht, „Erinnerungen an Bismarck", S. 26, sagt wörtlich: „Das Ergebnis der Konferenz vom 6. Nov. war die Bundesverfassung, welche am 15. November 1870 zwischen dem Norddeutschen Bund, Baden und Hessen vereinbart worden ist." Nach dem klaren Wortlaut könnte man daraus nur folgern, daß auch Württemberg auf die gleichen Bedingungen, also ohne das Postreservat, beigetreten wäre, wodurch allerdings die Situation vom 6.—12. November ein noch weit erhöhtes Interesse erhalten hätte; auch schrieb Lasker am 10. November (Deutsche Revue 17, III, 163), daß Delbrück den „unbedingten Beitritt" Württembergs gemeldet hätte. Jedoch ist die Annahme nicht haltbar und Mittnacht hat sich wohl nur mißverständlich ausgedrückt, denn Jolly spricht am 14. Nov. (S. 197) von der Erwartung, daß die Württemberger, die „an allen Feststellungen bisher partizipierten", rechtzeitig würden unterschreiben können, und daß man deshalb „zum voraus den alsdann notwendig werdenden weiteren Modifikationen der Verfassung" zustimmen müsse; „sie bestehen in Vorbehalt der Post für Württemberg"; ebenso am 21. Nov., also vor dem Abschluß, der ja den Württembergern das Postreservat brachte, daß sie „bei ihren hiesigen Vereinbarungen stehen bleiben" (S. 200). In seinem Kammerbericht ferner sagte Mittnacht (Staatsanzeiger S. 3769): „Das Ergebnis der Konferenz vom 6. November war die Verfassung, welche dem hessisch-badischen Vertrag beiliegt, vorbehaltlich noch der besonderen Festsetzung für Württemberg in Absicht auf das Post- und Telegraphenwesen." Auch Suckow erwähnt (Deutsche Revue 22, I, S. 306, Poschinger S. 337 f.) seine Zustimmung zu der von Mittnacht ihm am 5. Nov. vorgelegten Redaktion der Verträge, „da Mittnacht der anderen Minister sicher ist und ein Widerspruch von mir hinsichtlich der Reservatrechte nach Art und Umfang nur die Sache ... hemmen konnte"; das außermilitärische Reservat Württembergs war aber nur die Post; also stand das Reservat schon in der damaligen Redaktion.

3. Der Ursprung des Stuttgarter Telegramms vom 11. November. (Zu S. 67.) Siehe darüber das Tagebuch des Kronprinzen, 12. Nov., S. 120: „Das ist eine Intrige Gassers, Suckow und Mittnacht sind ehrlich." Elben 18. Nov.: „Die Zögerung Württembergs beruht lediglich auf einer Hofintrige," Lasker 16. Nov.: „Hofintrige ... scheint direkt zwischen München und Stuttgart gesponnen," vgl. 20. Nov., Deutsche Revue 17, III, S. 169, 171, 175. Bismarck an Roon, 15. Nov., Roon III, 253. Bismarcks Unterredung mit Friedrich von Baden am 12. Nov., Lorenz S. 359. — Lasker an Delbrück, 23. Okt., Deutsche Revue 17, III, S. 68 f. Dazu vgl. eine Äußerung Hölders vom 26. Jan. 1871 (ebend. IV, S. 194): „Da die

Digitized by Google

Stimmung in unseren höchsten Kreisen wechselt, wie das Wetter im April, so müssen wir stets auf der Hut und zurückhaltend sein." — Wie erklärlich, sind die Nachrichten über diesen ganz intimen Vorgang sehr spärlich, über den Delbrück wie Mittnacht in ihren Parlamentsberichten schonend hinweggingen, und den nur Bismarck im ersten Grimm vor die Öffentlichkeit zu bringen dachte (Lorenz S. 359). Ich stelle daher hier alle sonstigen mir bekannt gewordenen Nachrichten, die einen Fingerzeig geben können, zusammen. Moritz Busch, Tageb. zum 1. Jan. 1873 (II, 384 f.), über den Grund der Entlassung des württembergischen Kabinettschefs Freiherrn von Egloffstein „nach einer Mitteilung aus Stuttgart, die auf einem Gespräche mit Mittnacht beruht": „Der König ist entschlossen, seine Pflichten gegen das Reich zu erfüllen, Egloffstein aber hat ihn täglich in partikularistischem Sinne bearbeitet. Die Königin Olga fürchtet seit dem Jahre 1870 für die Existenz Württembergs und wird darin von den Damen ihrer Umgebung, besonders der Baronin von Massenbach, sowie von Egloffstein bestärkt, der auch im Auftrag der Königin auf den König wirkt. So hat das Ministerium Egloffsteins Entfernung von seinem Posten verlangen müssen und der König hat sie sogleich bewilligt." — Vom Minister des Innern, Scheurlen, berichtet Poschinger („Bismarck und der Bundesrat II, 155) eine Äußerung, wenn auch unter augenscheinlich falschem Datum (30. Sept. 1870), Gasser habe in Abwesenheit Suckows auf das lebhafteste gegen den Anschluß Württembergs an das Deutsche Reich gewirkt. — Jolly schreibt am 1. März 1871 (S. 215) von einer Gesellschaft beim Kronprinzen zu Ehren des Königs von Württemberg: „Der württembergische Herrscher ist offenbar um die ‚berechtigten Eigentümlichkeiten' Schwabens sehr besorgt; er hat gegen verschiedentliche Personen die Bemerkung, die er mir über dieses Thema machte, in gleicher Weise wiederholt." — Schäffle („Aus meinem Leben" II, 191) erzählt einen nicht näher datierten späteren Ausspruch König Karls, „man hätte im Jahre 1871 nicht mehr an das Reich abtreten sollen, als im Kriege die militärische Führung durch Preußen".

4. Die bayrische Territorialforderung. (Zu S. 76.) Darüber s. Eisenhart 31. Okt., 1. u. 16. Nov., Bray S. 175, 176, 192; Deutsche Revue 25, IV, 134, 275. Die erste mir bekannte Äußerung zu dieser Frage ist Eisenharts Brief an Bray vom 31. Okt.; nur läßt das „wiederholt" darauf schließen, daß zwischen den Korrespondenten früher von der Sache die Rede gewesen ist. Die ganze Frage ist jetzt am besten im Zusammenhang behandelt in Jacobs trefflicher Schrift „Bismarck und die Erwerbung Elsaß-Lothringens 1870/71", Straßburg 1905. Nur glaube ich nicht mit ihm (s. Jacob S. 104 f.), daß das offizielle Bayern schon mit diesem Wunsch in den Krieg gegangen sei, sondern daß hierfür beim König Ludwig nur patriotische und nationale Impulse, allerdings im Gegensatz zu

Digitized by Google

seinem Ministerpräsidenten, den Ausschlag gegeben haben. Erst nachher regten sich die anderen Gedanken, aber auch hier zunächst nur die Sorge, die in Ludwigs Brief an den Kronprinzen vom 27. Juli zum Ausdruck kam: es möge die Selbständigkeit Bayerns beim Friedensschluß gewahrt werden (vgl. darüber auch den Bericht des oldenburgischen Staatsrats Janssen bei Lorenz S. 301). Der weitere Appetit kam erst mit dem Essen. Aus den mißtrauischen Bemerkungen von badischer Seite, wo man sich gegen etwaige Vergrößerungswünsche Bayerns und Württembergs decken zu müssen glaubte, können meines Erachtens Schlüsse auf deren wirkliches Vorhandensein, von dem bei Württemberg ohnehin keine Rede war, nicht gezogen werden.

Auch kann ich nicht zustimmen, daß Bismarck schon zu Anfang des Krieges (vgl. Jacob S. 115) wenigstens Aussichten auf eine kleine Vergrößerung habe durchblicken lassen. Auf ein derartiges Entgegenkommen im Anfang des Krieges könnte man nur aus einem, soviel ich sehe von Jacob nicht zum Beleg herangezogenen Briefe des bayrischen Gesandten Baron Perglas aus Berlin vom 8. August schließen (Bray S. 150, Deutsche Revue 25, IV, S. 253), daß er trotz seines Mißtrauens gegenüber Bismarck nicht „den Wert der an Bayern gemachten Eröffnungen" abschwächen wolle, er halte sie „für eine wahre Basis künftiger politischer Organisation in Deutschland und als eine Garantie der Erhaltung Bayerns respektive der Befestigung und etwa Ausdehnung seiner Selbständigkeit und Territorialmacht"; es folgt dann der früher zitierte Passus von der Überzeugung, daß „Süddeutschland, Bayern voran", Preußen und Deutschland gerettet habe. Wie aus der letzteren Wendung hervorgeht, sah Baron Perglas durch ein starkes bayrisches Vergrößerungsglas, wie er auch von Bismarcks „Entrüstung" über die den Kaisergedanken predigende Presse und seine Anstalten für deren Unterdrückung zu berichten gewußt hat. Aus dem zitierten Brief geht nur hervor, daß Bayern Zusicherungen für seine selbständige Existenz und damit für die künftige politische Organisation Deutschlands gemacht sein werden, während wir den Zusatz: „etwa Ausdehnung ... seiner Territorialmacht" auf des Gesandten eigenes Konto schreiben dürfen.

Die von Jacob herangezogene Stelle ist die Mitteilung der Frau von Kobell (S. 27): „Ein wohlunterrichteter Bekannter erzählte mir: Zusagen einer eventuellen Gebietsentschädigung für den im Jahre 1866 erlittenen Territorialverlust erfolgten durch den Bundeskanzler im Namen des Königs von Preußen, doch war die Bemerkung beigefügt, diese Angelegenheit müsse in das Gebiet der Friedensverhandlungen gewiesen und von den dereinstigen Friedensverhandlungen abhängig gemacht werden. Das genügte dem König von Bayern nicht, er wünschte definitive Zusagen ꝛc.". Schon Jacob stellt die Frage des Zeitpunktes für das hier erwähnte Bismarckische Anerbieten. In der vorliegenden Korre-

Digitized by Google

spondenz zwischen Versailles und München über die Territorialfrage vom 31. Oktober an wird auf ein solches Anerbieten mit keinem Wort zur Begründung der eigenen Forderungen hingewiesen, was doch sicher geschehen wäre, wenn es bereits vorgelegen hätte. Es wird also frühestens in diese erst durch Ludwigs Vorstoß angeregten Verhandlungen, also etwa in den November gehören, jedenfalls kann für eine an sich schon sehr unwahrscheinliche Initiative Bismarcks in dieser Frage meines Erachtens hieraus nichts gefolgert werden. So weit unsere jetzigen Quellen uns blicken lassen, gehört die Initiative in dieser Territorialfrage einzig und allein Bayern. Dem steht auch die Note in Brays Denkwürdigkeiten nicht entgegen (S. 192): „Graf Bray spricht in einer persönlichen Aufzeichnung von dem Mißlingen dieser Versuche (zur Gebietsvergrößerung) mit umso größerer Bitterkeit, als er aus Bemerkungen Bismarcks den Eindruck *gewinnen zu können geglaubt*, daß der bayrische Wunsch sich leicht werde erfüllen lassen." In der ersten Veröffentlichung (Deutsche Revue 25, IV, 275) war die Fassung bestimmter: „als er ... den Eindruck *hatte* gewinnen können". Die gewiß begründete Abschwächung läßt auf die Art der Bismarckischen Andeutungen schließen. Aus diesen spärlichen Mitteilungen dürfen wir, glaube ich, nur entnehmen, daß Bismarck diese Forderungen, die ihm wahrscheinlich im November, also in der kritischsten Zeit der Verhandlungen über den Beitritt Bayerns zum Bund und in engster Verbindung mit diesem gestellt wurden, nicht schroff zurückgewiesen hat, weil dadurch alles gefährdet wurde, sondern daß er sich im Gespräch darauf eingelassen, sie „dilatorisch" behandelt hat. Wem dies Verfahren nicht gefällt, der mag sich an Bismarcks Wort gegenüber seinem früheren ähnlichen Verfahren mit Frankreich trösten: „à corsaire corsaire et demi". Nur in diesem etwas stärker einschränkenden Sinne kann ich mich mit Jacobs Ausführungen auf S. 115 einverstanden erklären. Bismarck schob, wenn Frau von Kobells Gewährsmann richtig gehört hat, die Angelegenheit auf die Friedensverhandlungen hinaus, und konnte es, da er der einmütigen Ablehnung dieses Begehrens durch die anderen Bundesgenossen sicher war.

Über die ablehnende Äußerung Großherzog Friedrichs zu Bray s. Lorenz S. 613 (Anmerkung zu S. 374). Der einzige zustimmende Staatsmann war Herr von Dalwigk (Moritz Busch, Tagebuchblätter II, 5, vgl. Jacob, Anmerkung 37, S. 36). So hat denn auch Bismarck beim Abschluß des Präliminarfriedens vor allen Vertretern der süddeutschen Staaten den Vorschlag gemacht, zum Ersatz für die kleinen Abtretungen von 1866 an Preußen Weißenburg und Umgebung an Bayern zu geben, was nach Jollys Mitteilung Graf Bray „mit lebhafter Rührung" aufgenommen habe (Lorenz S. 525); daß Bray aber nicht gleich den anderen überrascht gewesen sein konnte, bemerkt Jacob (S. 116) richtig und gibt dann eine sehr gute und zutreffende Darstellung

Digitized by Google

der daran sich anschließenden Agitation der bayrischen Regierung in der Öffentlichkeit, mit der sie aber keinen großen Eindruck gemacht hat. In anderer Form wurde die aussichtslose Sache auch von ihr nicht wieder aufgenommen, und damit war auch Bismarck entschuldigt, wenn er sie seinerseits liegen ließ. Keine der erhaltenen Andeutungen berechtigt zu der Annahme, daß er sich persönlich stärker für sie gebunden hatte, als in seiner Äußerung vor den süddeutschen Ministern zum Ausdruck kam. Mit diesem schwachen Versuch zur Ausführung war dieser unerfreulichste Handel aus den ganzen Einheitsverhandlungen erledigt, in dessen Verurteilung ich natürlich Jacob nur zustimmen kann. Zu Bismarcks endgültiger Stellungnahme weist Jacob (S. 120) glücklich darauf hin, daß bei dem Entwurf zur Vorlage über die Vereinigung Elsaß-Lothringens mit dem Reich im Reichskanzleramt „keine Bestimmung über die Verstümmelung des Landes aufgenommen wurde". — Einer Auseinandersetzung mit Lorenz weiche ich aus, sie würde sich zustimmend oder abweichend ins Endlose verlieren bei der Fülle seiner halb oder gar nicht begründeten Behauptungen; ich schließe mich dem allgemeinen Bedauern über eine so völlig mißglückte Verarbeitung eines so reichen Materiales an.

5. **Bismarck und der Kronprinz in der Kaiserfrage bis zum September 1870.** (Zu S. 122.) Die beiden früheren Unterredungen des Kronprinzen mit Bismarck im Jahre 1866 „in der Zeit vor den Friedenskonferenzen" und „Anfang 1867" teilt Sybel, „Begründung des Deutschen Reiches" V, 463 f., mit, leider ohne Quellenangabe, aber augenscheinlich nach eigener Erzählung Bismarcks. Ausdrücklich wird hier hervorgehoben, daß der Kronprinz den früheren Gedanken eines Deutschen Königs mit Degradierung der anderen Fürsten bis Anfang 1867 aufgegeben habe. Die Denkschrift von Blamont vom 14. August 1870 sollte zuerst in den „Gedanken und Erinnerungen" mit abgedruckt werden; Horst Kohl gibt sie in dem „Wegweiser durch Bismarcks Gedanken und Erinnerungen", Leipzig 1899, S. 123—29. Der Prinz geht hierin mit seinen Forderungen zum Teil schon weit, vor allem für ein ganz einheitliches Heer unter preußischer Führung, ebenso fordert er vorbehaltlos den Eintritt der süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund, aber wie er jetzt ausdrücklich zufügt, „unter Wahrung der Titulatur und aller persönlichen Ehrenrechte und Würden der deutschen Souveräne"; wenn wir diesen Satz zusammenstellen mit dem Kaisergespräch des Kronprinzen mit Gustav Freytag vom 11. August in Petersbach (Freytag, „Der Kronprinz und die deutsche Kaiserkrone" in „Vermischte Aufsätze", herausg. von Elster II, 360—64, vgl. 364 f., 366) und noch die ausdrückliche Bestätigung dieser Anschauung durch Herzog Ernst von Koburg (zu Lorenz, Pr. Jahrb. 109, S. 298) hinzufügen, so kann kein Zweifel sein, daß der Prinz an den

Digitized by Google

„König von Deutschland“ und die Degradierung anderer Fürsten im August 1870 nicht mehr dachte (vgl. schon Eigenbrodt, „Bismarck und der Kronprinz in der Kaiserfrage“, S. 16). Genau so werden seine Ansichten von 1866 und 1870 auch in Äußerungen Bismarcks vor Moritz Busch am 26. Sept. 1888 (III, 245) geschieden: „Er hat 1870 nicht mehr zweifeln können, daß das Kaisertum, wie er sich es 1866 vorstellte, damals weder nützlich noch erreichbar gewesen wäre, ja das Kaisertum überhaupt nicht. Er wollte 1866 keinen Kaiser, sondern einen König von Deutschland; die übrigen Könige und Großherzoge sollten wieder werden, was sie gewesen seien, bloße Herzoge.“

In auffallendem Widerspruch damit schiebt Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ und ebenso in einem anderen Gespräch mit Moritz Busch am 10. Februar 1889 den kronprinzlichen „König von Deutschland“ ins Jahr 1870. Kaemmel („Kritische Studien zu Fürst Bismarcks Gedanken und Erinnerungen“, Leipzig 1899, S. 94 f.) nimmt denn auch bei den offen liegenden Widersprüchen hier eine Unsicherheit des Gedächtnisses und eine Verschiebung in der Erinnerung bei Bismarck an, während Eigenbrodt (a. a. O. 18–20) dem widerspricht und die Stelle in den „Gedanken und Erinnerungen“ so zu interpretieren sucht, als liege hier gar kein Widerspruch gegenüber den anderen Berichten vor, während er im Tagebuch vom Februar 1889 ein Mißverständnis von Moritz Busch annimmt. Letzteres wäre bei der sonstigen photographischen Treue von dessen Aufzeichnungen auffallend, ist aber hier umsomehr auszuschließen, als die Übereinstimmung mit den „Gedanken und Erinnerungen“ auffallend ist. Denn ich glaube, die etwas künstliche Eigenbrodtsche Interpretation wird durch den einfachen Wortlaut ausgeschlossen („Gedanken und Erinnerungen“ II S. 116 f.): „Auch bei dem Kronprinzen habe ich für mein Streben, den Kaisertitel herzustellen ... im Anfang der günstigen Wendung des Krieges nicht immer Anklang gefunden. Seine Königl. Hoheit hatte von irgend einem der politischen Phantasten, denen er sein Ohr lieh, den Gedanken aufgenommen, die Erbschaft des von Karl dem Großen wieder erweckten römischen Kaisertums sei das Unglück Deutschlands gewesen.“ Die Bürgschaft dagegen hätten des Prinzen Ratgeber in dem Titel „König der Deutschen“ gesehen. „Das aus einer irrigen Vorstellung entspringende Verlangen, das der Prinz gegen mich aussprach, war nach meinem Eindruck ein völlig ernstes und geschäftliches, dessen Inangriffnahme durch mich gewünscht wurde.“ Bismarcks an „die Koexistenz“ der anderen Könige anknüpfender Einwand habe zu seiner Überraschung zu der weiteren Konsequenz geführt, daß diese „aufhören müßten, den Königstitel zu führen, um wieder den herzoglichen anzunehmen. Ich sprach die Überzeugung aus, daß sie sich gutwillig dazu nicht verstehen würden. Wollte man dagegen Gewalt anwenden, so würde dergleichen Jahrhunderte hindurch nicht vergessen und eine Saat von Mißtrauen und Haß ausstreuen“.

Digitized by Google

Die zeitliche Einführung der ganzen Erzählung und ihr nirgends unterbrochener Zusammenhang können für keinen Teil derselben ein anderes Datum als 1870 annehmen lassen. Genau so liegt es mit der von Eigenbrodt allerdings verworfenen Tagebuchaufzeichnung von Moritz Busch zum 10. Februar 1889 (III, 269). Bismarck spricht hier von den Gegensätzen zwischen König und Kronprinz; „so auch in Versailles bei der Kaiserfrage", wo der König „von unseren Vorschlägen" nichts wissen wollte. „Und hier können Sie den Bericht des (kronprinzlichen) Tagebuches über diese Angelegenheit ergänzen. Wie es überhaupt lückenhaft und unvollständig ist, so fehlt bei ihm auch der erste Akt der Verhandlungen, wo ich den Kronprinzen von seiner wohl aus Baden stammenden Ansicht abzubringen hatte, daß die Kaiseridee undeutsch, Deutschland schädlich sei. ... Er wollte deshalb nur einen König von Deutschland oder der Deutschen, und die anderen drei Könige sollten wieder den Herzogstitel annehmen. ... Daran knüpfte sich die Idee der Vergewaltigung, sie sollten nach Versailles eingeladen werden, und hätte man sie einmal da, sollte es heißen: Jetzt friß Vogel, oder stirb. Ich erwiderte ihm, das wäre Verrat, Untreue und Undank, und dazu gäbe ich mich nicht her, auch weil es keinen Bestand hätte. Auf gütlichem Wege aber ließen sich die Könige nicht degradieren."

Es ist genau der gleiche Gedankengang wie in den „Gedanken und Erinnerungen", und ebenso unzweifelhaft in allen Teilen in das Jahr 1870 hineingedacht wie jene Erzählung (Anregung aus Baden!). Endlich finden wir die Hauptpunkte dieser Darstellung, und zwar auch ins Jahr 1870, sogar genau in eine der beiden Unterredungen mit dem Kronprinzen von Ende August und Anfang September verlegt, in einer Erzählung Bismarcks zu Lorenz (S. 402), die nach einer anderen Mitteilung von Lorenz (Pr. Jahrb. Bd. 109, 1902, S. 294—96) auch aus dem Jahre 1889, vom 14. Okt. stammt und durch einen Brief Bismarcks vom 7. Nov. 1896 bestätigt wurde.

Eigenbrodt zieht S. 21 f. den Artikel „Die Kaiserfrage und Geffckens Tagebuchblätter" aus dem Jahrgang 1889 der Grenzboten (48, I, S. 345 bis 351) heran, dessen Druckbogen Bismarck zweimal durchgesehen habe; für den Leser tritt auch die Mitarbeit Bismarcks deutlich hervor. Hier (der Abschnitt steht S. 347) heißt es, daß die Kaiserfrage ein Schauspiel in mehreren Aufzügen gewesen sei, deren letzter die Proklamation in Versailles war. Den ersten hätten die Besprechungen gebildet, in denen Bismarck den Prinzen von der Meinung abzubringen gesucht, die Kaiseridee sei undeutsch. „Er wollte deshalb ursprünglich nur einen König der Deutschen". Das „ursprünglich" kann sich im Zusammenhang der Erzählung nur auf die erste Phase der Auseinandersetzungen im Jahre 1870 beziehen, nicht aber, wie Eigenbrodt will, auf 1866; dafür findet sich auch nicht die leiseste Hindeutung. S. 349 f. ist obendrein die Argu-

Digitized by Google

mentation des Kanzlers gegen diesen kronprinzlichen Gedanken angeführt, welche die Zeit des Norddeutschen Bundes, den Antrag Laskers vom Frühjahr 1870 für Badens Eintritt etc. mit hereinzieht: die Auseinandersetzung kann also nur nachher, Sommer 1870, angenommen sein. Die ganze Form des Berichts in den Grenzboten stimmt somit zu dem in den „Gedanken und Erinnerungen" und zu dem sich auch sonst inhaltlich mit dem Aufsatz berührenden Tagebuch von Moritz Busch aus dem Jahre 1889, endlich zu der Erzählung bei Lorenz, so daß wir hier vor einer viermaligen Überlieferung dieser Auffassung Bismarcks stehen. Allerdings bleibt auffallend der Widerspruch in Bismarcks Auffassung binnen weniger Monate (bei Moritz Busch, 26. Sept. 1888 bis 10. Febr. 1889). Wir haben aber die Tatsache einfach hinzunehmen und mit ihr entweder die Kaemmelsche Erklärung des Gedächtnisirrtums, oder die Möglichkeit, daß in einer der erregten Unterredungen mit Bismarck der Kronprinz vorübergehend die alten Gedanken wieder aufgestellt hatte. Daß sie sonst bei ihm überwunden waren, ist durch die zuerst angeführten Zeugnisse sicher bewiesen. — Freytag hat übrigens später Lorenz gegenüber die Korrektheit seiner auf gleichzeitiger Niederschrift beruhenden Wiedergabe des Kaisergesprächs sehr nachdrücklich betont (Lorenz in Pr. Jahrb. 109, S. 297 f.). Vgl. sonst noch Freytag an Ernst von Koburg, 1. Juli (Freytag und Herzog Ernst im Briefwechsel S. 244). — Über die ersten beiden Unterredungen des Prinzen mit Bismarck s. Moritz Busch III, 245 f., Bismarcks Immediatbericht vom 23. Sept. 1888, Hahn V, 573, Tagebuch des Kronprinzen zum 3. Sept., S. 112. Vgl. Eigenbrodt S. 5 f., 10. — Sehr auffallend bleibt trotz des politischen Zweckes die Schärfe, mit welcher Bismarck im Immediatbericht die Behauptung, daß der Kronprinz Gewalt gegen die Bundesgenossen habe anwenden wollen, als „eine Verleumdung des hochseligen Herrn" bezeichnet.!

6. Der Kaiserbrief. (Zu S. 130.) Der Kaiserbrief, oder vielmehr die drei Kaiserbriefe Bismarcks: das offizielle und das mehr privat gehaltene Schreiben an König Ludwig und endlich der Entwurf für den Brief Ludwigs an König Wilhelm, haben zu einigen kritischen Schwierigkeiten Anlaß gegeben. Bismarck gibt in den „Gedanken und Erinnerungen" (I, 353 f.) den Wortlaut seines Briefes an Ludwig nach dem Konzept, während wir den Wortlaut der Reinschrift der Mitteilung der Frau von Kobell (S. 45 f.) verdanken, die obendrein ein Faksimile des Briefes beifügt, den der König ihrem Manne, dem Kabinettschef Eisenhart, geschenkt hatte. Den Kaiserbrief Ludwigs s. bei Hahn II, 264, und zusammen mit dem gleichzeitigen Rundschreiben an die deutschen Fürsten bei Herzog Ernst von Koburg „Aus meinem Leben ꝛc." III, 667 f. Kaemmel druckt S. 101—103 Konzept und Reinschrift von Bismarcks Brief übersichtlich nebeneinander ab; letztere ist straffer in der

Digitized by Google

Fassung und enthält wichtige Ausführungen mehr, z. B. den Hinweis auf die fürstliche Initiative vor der parlamentarischen. In seiner Darstellung des ganzen Vorganges („Gedanken und Erinnerungen" II, 117 f.) gibt Bismarck zuerst Gedanken aus diesem Schreiben wieder und fährt dann fort: „Dieser Hauptlinie meiner Argumentation hatte ich noch persönliche Argumente hinzugefügt," und erwähnt nun den Hinweis auf die Beziehungen der Bismarcke zu den Wittelsbachern, wovon aber in Konzept wie Reinschrift kein Wort steht. Nach der Darlegung in „Gedanken und Erinnerungen" wird man der Meinung sein, daß es sich um ein und denselben Brief handelte. Das ist natürlich unmöglich, aber ebenso die Annahme eines Gedächtnisirrtums, weil Bismarck gerade das persönliche Argument gleichzeitig, schon am 4. Dez., seiner Tischgesellschaft erzählte (Moritz Busch I, 476; schon herangezogen von Kaemmel S. 103); in einem späteren Gespräch vom Juni 1884 brauchte er den Ausdruck „privater Brief" und sagte nach kurzer Berührung von dessen Inhalt weiter, „der private Teil des Schreibens" habe jenes persönliche Argument enthalten (Poschinger „Bismarck und die Parlamentarier" I, 2. Aufl., S. 270).

Ich kann mich der unabhängig voneinander geführten Beweisführung von Erich Marcks („Bismarcks Gedanken und Erinnerungen", Berlin 1899, S. 37—44) und von Kaemmel (S. 100—104) nur anschließen, daß Bismarck zwei Briefe an Ludwig geschrieben haben muß, den uns im Wortlaut vorliegenden offiziellen und einen verlorenen privaten. Da Ludwig alle gelesenen Briefe zu vernichten pflegte und der uns erhaltene nur durch die zufällige Intervention Eisenharts diesem Schicksal entging, so ist der Verlust des anderen Briefes sehr einfach zu erklären. Am ehesten weist die Erzählung aus dem Jahre 1884 auf zwei Briefe hin, und die vorhin zitierten überleitenden Worte des Berichtes der „Gedanken und Erinnerungen" sprechen wenigstens nicht dagegen. Aber wie dem auch sei, so bleibt uns zwischen den beiden wohl nicht zweifelhaften Tatsachen, daß Bismarck das persönliche Argument König Ludwig gegenüber gebraucht hat, und daß es in dem uns vorliegenden Briefe nicht enthalten ist, gar keine andere Möglichkeit der Erklärung, als daß es eben in einem weiteren Schreiben an Ludwig gestanden haben muß. — Einen anderen Erklärungsversuch, der aber vor dem jetzt vorliegenden Materiale nicht mehr haltbar ist, hatte Horst Kohl („Wegweiser" S. 88) gemacht; vgl. dazu schon Marcks S. 40 f. — Daß Holnstein am 27. von Versailles abgereist ist, sagt Bismarck ausdrücklich in den „Gedanken und Erinnerungen" II, 118; vgl. die genaueren Angaben in einem Gespräch, bei Poschinger, „Tischgespräche" II, 124; der Kronprinz notierte die Abreise am 28. Nov. (S. 123). — Es sei noch darauf hingewiesen, daß mit Bismarcks Ausführung an König Ludwig der Schlußsatz eines Leitartikels im Schwäb. Merkur vom 15. Dezember übereinstimmt: „Als König von Preußen stand er uns halb fremd gegenüber, als Kaiser wird er unser."

Digitized by Google

7. Der 18. Januar. (Zu S. 144). Über die zum Teil hinter den Kulissen sich abspielenden Vorgänge am 18. Januar geben den besten Aufschluß die eingehenden Aufzeichnungen des Großherzogs von Baden, bei Lorenz S. 462 bis 465. Es ist allerdings nicht ersichtlich, ob die bei Lorenz mitgeteilte Bemerkung, daß der König bei der Festtafel Bismarck mit besonderer Herzlichkeit zugetrunken habe, auch dieser Quelle entnommen ist. Ich kann sie nur unter Vorbehalt übernehmen, denn im weiteren will Lorenz nur die Angabe Bismarcks in den „Gedanken und Erinnerungen", daß der König ohne Gruß an ihm vorbeigegangen sei, beseitigen. Es liegt aber kein Grund vor, diese Angabe Bismarcks irgend zu bezweifeln, und Gründe führt auch Lorenz hier so wenig wie sonst an, vielmehr spricht es für den Bericht der „Gedanken und Erinnerungen" (II, 121 f.), daß er sonst in den Hauptpunkten mit dem großherzoglichen völlig übereinstimmt. Auch Toeche-Mittler erwähnt in seiner schon 1896 erschienenen Schrift über die Kaiserproklamation (S. 57, Note 66), „daß der Kaiser dem Reichskanzler Grafen Bismarck nicht begegnete". — Als Bismarck am Abend des 18. Moritz Busch einige Aufträge gab, sprach er „mit ungewöhnlich schwacher Stimme und sah ermüdet und abgespannt aus" (II, S. 61). Auch beim Kaiser fand Louis Schneider am anderen Tag eine „anscheinende Mißstimmung", die er sich nicht erklären konnte (Kaiser Wilhelm, III, 155). Diese Stimmung spricht auch aus dem Brief Wilhelms an die Gemahlin vom 18. Jan. (Oncken S. 278 f.), aus dem ferner hervorgeht, daß die Kaiserin, die auch mit der Reichsverfassung unzufrieden war, die Proklamation aus Rücksicht auf Bayern und den noch nicht beendeten Krieg für unzeitgemäß gehalten hat. — Den Besuch bei Bismarck am 20. Jan. melden Abeken S. 485 und Moritz Busch II, 66; nach letzterem handelte es sich um die Forderung Trochus, einen zweitägigen Stillstand zum Fortschaffen der Verwundeten zu erhalten. Daß hierfür der Kaiser zu Bismarck kam, hatte natürlich einen Grund außerhalb dieser wenig bedeutenden Frage. — Die lustige Behandlung der Streitfrage durch Bismarck am 22. Januar („Nescio quid mihi magis farcimentum esset") bei Moritz Busch II, 69. Roon allerdings fand Bismarcks Stimmung am 20. noch nicht gut: „Ich hoffte, das nun glücklich gelegte Kaiser-Ei würde ihm vorläufige Befriedigung gewähren, aber es ist leider nicht der Fall" (Brief vom 21. Jan., III, 288.). — Über den äußeren Vorgang bei der Verkündigung am 18. Jan. s. außer der schon zitierten Aufzeichnung Friedrichs von Baden und dem Brief Kaiser Wilhelms vom 18. Januar das Tagebuch des Kronprinzen S. 131 f., Brief Abekens 18. Januar, S. 483—85, Wilmowski S. 83, auch Keudell S. 466. Eine eingehende, sorgfältig gearbeitete und gut geschriebene Darstellung der ganzen Handlung mit dem Verzeichnis sämtlicher Teilnehmer gibt Toeche-Mittler „Die Kaiserproklamation in Versailles am 18. Januar 1871", Berlin 1896.

Digitized by Google

14 DAY USE

RETURN TO DESK FROM WHICH BORROWED

LOAN DEPT.

This book is due on the last date stamped below, or on the date to which renewed.
Renewed books are subject to immediate recall.

9 Se'58 WW	
REC'D LD	
SEP 8 1958	

LD 21A–50m-8,'57
(C8481s10)476B

General Library
University of California
Berkeley

YC 09539

JN3281
B8
255711
Beach

Digitized by Google